

**5. Sitzung des Gemeindeparlamentes,  
Donnerstag, 29. Januar 2009,  
Stadthaus, Ratsaal,  
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.35 Uhr**

Anwesend sind: 41 Ratsmitglieder (von 50 Mitgliedern)

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Markus Ammann, 2. Käthi Bolzern, 3. Rolf Braun, 4. Lukas Derendinger, 5. Werner Good, 6. Brigitte Kissling, 7. Thomas Marbet, 8. Dr. Rudolf Moor, 9. Markus Oegerli, 10. Brigitte Rosselet, 11. Luzia Stocker Rötheli, 12. Dr. Arnold Uebelhart, 13. Dieter Ulrich, 14. Lea von Wartburg, 15. Caroline Wernli Amoser

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Mario Clematide, 2. Heinz Eng, 3. Thomas Frey, 4. Urs Knapp, 5. Stefan Nünlist, 6. Dr. Max Pfenninger (ab 19.50 Uhr), 7. Daniel Probst, 8. Andreas Schibli, 9. René Wernli, 10. Christian Wüthrich, 11. Nico Zila

Christlichdemokratische Volkspartei:

1. Heidi Ehram, 2. Antonia Hagmann, 3. Daniel Joss, 4. Roland Rudolf von Rohr, 5. Marcel Steffen, 6. Armand Weissen

Schweizerische Volkspartei:

1. André Köstli, 2. Rudolf Lutz, 3. Christian Werner

Grüne Olten:

1. Anita Huber, 2. Iris Schelbert, 3. Theo Schöni, 4. Felix Wettstein

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Stephan Hodonou

Junge Alternative:

1. Anna Engeler

Stadtrat:

Ernst Zingg, Stadtpräsident  
Silvia Forster, Vize-Präsidentin, Baudirektion  
Doris Rauber, Direktion Öffentliche Sicherheit  
Peter Schafer, Direktion Soziales  
Dr. Martin Wey, Direktion Bildung und Sport  
Markus Dietler, Stadtschreiber

Ferner anwesend:

Adrian Balz, Verwaltungsleiter Baudirektion  
Franco Giori, Leiter Sicherheitsdienste  
Mark Haggenmüller, Kommandant Stadtpolizei  
Stefan Hagmann, Rechtskonsulent

Entschuldigt abwesend:  
Ursula Amsler Celidonio  
Alexandra Kämpf  
Thomas Rauch  
Rolf Schmid  
Georg Dinkel  
Patrick Kissling  
Marcel Buck  
André Kappeler  
Jonas Hertner

Vorsitz: Werner Good

Protokollführerin: Erika Brunner, Leiterin Stadtkanzlei

\* \* \*

Geschäfte:

1. Mitteilungen
2. Jugendkommission/Demission
3. Pensionskommission/Demission
4. Museen der Stadt Olten/Pensenerhöhungen und Schaffung neuer Stellen
5. Mehr Sicherheit in Olten durch mehr Polizeipräsenz/Personelle Erweiterung der Stadtpolizei
6. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
  - 6.1. Interpellation Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bestand und Koordination von Schulräumen in der Stadt Olten (eingereicht am 27.03.2008/erstmals traktandiert am 18.12.2008)
  - 6.2. Interpellation Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. neues Schulmobiliar und allgemeine Renovation Sälischulhaus (eingereicht am 27.03.2008/erstmals traktandiert am 18.12.2008)
  - 6.3. Postulat Ruedi Moor (SP) und Mitunterzeichnende betr. Fussweg östliches Aareufer Richtung Aarburg/Beantwortung (eingereicht am 24.06.2008/neu traktandiert)
  - 6.4. Postulat Stephan Hodonou (CVP/EVP) und Mitunterzeichnende betr. Ortsbildschutz contra Privateigentum (eingereicht am 27.03.2008/neu traktandiert)

\* \* \*

**Parlamentspräsident Werner Good** begrüsst die Parlamentarierinnen und Parlamentarier, den Stadtrat, die Gäste und Vertreterinnen und Vertreter der Presse.

\* \* \*

# Mitteilungen

## Parlamentspräsident Werner Good:

### Protokollgenehmigung

Die Protokolle der Parlamentssitzungen vom 18. September und 23. Oktober sind vom Büro am 12. Januar 2009 definitiv genehmigt worden.

\* \* \*

### Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am 19. und 20. November 2008 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Stadthaus, Ersatz Heizzentrale mit Blockheizkraftwerk/Kreditbewilligung  
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Froheimschulhaus, Ersatz Fenster mit Sonnenschutz/Kreditbewilligung  
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Schwimmbad Olten, Ersatz Wärmeanlagen/Projekt- und Kreditgenehmigung  
(*Beschluss Ziffer I./2.*)
- Entlastungsstrasse Region Olten (ERO), Begleitung der Bauarbeiten durch externe Mitarbeiter, Honorare/Kreditgenehmigung  
(*Beschluss Ziffer I./2.*)
- Abfall eigener Haushalt, Budgeterhöhung/Genehmigung  
(*Beschluss Ziffer I./1.*)
- Budget 2009/Genehmigung  
(*Beschluss Ziffern I./1. bis I./9.*)
- Konzept Innenstadt 2008, Parkhaus Munzingerplatz mit Begegnungszone/Zustimmung Konzept, weiteres Vorgehen und Genehmigung Kredit  
(*Beschluss Ziffer I./2.*)

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 25. November 2008 und die Referendumsfrist ist am 24. Dezember 2008 abgelaufen.

### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

- - - - -

Das Gemeindeparlament hat am 18. Dezember 2008 folgenden Geschäften zugestimmt:

- Geleitete Schulen Stadt Olten, Konzept/Genehmigung und Nachtragskredit  
(*Beschluss Ziffer 1./1.*)
- Eissportanlagen, Erhöhung Betriebsbeitrag und Einlage von zusätzlichem  
Aktienkapital/Genehmigung  
(*Beschluss Ziffer 3.*)

Die Publikation über diese Vorlage erfolgte am 23. Dezember 2008 und die Referendumsfrist ist am 21. Januar 2009 abgelaufen.

#### Feststellung:

Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die vorstehenden Vorlagen in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und die Beschlüsse somit rechtskräftig sind.

\* \* \*

#### Verteilte Unterlagen

- Übersicht über laufende Projekte
- Einladung zur Vernissage „Altenburg\*Provinz in Europa“ vom 7. Februar 2009 im Kunstmuseum

\* \* \*

#### Provisorisches Datum Parlamentssitzung

Wegen der Anzahl der Geschäfte und des Schlusssessens hat das Büro provisorisch folgendes Datum für eine zweite Sitzung im Juni festgelegt: Mittwoch, 24. Juni. Falls am 24. und 25. Juni eine Sitzung stattfinden würde, wäre der Beginn an diesen beiden Tagen um 19.00 Uhr. Falls es nur eine Sitzung am 25. Juni gibt, beginnt diese um 18.00 Uhr. Wir werden Euch im März definitiv mitteilen können, ob die zweite Sitzung stattfinden wird.

\* \* \*

#### Stimmzählen

Ich höre immer wieder Kritik, unter anderem zum Thema Stimmzählen. Dazu möchte ich zwei Bemerkungen machen. Erstens: Das Problem liegt sicher nicht allein bei der Stimmzählerin und den Stimmzählern, sondern wesentlich bei den Personen, die nicht wissen, wie sie abstimmen wollen. Ich kann nur sagen: Hört zu, worüber wir abstimmen, entscheidet Euch und erhebt dann entsprechend sichtbar die Hand. Zweitens habe ich noch einmal in der Geschäftsordnung des Parlamentes vom 14. Mai 1997 nachgelesen, die hier eine deutliche Sprache spricht. In Artikel 38 steht: „Die Stimmabgabe erfolgt durch deutliches

Handaufheben“. Ich kann Euch nur sagen: Wir sollten dies befolgen. Das Gleiche gilt für Artikel 11 über die Präsenz: „Wer den Sitzungssaal vor Sitzungsende definitiv oder im Abtretungsfall vorübergehend verlässt, hat sich bei den Stimmentzählern oder Stimmentzählerinnen abzumelden“. Das steht auch in der Geschäftsordnung, die das Parlament einmal genehmigt hat.

\* \* \*

#### Nächste Sitzung

Vor der Sitzung vom 26. März 2009 wird um 18.00 Uhr eine Infoveranstaltung zur Schulraumplanung stattfinden.

\* \* \*

#### Vorstösse/Eingang

- Motion Stephan Hodonou (EVP) und Mitunterzeichnende betr. „Fairen Ortsbildschutz für alle“

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 16/14

Prot.-Nr. 51

---

## Jugendkommission/Demission

Für die Jugendkommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Schreiben vom 1. Dezember 2008 reicht Jon Plotke (FdP) seinen Rücktritt als Mitglied der Jugendkommission ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Jon Plotke (FdP) zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Demission von Herrn Jon Plotke (FdP) genehmigt.

Mitteilung:

Herrn Jon Plotke, Felsenstrasse 34, 4600 Olten  
Direktion Bildung und Sport  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 16/19

Prot.-Nr. 52

---

## **Pensionskommission/Demission**

Für die Pensionskommission ist eine Demission zu verzeichnen. Es handelt sich dabei um folgende zu genehmigende Mutation:

Mit Mail vom 9. Dezember 2008 reicht Mario Clematide (FdP) seinen Rücktritt als Mitglied der Pensionskommission ein.

Das Parlamentbüro beantragt dem Gemeindeparlament, die Demission von Mario Clematide (FdP) zu genehmigen.

## **Beschluss**

Mit 38 : 0 Stimmen bei 1 Enthaltung wird die Demission von Herrn Mario Clematide (FdP) genehmigt.

Mitteilung:  
Herrn Mario Clematide, Reiserstrasse 106, 4600 Olten  
Direktion Finanzen und Informatik  
Kommissionsverzeichnis  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 18/15, 18/22

Prot.-Nr. 53

## Museen der Stadt Olten/Pensenerhöhungen und Schaffung neuer Stellen

**Die Museen der Stadt Olten können die wachsenden vielfältigen und anspruchsvollen Aufgaben mit den zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen, die auch im Quervergleich mit ähnlich gelagerten Institutionen zu gering sind, nicht mehr bewältigen. Vom anstehenden Personalbedarf soll mit der Verstärkung der Leitungen im Natur- und im Historischen Museum sowie mit der Schaffung von Assistenzstellen im Historischen und im Kunstmuseum ein Sofortbedarf abgedeckt werden.**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag

### 1. Ausgangslage

#### 1.1 Bisherige Situation

Die Konservatorenpensen bei den städtischen Museen hatten lange Zeit 40% betragen; 1998 wurde im zuvor von verschiedenen Abwarten wahrgenommenen Bereich Technik ein 100%-Pensum Museumstechnik geschaffen. Im Jahr 2001 war im Zuge von ausserordentlich anfallenden Mehrarbeiten in einer Umorganisation das Pensum des Konservators des Naturmuseums provisorisch von 40 auf 50% erhöht worden. Das Parlament beschloss dann im Dezember 2002 eine generelle Erhöhung auf 60%, machte diese Erhöhung aber abhängig von der Erarbeitung eines Kulturkonzepts; dann sei die Pensenhöhe zu überprüfen und definitiv festzulegen. Nachdem im November 2004 der Bericht „Kultur in Olten“<sup>1</sup> vorgelegt worden war, wurden die drei Pensen überprüft, mit denjenigen in andern Institutionen verglichen, die leichte Erhöhung als gerechtfertigt erkannt und schliesslich im Mai 2005 vom Parlament mit 27:7 Stimmen auf 60% festgelegt. Im allen drei Museen gemeinsamen Bereich Museumstechnik war im März 2003 ein zusätzliches 60%-Pensum geschaffen worden.

#### 1.2 Auslösendes Element

Die Anforderungen an einen zeitgemässen Museumsbetrieb sind in der Zwischenzeit weiter gewachsen. Ausstellungen verlangen heute eine aufwändige Produktion – dies sowohl in inhaltlicher, technischer und grafischer Hinsicht – um den Ansprüchen eines von den Massenmedien und den virtuellen Welten verwöhnten Publikums gerecht zu werden. Dies erfordert bei der Realisation von Ausstellungen neben einem erhöhten Finanzbedarf auch eine immer grössere Professionalität und einen höheren Arbeitsaufwand.

---

<sup>1</sup> Bericht „Kultur in Olten. Analyse x Konzepte = Massnahmen“ (November 2004). Stadtpräsidium Olten, S. 51

Die Tätigkeiten der Konservatoren und der Konservatorin der Oltnen Museen umfassen zudem nicht nur die Ausstellungen und Sammlungen, wie das in grossen Museen der Fall ist, wo ein Konservator nur für eine bestimmte Abteilung zuständig ist. Er bzw. sie leitet den ganzen Museumsbetrieb, erledigt die Administration, sucht Sponsoren, stellt Unterstützungsgesuche, übt das abteilungsinterne Controlling aus und sichert die Kommunikation gegen aussen; das revidierte Reglement über die Aufgaben und Kompetenzen der Museenkommission und ihrer Unterausschüsse<sup>2</sup> verwendet daher die Bezeichnung „Museumsleiter/in“. Auch in diesen Bereichen hat die Belastung stark zugenommen. Es ist zudem zu berücksichtigen, dass die Museen ungeachtet der zur Verfügung stehenden Kapazitäten vom Publikum, von Partnerinstitutionen und von Geldgebern an den Leistungen ähnlich gelagerter Institutionen gemessen werden.

Dass die Aufgaben angewachsen sind, wurde schon vor längerer Zeit erkannt. So hat die Basler Gesellschaft für Museologie schon im Jahr 2000 in einer Studie geschrieben: „Insgesamt entspricht die personelle Situation in keinsten Weise dem Output und den Aufgaben der Museen. Jedes Museum investiert Arbeitskraft deutlich über den Stellenprozenten. Betroffen sind vor allem die Konservatoren, die ihr Pensum unbezahlt aufgestockt haben.“

Im November 2004 wurde die Forderung nach einer weiteren Verbesserung der Personalsituation auch in den erwähnten Bericht „Kultur in Olten“ aufgenommen: „Kurzfristig ist zumindest die 2003 provisorisch erfolgte Aufstockung der Konservatorenpensen von 40% auf 60% definitiv einzuführen. Mittelfristig ist auch eine darüber hinaus gehende, umfassende Verbesserungen der Personalsituation der Museen – angepasst an deren unterschiedliche Bedürfnisse – zu prüfen.“

Nach weitergehenden Verbesserungen rief auch die Raumbedarfsanalyse der auf Museen spezialisierten, weltweit tätigen Firma Lord<sup>3</sup> im vergangenen Jahr, welche feststellte, „dass die Museen, was das Personal anbelangt, im internationalen Vergleich sehr knapp ausgestattet sind.“

### 1.3 Zielsetzung

Die drei eigenständigen Museen der Einwohnergemeinde Olten haben sich zum Ziel gesetzt, aktiv zu sein in Planung, Konzeption und Realisierung von Sonderausstellungen, weiteren Vermittlungstätigkeiten (Museumspädagogik, Kurse, Vorträge, Exkursionen, Führungen und Publikationen), Informationsdienstleistungen als Auskunftsstelle, Erhaltung und Ausbau der Sammlungen im Sinne des Kulturgüterschutzes, Fachdokumentation, Öffentlichkeitsarbeit und Besucherdienstleistungen.<sup>4</sup> Damit sie diesen umfangreichen Auftrag wahrnehmen können, sind sie auf entsprechende personelle Ressourcen angewiesen.

### 1.4 Strategische Grundlage

Die drei Oltnen Museen befinden sich gemäss einer Umfrage aus Anlass des Berichts „Kultur in Olten“ unter den am häufigsten benutzten Kulturangeboten der Stadt Olten.<sup>5</sup> Konkret hat das Naturmuseum 2008 mit über 13'000 Besucherinnen und Besuchern jeden Alters einen neuen Rekord aufgestellt und allein die Ausstellung „Steinzeitkunst“ im Historischen Museum besuchten rund 11'000 Personen. Auch die namhaften Mittel, die der Kanton in die drei Museen steckt<sup>6</sup>, unterstreichen deren Bedeutung für Stadt, Region und Gesamtkanton. Im Bericht „Kultur in Olten“ wird betont, dass ein Schwergewicht im Kulturengagement der Einwohnergemeinde Olten weiterhin bei den drei Museen liegt.<sup>7</sup> Es lasse sich deutlich

---

<sup>2</sup> SRO 142

<sup>3</sup> Lord Cultural Resources (2007): Raumbedarfsanalyse für die Museen der Stadt Olten, Abschlussbericht, Seite 15

<sup>4</sup> Vgl. Beilage 1: Leitbilder und Produkteübersicht

<sup>5</sup> Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, Anhang I.2.

<sup>6</sup> Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, S. 40

<sup>7</sup> Bericht „Kultur in Olten“, S. 24-26 (Status quo), S. 49/50 (Ideen und Projekte) und S. 57 (Zusammenfassung)

aufzeigen, dass sich die Museen auf Grund ihrer Tätigkeitsschwerpunkte auch im Vergleich mit den umliegenden ähnlich gelagerten Instituten in Nachbarstädten rechtfertigen: Sie hätten sich ihre jeweiligen Nischen geschaffen und stimmten ihre Angebote mit diesen Instituten ab.<sup>8</sup> Es drängt sich somit auf, dass die drei Museen auch in Zukunft in ähnlichem Ausmass weitergeführt werden.

In der vom Parlament am 17. März 2005 mit 35:5 Stimmen zur Kenntnis genommenen Gesamtübersicht zur Neustrukturierung Stadtverwaltung hat die Direktion Stadtpräsidium die Notwendigkeit, die Stellenpensen der Museumskonservatoren bzw. -konservatorin zu erhöhen, erneut angesprochen. Bei der Festlegung auf 60% im Mai 2005 durch das Parlament behielt sich der Stadtrat angesichts der wachsenden Aufgaben vor, zu einem späteren Zeitpunkt auf die Pensenfrage bei den städtischen Museen zurückzukommen.

Eine weitere Grundlage für die Tätigkeit der Museen und ihrer Leitungen bilden die in den jeweiligen Stellenbeschreibungen<sup>9</sup> formulierten Pflichten der Stelleninhabenden.

## 1.5 Rechtliche Grundlage

Art. 4 des Personalreglements der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 15. November 2001<sup>10</sup> umschreibt die Ziele und Grundsätze der Personalpolitik wie folgt: „... Ziel der Personalpolitik ist es, jederzeit und auf allen Stufen über genügend leistungswilliges und leistungsfähiges Personal mit der erforderlichen Qualifikation zu verfügen, damit der Leistungsauftrag der Stadtverwaltung in der erforderlichen Qualität zeitgerecht, wirtschaftlich und kundenfreundlich erfüllt werden kann.

*Die Personalpolitik soll*

*a) die Voraussetzungen schaffen, um die zur Erfüllung der Aufgaben geeigneten Mitarbeitenden zu gewinnen und erhalten.“*

## 1.6 Vergleiche mit ähnlich gelagerten Institutionen

Zur Abstützung der Anträge auf Pensenerhöhungen wurden Erhebungen bei ähnlich gelagerten Institutionen<sup>11</sup> durchgeführt, auf die in der Folge unter den Ausführungen zu den einzelnen Museen zurückgekommen wird.

## 2. Erwägungen

### 2.1 Vorgehen allgemein

Angesichts der wachsenden Aufgaben an die Museumsleitungen und der steigenden Zahl von nicht bezahlten Überstunden hat das Stadtpräsidium den Auftrag an die Museumsleitungen und die Museenkommission gegeben, den vorhandenen Personalbedarf aufzuzeigen. Die Gegenüberstellung von Aufgabenheften und der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen sowie der Vergleich mit ähnlich gelagerten Institutionen ergab folgenden Bedarf (in Prozenten):

---

<sup>8</sup> Vgl. Beilage 2: Die Ausrichtung der städtischen Museen Olten

<sup>9</sup> Vgl. Beilagen 3a bis 3c

<sup>10</sup> SRO 131

<sup>11</sup> Vgl. Beilagen 4 und 5

	<b>HMO</b>		<b>KMO</b>		<b>NMO</b>	
	<i>Ist</i>	<i>Soll</i>	<i>Ist</i>	<i>Soll</i>	<i>Ist</i>	<i>Soll</i>
Leitung	60	100	60	100	60	100
Assistenz	0	60	0	50	0	40
Praktikum	0	0	0	0	0	40
Pädagogik	*10	50	*10	30	*20	50
Sekretariat	0	50	0	50	0	20
Grafik	0	0	0	0	0	20
Empfang/Aufsicht	**40	80	**70	70	**60	60
Technik	53	120	53	60	53	80
Hauswartung	***6.7	50	***6.7	20	***6.7	6.7
<b>Zusatzbedarf</b>		<b>340.3</b>		<b>180.3</b>		<b>217</b>

\* im Mandat    \*\* im Stundenlohn    \*\*\* zusätzlich Personal im Stundenlohn nach Bedarf

Es ist allen Beteiligten bewusst, dass in den wenigsten Bereichen der Stadtverwaltung Olten die Personalressourcen auf der optimalen Höhe liegen und dass der aufgezeigte Zusatzbedarf – wenn überhaupt – nicht auf einen Schritt gedeckt werden kann. Die Museumsleitungen und die Museenkommission haben daher zu Händen der Direktion Stadtpräsidium einen Sofortbedarf definiert, den der Stadtrat dem Gemeindeparlament zur Genehmigung unterbreitet. Dabei hat sich herausgestellt, dass dieser Sofortbedarf je nach Museum unterschiedlich ausfällt, zurückzuführen auf die unterschiedlichen Aufgabengebiete der drei Museen und deren unterschiedliche Strukturen: Während beim Naturmuseum die Aufstockung der Leitung auf ein 100%-Pensum im Vordergrund steht, liegt das Gewicht beim Kunstmuseum auf einer 50%-Stelle Administration/Assistenz, die ergänzendes Fachwissen einbringt und es der Leiterin erlaubt, sich vermehrt ihren „Kernaufgaben“ zu widmen. Aufgrund des verstärkten Sammlungsauftrags der Historischen Museum und der Führung des Chefs Museumstechnik durch den zuständigen Leiter wird dem Parlament beantragt, dort beide Komponenten zu berücksichtigen: eine Aufstockung des Pensums des Leiters um 20% sowie eine wissenschaftliche Assistenz von 40%-Stellenprozenten, die auch eine Stellvertretung erlaubt. Zum bei allen Museen aufgezeigten Bedarf im Bereich Administration gilt es zusätzlich festzuhalten, dass vielfach die Personen, welche die Aufsicht im Museum wahrnehmen, auch einfache administrative Aufgaben wahrnehmen.

Es ist an dieser Stelle klar zu unterstreichen, dass der aufgezeigte Personalbedarf nicht durch das Vorhaben Neubau/Sanierung Museen verursacht wird, sondern aus dem Betrieb in den aktuellen Verhältnissen resultiert: Für die beantragten minimalen Stellenerhöhungen besteht ein Sofortbedarf und sie werden in jedem Fall benötigt, auch im Falle einer allfälligen Umorganisation der Museen und einer Sanierung, die zudem noch einige Jahre auf sich warten lassen dürfte. Hingegen ist es nur schwer vorstellbar, dass mit dem jetzigen Personalbestand das anspruchsvolle Projekt bewältigt werden soll, für dessen Betreuung auf die Stelleninhabenden für eine längere Dauer eine zusätzliche Belastung zukommen wird.

## 2.2 Vorgehen im Einzelnen

### 2.2.1 Naturmuseum

Das Naturmuseum Olten hat sich in den letzten 15 Jahren stark entwickelt; die Besucherzahlen haben sich in dieser Zeit fast verdreifacht. Hinzu kommen die in der Ausgangslage erwähnten stark gewachsenen Anforderungen, die eine erhöhte Professionalität und einen höheren Arbeitsaufwand erfordern. Ohne intensive Zusammenarbeit mit anderen Museen und zielverwandten Institutionen im In- und Ausland wäre das aktuelle Ausstellungsangebot im Naturmuseum undenkbar.

Als Nebeneffekt dieser Zusammenarbeit werden die Ausstellungen des Naturmuseums auch anderswo gezeigt, was zur positiven Wahrnehmung des Museums und der Stadt Olten in nah und fern beiträgt. In der gut zehnjährigen Amtszeit des heutigen Leiters waren neun Wanderausstellungen insgesamt 65-mal auswärts ausgestellt, und dies nicht nur in der

Schweiz, sondern auch in Deutschland, Österreich und Italien. Die Ausstellung „Fliegend unterwegs“ schaffte es sogar in die Vorselektion für den „SANW Prix Expo 2004“ (unter den ersten fünf von 26 Bewerbungen). Zusammengefasst hat sich das Naturmuseum Olten in der Museumswelt einen ausgezeichneten Ruf aufgebaut. Es wird stark frequentiert und seine Angebote werden vom Publikum sehr geschätzt.

Das Naturmuseum ist ein Museum für Gross und Klein. Mit dem vielfältigen Angebot an Ausstellungen, Vorträgen, Kursen, Exkursionen und Workshops spricht es ganz unterschiedliche Zielgruppen an. Beliebt sind auch die Kindergeburtstage, die jährlich rund 30-mal gebucht werden. Der im Herbst 2007 lancierte „Käferclub“ für besonders interessierte Kinder stiess auf derart grosses Interesse, dass alle Käferclub-Nachmittags schon im Voraus bis im Frühling ausgebucht waren. Sehr hoch ist auch die Nutzungsfrequenz durch Kindergärten und Schulklassen.

„Unsere Sammlungen sind die unverzichtbare Grundlage für unsere Tätigkeiten. Sie müssen sicher aufbewahrt und jederzeit zugänglich sein. Sie werden nach neusten wissenschaftlichen Erkenntnissen inventarisiert und dokumentiert sowie zu Forschungs- und Schulungszwecken zur Verfügung gestellt“: Trotz Abstützung auf externe Experten bei der Inventarisierung, einer äusserst restriktiven Sammlungspolitik und Deakzessionen vermag das Naturmuseum diesem Anspruch aus dem Leitbild aus Kapazitätsgründen nur teilweise gerecht zu werden. Und auch hier gelten die in der Ausgangslage gemachten Feststellungen, dass die Belastung des Museumsleiters nicht nur im Bereich Ausstellungen und Sammlungen, sondern auch in der Leitung des Museumsbetriebs, im administrativen Bereich und in der Kommunikation stark zu genommen hat.

In einer Diplomarbeit zur Entwicklung eines Leitbildes für das Naturmuseum Olten<sup>12</sup> wurde denn auch bereits im Jahr 2001 die Forderung aufgestellt: „Das Pensum des Konservators ist auf 80% zu erhöhen, damit die vielfältigen betrieblichen Aufgaben effektiv wahrgenommen werden können.“ Mehrfach haben auch die Museenkommission und die Subkommission Naturmuseum auf diesen Bedarf hingewiesen.

im Jahr 2001 wurde im Zuge von ausserordentlich anfallenden Mehrarbeiten in einer Umorganisation das Pensum des Leiters des Naturmuseums wie erwähnt provisorisch von 40 auf 50% erhöht, im Mai 2005 erfolgte die definitive Erhöhung auf 60%.

Die Einschätzungen im Bericht „Kultur in Olten“ und in der Raumbedarfsanalyse durch die Firma Lord<sup>13</sup> werden durch die Analyse von Hannes Geisser, Konservator des Naturmuseums des Kantons Thurgau bestätigt: „Mit dem aktuell ungenügenden Personalbestand können nicht nur die aktuellen Museumsaufgaben kaum wahrgenommen werden.“<sup>14</sup> Seine Einschätzung ist dahingehend, dass es auf Grund der Vielseitigkeit der Aufgaben zwingend ein Vollamt braucht. Der Stadtrat stimmt mit dieser Einschätzung überein. Hinzu kommt die Tatsache, dass es auf Grund der lokalen und regionalen Ausrichtung des Naturmuseums auch eine entsprechend verankerte Person braucht, die vollzeitlich zur Verfügung steht. Die weiteren Anträge zu Stellenerhöhungen, die sich aus seiner Analyse ergeben (wissenschaftliche Assistenz, wissenschaftliches Praktikum, Sekretariatsleitung, Grafik/Webpublishing, Museumspädagogik, Hauswart/Museumstechnik) sollen angesichts von Personalbedarf in anderen Direktionen zu Gunsten der Stellenerhöhung des Museumsleiters zurückgestellt werden.<sup>15</sup>

### 2.2.2 Kunstmuseum

"Das Kunstmuseum Olten gehört zu den bedeutendsten Kleinmuseen der Schweiz. Es steht neben Museen wie dem Kunsthaus Zug, dem Museum Allerheiligen in Schaffhausen oder

---

<sup>12</sup> Limat, M. (2001): Entwicklung eines Leitbildes für das Naturmuseum Olten. Diplomarbeit zum Kurs Kulturmanagement des SAWI Schweizerisches Ausbildungszentrum für Marketing, Werbung und Kommunikation, Seite 19

<sup>13</sup> Vgl. Seite 2

<sup>14</sup> Vgl. Beilage 4

<sup>15</sup> Vgl. Ziff. 2.3, Seite 9

dem kantonalen thurgauischen Kunstmuseum in der Karthause Ittingen. Mit dem letztgenannten kann es insofern konkurrieren, als sich die Besucherzahlen ungefähr entsprechen, die Medienresonanz aber sogar wesentlich höher ist. Nicht vergleichbar ist die finanzielle und personelle Situation. Unter den wichtigen Kleinmuseen ist das Kunstmuseum Olten finanziell am schlechtesten alimentiert. Vergleichbare Schweizer Museen zählen einen Personalbestand von zwei bis drei vollen Stellen.<sup>16</sup> An dieser vom vormaligen Konservator Peter Killer vor über zehn Jahren getroffenen Einschätzung der personellen Situation hat sich im wesentlichen bis heute nicht viel geändert. Als weitere Referenz kann aktuell auf das Kunstmuseum der Stadt Thun verwiesen werden.<sup>17</sup>

Im Laufe des Jahres 2004 wurde das Pensum der Leiterin des Kunstmuseums wie erwähnt um 20% auf 60% erhöht. Das Pensum für die Aufsicht beträgt 70% verteilt auf vier Mitarbeitende. Die Personen, welche die Aufsicht im Museum wahrnehmen, verrichten auch einfachere administrative Aufgaben wie Verwaltung der Adresskartei, Versand von Einladungen und Katalogen, Entgegennahme und Weiterleitung von Telefonaten und Verkäufe von Karten und Katalogen. Die Kunstvermittlung bzw. Museumspädagogik mit einem bescheidenen Pensum von rund 10% im Mandat bestritten. Weiter wird eine Hilfskraft für das Inventarisieren und Registrieren von Kunstwerken mit einem Pensum von 20% im Stundenlohn beschäftigt, welche auch Werklisten bei Ausstellungen erstellt.

Der Aufwand der im Kunstmuseum anfallenden Arbeiten hat in den letzten Jahren erheblich zugenommen, einerseits durch die komplexer gewordenen Abläufe des Kunstmarkts, andererseits durch eine gestiegene Anspruchsmentalität des Publikums und durch den verschärften Wettbewerb unter den Museen. Im Detail sind in folgenden Bereichen markante Mehraufwendungen zu verzeichnen:

- Öffentlichkeitsarbeit (u.a. Bewirtschaftung der Homepage, Zunahme Mail- und Briefverkehr, vermehrte Medienarbeit etc.)
- Leihverkehr (gestiegene Ansprüche an Transporte und von Versicherungen sowie von Leihgebern, Einhalten von strengeren Anforderungen bezüglich klimatischen Bedingungen etc.)
- Ausstellungen (höhere Ansprüche an Präsentation der Ausstellungen, Transporte und Versicherungen mit erhöhtem administrativem Aufwand etc.)
- Sammlungspolitik (komplexere Abgrenzung gegenüber anderen Museen und Sammlungen)

Da die personellen Ressourcen fehlen, um diese Mehraufwendungen abzudecken, ist es der Leiterin des Kunstmuseums nicht mehr in ausreichendem Masse möglich, ihr „Kerngeschäft“ abzudecken. Darunter leiden die Kontakte zu den Künstlern, die persönliche Weiterbildung und Pflege von Kontakten in und mit der Kunstszene, die wissenschaftliche Aufarbeitung der Sammlung und die Publikationen zu und über Ausstellungen. Um den verlorenen Spielraum wieder herzustellen, stellt der Stadtrat daher den Antrag um Schaffung einer zusätzlichen 50%-Stelle im Bereich persönliche Assistenz/Administration in der Lohnklasse 16. Sie soll in etwa folgende Aufgaben übernehmen:

- für den administrativen Teil: Materialverwaltung (Büro), Verantwortung für die Agenda (Terminierung von Anlässen, Sonderführungen etc.), Führung und Verwaltung der Bibliothek, Postverteilung, Management des Arbeitsplans für das Empfangspersonal, Korrespondenz per Post oder Mail.
- für den Teil der Assistenz: Inventarisierung, Bearbeitung der zahlreichen Leihgesuche, Mitarbeit bei Ausstellungen: Organisation der Transporte, Versicherungsabschlüsse, Zustandsprotokolle, Auskunftsdienste, Buchführung, evtl. eigene kleine Beiträge im Zusammenhang mit der Sammlung und/oder den Ausstellungen, Medienkontakte.

Diese Stelle könnte als Stelle für einen Praktikanten oder eine Praktikantin ausgestaltet werden. Sie könnte alle drei bis vier Jahre an eine/n junge/n Kunsthistoriker/in vergeben

---

<sup>16</sup> Bericht der Konservatoren zur Museumstätigkeit der städtischen Museen, Februar 1997

<sup>17</sup> Vgl. Beilage 5: Kunstmuseum Olten, Referenzangaben zu den personellen Ressourcen, 2007

werden. Damit wird aktuelles Wissen und Innovationskraft für das Museum nutzbar gemacht. Es ist auch denkbar, die Stelle auf zwei Personen aufzuteilen (20% Assistenz, 30% Administration), wobei die Gehaltseinstufung des administrativen Teils zu überprüfen wäre. Hier gilt es nochmals darauf hinzuweisen, dass laut einer Erhebung bei vergleichbaren Institutionen jeweils eine Leitung mit 100%-Pensum und zusätzlich eine Assistenz- bzw. Kuratorstelle festgestellt wurde.<sup>18</sup>

### 2.2.3 Historisches Museum

Auch das Historische Museum Olten hat mit seinen Sammlungen und Sonderausstellungen an Bedeutung gewonnen, was sich im wachsenden Besucherinteresse, insbesondere auch bei Schulklassen, widerspiegelt. Es sucht, pflegt, präsentiert und erklärt Dinge, die als Zeugnisse für die Geschichte der Stadt Olten und ihrer Region erheblich sind, leistet damit einen Beitrag an die Geschichte des Kantons Solothurn und führt zudem die einzige Ausstellung über die Urgeschichte des Kantons. Auch hier sind die Anforderungen gegenüber früheren Jahren markant gestiegen. Gemäss den Bedarfsplanungen, die von der Direktion Stadtpräsidium ausgeführt wurden, und nach Abklärungen der Museenkommission beantragt der Stadtrat daher dem Parlament die Bewilligung von zusätzlichen Stellenprozenten, damit das Museum inskünftig die ihm zugewiesenen Aufgaben besser, das heisst gemäss dem im Leitbild und im Stellenbeschrieb des Museumsleiters formulierten Auftrag erfüllen kann:

#### a. Museumsleitung

Die Mittel der Leitung des Historischen Museums Olten sind aus den nachstehend aufgeführten Gründen zu verstärken:

- Die Dienstleistungen des Historischen Museums Olten haben hohen Ansprüchen seitens der Bevölkerung, der Schulen, der Wirtschaft, des Tourismus, der Politik, der Forschung, der Medien und von Interessenvereinigungen und Verwaltungen zu genügen. Die inhaltliche Qualität der Tätigkeiten, die professionelle Ausführung von Projekten und die speditive Bearbeitung von Anfragen und anderer Geschäfte gelten als selbstverständlich. Projektpartner, Leihgeber, Lieferanten usw. erwarten eine professionelle Präsenz seitens des Museums.
- Das derzeit bewilligte Teilzeitpensum des Museumsleiters genügt eigentlich nur gerade für die Erledigung der Aufgaben der Abteilungsleitung im Personalbereich, im administrativen Bereich und für die allgemeine Koordination der Projekte und Tätigkeiten. Für alle weiteren Arbeiten wie die Realisierung von Ausstellungen und die Inventarisierung der Sammlungen steht nicht genügend freie Kapazität zur Verfügung.
- Der Kanton Solothurn verlässt sich im Museumsbereich auf die Sammlungs- und Vermittlungstätigkeit der städtischen und regionalen Museen. Er erwartet gerade vom Historischen Museum Olten als dem grössten allgemein ausgerichteten kulturgeschichtlichen Museum im Kanton erhebliche Dokumentations- und Ausstellungsleistungen. Dies wird sich mit der Ende November 2008 vom Regierungsrat verabschiedeten neuen Strategie in der solothurnischen Museumspolitik noch verstärken.<sup>19</sup>
- Das Historische Museum Olten übt die kulturgeschichtliche Archivfunktion für Kulturgüter aller Art auch für die Gemeinden der Region aus und nimmt damit eine moderne Zentrumsfunktion wahr. Das Museum bearbeitet Anfragen aus Nachbargemeinden, prüft Angebote von Sammlungsobjekten im Rahmen des Sammlungskonzepts, integriert ausgewählte Dinge und gestaltet Ausstellungen über Themen aus dem Gebiet anderer Gemeinden. Diese umfangreichen Leistungen werden vom städtischen Museumspersonal in der Regel ohne Vergütung durch andere Behörden erbracht.

---

<sup>18</sup> Vgl. Beilage 5

<sup>19</sup> Vgl. Beilage 6

- Das Historische Museum Olten arbeitet intensiv mit verwandten Institutionen zusammen. Auf kommunaler Ebene bereitet es regelmässig gemeinsam mit dem Stadtarchiv Themenbereiche für Ausstellungen vor. Das Museum dient auch zu Gunsten des Stadtarchivs als Ausstellungsort, weil das Archiv selbst keine eigenen Ausstellungen organisiert.
- Das Historische Museum Olten hat wie die meisten kulturgeschichtlichen Museen die Aufgabe, regelmässig in Eigenregie über ausgewählte lokal-regionale Sachbereiche und Themen – wie zum Beispiel über bedeutende Institutionen zu Jubiläumsanlässen – Sonderausstellungen zu erarbeiten. Nur ausnahmsweise eignen sich solche Projekte dazu, als Wanderausstellungen in verschiedenen Museen gezeigt zu werden. Deshalb muss das Museum in der Regel den gesamten Konzeptions-, Planungs-, Gestaltungs- und Vermittlungsaufwand der Ausstellungen selbst tragen. Dafür sind erhebliche personelle Ressourcen erforderlich.
- Als einen wichtigen Spezialbereich der Sammlungstätigkeit führt das Historische Museum Olten eine Bilddokumentation über relevante kultur- und sozialgeschichtliche Bereiche der Stadt und der Region. Neben älteren Bildgattungen ergänzt es systematisch die Sammlung historischer Fotografie. Neuzugänge sollen gemäss den Empfehlungen der Fachverbände registriert und gelagert werden. Anfragen bezüglich der Bildersammlung beanspruchen viel Zeit des Fachpersonals im Museum.
- Besonders für kulturgeschichtliche Museen ist eine wirkungsvolle Öffentlichkeitsarbeit über die wesentlichen Kommunikationskanäle wie Medien, Mailing, Internet usw. unverzichtbar. Dafür ist ein beträchtlicher Arbeitsaufwand nötig.
- Weil im Museumsbereich keine separate Administration zur Verfügung steht, muss sich die Museumsleitung auch mit administrativen Aufgaben aller Art befassen.
- Dem Leiter des HMO wurde von der Direktion Stadtpräsidium die Betreuung des technischen Dienstes delegiert. Zudem betreut er auch Depotprojekte wie z.B. die Einrichtung des neuen Kulturgüterschutzraums. Dadurch wird die Leistung im eigenen Fachbereich eingeschränkt.
- Die Leitung des Historischen Museums Olten hat – anders als die Leitungen der beiden andern städtischen Museen – neben den Hauptaufgaben im eigenen Museumsbereich zusätzlich und zwingend gemäss einer Vereinbarung der Stadt Olten mit dem Kanton Solothurn auch noch eine Stellvertreterfunktion für die Kantonsarchäologie im grossen Ausstellungs- und Sammlungsbereich Archäologie wahrzunehmen. Dafür richtet der Kanton der Stadt jährlich eine Subvention aus.
- Weil das technische Hilfspersonal für die gegebenen Aufgaben nicht ausreichend Kapazität hat, muss der Leiter immer wieder selbst verschiedene technische Arbeiten in den Sammlungen und Ausstellungen ausführen und das Personal selbst während der Arbeit weiter ausbilden.
- Gegenüber der Bevölkerung, der Stadtverwaltung und andern Partnern hat die Museumsleitung als professionelle Ansprech- und Kompetenzstelle aufzutreten. Diesem Erfordernis ist nur dann entsprochen, wenn sie mit einem genügend hohen Pensum ausgestattet ist und zudem über eine professionelle Stellvertretung verfügt.

#### b. Assistenzstelle

Neben der Aufstockung des Leitungspensums beantragt der Stadtrat ferner die Schaffung einer Assistenzstelle im Museum mit folgenden Argumenten:

- Der Museumsleitung soll eine Stellvertretung zur Verfügung stehen.

- Mit einer zusätzlichen Fachkraft verfügt das Museum über weitere professionelle Kenntnisse und Kompetenzen, was gerade im vielfältigen Bereich der Regional-, Technik- und Kulturgeschichte von Vorteil ist.
- Die professionelle Unterstützung des Museumsbetriebs erfordert vertiefte Kenntnisse der Assistenzperson im Fach Museologie.
- Mit einer zusätzlichen Fachkraft verfügt das Museum in angespannten Arbeitsphasen und bei dringlichen Geschäften über deutlich mehr Kapazität.
- Die Museumsleitung ist darauf angewiesen, thematische Recherchen, Objektrecherchen, Dokumentationsaufgaben, Kommunikationsaufgaben, Vermittlungsprojekte, Inventaraufgaben, Transportleistungen, Redaktionstätigkeiten, Verhandlungen mit Donatoren, Leihgebern, Verwaltungen, Lieferanten usw. fallweise oder ganz delegieren zu können, um sich auf Hauptaufgaben zu konzentrieren.

Aus den genannten Gründen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament die Aufstockung des Pensums des Leiters des Historischen Museums um 20% auf 80% sowie die Schaffung einer Assistenzstelle von 40% in der Lohnklasse 16. 40% sind ein Mindestpensum, um Stellvertreterfunktionen ausüben zu können; ein geringeres Pensum würde zu einem Grossteil vom erforderlichen Koordinationsaufwand aufgezehrt. Andererseits macht es Sinn, dass das Pensum des Leiters, der die Hauptverantwortung für den Museumsbetrieb trägt und für das lokal-regionale Wissen bürgt, höher ist als dasjenige der Assistenz.

### 2.3 Vorgehen betreffend weiterer Personalbedarf

Wie bereits dargelegt, ist mit den beantragten Stellenerhöhungen der aufgezeigte Personalbedarf bei weitem nicht abgedeckt. Vor einem weiteren Antrag sollen indessen erstens mit dem neuen Bestand Erfahrungen gesammelt werden. Zudem sollen auch die Erkenntnisse aus den Weiterarbeiten am Vorhaben Neubau/Sanierung Museen und aus der neuen solothurnischen Museumspolitik eingearbeitet werden, welche auch die Organisation beeinflussen können. Es ist deshalb zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich und auch nicht opportun, einen Umsetzungsfahrplan für die nächsten Jahre aufzuzeigen. Die nun beantragten Stellenprozente werden indessen für jedes Szenario benötigt.

## 3. Wirtschaftlichkeitsbetrachtung

### 3.1 Finanzielle Auswirkungen

- Die **Pensenerhöhung des Leiters Naturmuseum von 60 auf 100%** verursacht jährliche Mehrkosten von Fr. 68'312.- inkl. Sozialleistungen.
- Die **Schaffung einer 50%-Stelle Assistenz/Sekretariat Kunstmuseum** in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) verursacht jährliche Mehrkosten von maximal Fr. 60'000.- inkl. Sozialleistungen.
- Die **Pensenerhöhung des Leiters Historisches Museum von 60 auf 80%** verursacht jährliche Mehrkosten von Fr. 34'156.- inkl. Sozialleistungen.
- Die **Schaffung einer 40%-Stelle Assistenz Historisches Museum** in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) verursacht jährliche Mehrkosten von Fr. 48'000.- inkl. Sozialleistungen.

Die entsprechenden Mehraufwendungen sind im Finanzplan nicht enthalten, ebenso wenig im Budget 2009, weshalb Nachtragskredite erforderlich sind.

Mehrkosten bezüglich Infrastruktur fallen derzeit keine an.

## 3.2 Mittelrückfluss

Den unter 3.1. aufgeführten Mehrkosten stehen „Erträge“ gegenüber, die sich teils konkret in erhöhten Einnahmen, teils in weniger exakt messbaren Attraktivitätssteigerungen äussern:

- Ein attraktives Kulturangebot, zu dem die drei Museen anerkanntermassen einen wesentlichen Teil beitragen, wie die aktuellen Sonderausstellungen (u.a. die vom Gesamtbundesrat Anfang Juli 2008 besuchte Ausstellung „Steinzeitkunst“) beweisen, stellt für Stadt und Region einen entscheidenden Positionierungsfaktor im Wettbewerb mit andern schweizerischen Agglomerationen dar und trägt zu deren Attraktivität und Lebensqualität bei.<sup>20</sup> Nicht zu vernachlässigen ist es auch als Wirtschaftsfaktor.
- Die Durchführung von gut konzipierten Ausstellungen sorgt für erhöhte Besucherinnen- und Besucherzahlen in den drei Museen mit entsprechenden Erträgen.
- Öffentlichkeitsarbeit, Museumspädagogik (mit Zielpublikum Jugendliche!), Kurswesen, Exkursionen und Vorträge verstärken die Bindung zu den Museen und führen ebenfalls zu Mehreintritten.
- Publikationen verhelfen den Museen zu einem verbesserten Bekanntheitsgrad und zu Mehreinnahmen.
- Die Konzeption von eigenen Ausstellungen – oft in Zusammenarbeit mit andern, bekannten Museen – trägt den Namen der Stadt Olten weit über die Regions- und Landesgrenzen hinaus.
- Gute Inventare/Depots erlauben ein leichteres, weniger zeitaufwändiges Auffinden von Objekten und entlasten somit Museumsleitung und Museumstechnik.

Schliesslich erlauben die Personalverstärkungen wie erwähnt auch, das bedeutende Vorhaben Neubau/Sanierung Museen mit verbesserten personellen Ressourcen anzupacken.

## 4. Stellungnahmen

### 4.1 Museenkommission

Die Museenkommission unterstützt den ausführlichen Bericht und Antrag einstimmig und vollumfänglich. Sie macht darauf aufmerksam, dass aus betrieblicher Sicht noch weitere Stellen zu schaffen wären. Die nun beantragten Personalaufstockungen, die sich auf den absolut notwendigen Bedarf beschränken, erlauben nach Ansicht der Kommission eine geordnete Weiterführung der Museumsbetriebe.

### 4.2 Personaldienst

Im Bericht und Antrag des Stadtrates wird die Notwendigkeit für die Museen begründet. Der Personaldienst hat die geplanten Einstufungen überprüft. Diese entsprechen den städtischen Besoldungsrichtlinien.

## 5. Beschlussesanträge:

- 5.1. Die Pensenerhöhung des Leiters Naturmuseum von 60 auf 100% ab 1. April 2009 wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 51'234 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.2. Die Schaffung einer 50%-Stelle Assistenz/Sekretariat Kunstmuseum in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 45'000 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.

---

<sup>20</sup> Vgl. Bericht „Kultur in Olten“, S. 10-12

- 5.3. Die Pensenerhöhung des Leiters Historisches Museum von 60 auf 80% ab 1. April 2009 wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 25'617 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.4. Die Schaffung einer 40%-Stelle Assistenz Historisches Museum in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 36'000 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- 5.6. Ziff. 5.1. bis 5.4. dieses Beschlussesantrags unterliegen dem fakultativen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Dr. Rudolf Moor:** In der GPK ist das Geschäft von Ernst Zingg und Markus Dietler in zwei Etappen vorgestellt worden, einmal im letzten Jahr und an der GPK-Sitzung, welche dieser Parlamentssitzung vorausgegangen ist. Man empfindet allgemein eine grosse Anerkennung für die Leistung der Museumsleitenden. Es ist bekannt, dass die Museumsleitenden zu 100 % arbeiten, obwohl sie eigentlich nur 60-Prozent-Stellen haben. Dass dies ein Problem ist, bei den guten Ausstellungen, die in den Museen gemacht worden sind, wird allgemein anerkannt und auch dass es eine eher unbefriedigende Situation ist. In der GPK sind aber auch Fragen im Zusammenhang mit möglichen Effizienzsteigerungen aufgetaucht, zum Beispiel durch bessere Zusammenarbeit zwischen den Museen oder Verbesserung der Abläufe. Es ist aber auch die Frage der Ausrichtung, ob die drei relativ eigenständigen Museen wirklich die richtige Situation für die Stadt Olten sind oder ob man nicht eher eine Priorisierung auf ein Museum, das dann aber vielleicht mehr Gewicht, überregionale oder sogar nationale Bedeutung haben könnte, diskutiert worden. Es ist aber auch gesagt worden, wenn man mit den Beiträgen, die an die Sportpark AG geleistet werden, vergleicht, es für die Museen, die ja doch einen wesentlichen Beitrag zur Kultur in Olten beitragen, um relativ wenig Geld geht. Bei einigen Mitgliedern der GPK hat auch Erstaunen ausgelöst zu hören, dass geleistete Arbeitszeit nicht kompensiert oder bezahlt wird. Die GPK hat mit 5 : 1 Stimme deutlich Eintreten beschlossen. Die Detailbeschlüsse haben zu einer Zustimmung geführt, allerdings mit einem etwas weniger deutlicheren Resultat, nämlich mit 3 : 1 Stimme bei 2 Enthaltungen.

**Stadtpräsident Ernst Zingg:** Ich möchte eine allgemeine Bemerkung zu den heutigen Personalgeschäften vorausschicken. In der GPK ist gefragt worden – so steht es auch im Protokoll – weshalb man solche Geschäfte nicht im normalen Budget vorlegt, sondern einfach etwas später, anfangs oder Mitte Jahr. Zur Klärung der Situation möchte ich Ihnen Folgendes sagen: 2008 haben wir im Stadtrat bei der Vorbereitung des Budgets schon früh gesagt, wir möchten gerne einmal zusammen tragen, wie der Bedarf an Stellen und Pensen in der Stadt für das Jahr 2009 aussieht. Ich habe dieses Papier der GPK transparent präsentiert. Sie hat gewusst, worum es geht. Der Stadtrat hat gesagt, es gebe Vorlagen zu Personalgeschäften; er würde aber nicht einzelne Geschäfte vorlegen, weil er nicht die einzelnen Direktionen gegeneinander ausspielen wolle, so nach dem Motto – ich sage es jetzt deutsch – „der Ender esch der Gschwender“, sondern er gehe mit dem gesamten Projekt ins Parlament. Die Vorlage, für die ich jetzt sprechen darf, hat im Juni detailliert vorgelegen und man hat sie bereits einmal vorgestellt. Wir haben aber keinen Beschluss gefasst, weil wir gesagt haben: Alle Personalgeschäfte kommen. Es ist nicht möglich gewesen, das zweite Geschäft bis zur Budgetdebatte fertig zu stellen. Somit ist der Entschluss klar gewesen: Es gibt keine Anträge in Bezug auf Stellen für das Budget 2009.

Mittlerweile sind von diesem Papier noch drei Sachen hängig. Über zwei davon diskutieren wir heute. Zum dritten wird Kollega Peter Schafer im Mai im Parlament Stellung nehmen. Dort geht es um Sozialstellen, bei denen die Befristung Ende 2009 ablaufen wird und man vom Parlament eine Stellungnahme dazu haben muss. Alle anderen Sachen, die im Raum und auf dem Blatt gestanden haben, konnten gelöst werden, insbesondere auch Angelegenheiten von Kollegin Silvia Forster aus der Baudirektion. Jetzt zum eigentlichen Geschäft: Der Stadtrat hat beschlossen, die zwei Geschäfte, zu denen die Berichte und Anträge jetzt vorliegen, gemeinsam an einer Sitzung vorzulegen. Diese findet heute statt. Ich gehe nicht auf den Bericht und Antrag ein. Er liegt ausführlich mit allen Beilagen vor. Ich möchte einfach ein paar Punkte aufgreifen, um zu veranschaulichen, worum es uns bei diesem Geschäft eigentlich geht. Wir hatten bei den Museen bis ins Jahr 2002, wenn es um die Museumsleitungen geht, wie es heute richtig heisst, 40 % mit Ausnahme des Naturmuseums, bei dem provisorisch ein 50-Prozent-Pensum vorgelegen hat. Wir haben 2003 im Parlament provisorisch auf 60% erhöht und 2006 für alle drei Museumsleitungen definitiv 60 % geschaffen. Die Basis ist ein Kulturbericht gewesen, der auch verlangt worden war, mit einer totalen Auslegeordnung der ganzen Kulturszene, unter anderem auch der Museen, die ein wesentliches Kapitel bilden. Das ist auch der Grund gewesen, weshalb man nachher gesagt hat: Wir stimmen dem zu. Bei der Museumstechnik haben wir seit dem Jahr 2003 ein 160-Prozent-Pensum. Es sind zwei Personen, welche die beiden Pensen von 100 und 60 % haben, und eine Hauswartung dazu. Alles übrige Personal auf Abruf und im Stundenlohn: Aufsicht, Administration, Museumspädagogik, Reinigung. Zur Entwicklung der Besucherzahlen: Auch in der GPK ist gefragt worden, ob die Pensen mit den Besucherzahlen etwas zu tun haben. Man kann es nicht voneinander trennen. Aber man kann es auch nicht einfach so verbinden. Das Beispiel ist das Naturmuseum, von dem auch eine Grafik beiliegt. Es hat in den letzten Jahren eine klare Steigerung und für 2008 eine markante Steigerung bei den Besucherzahlen gegeben. Das hängt im Wesentlichen davon ab, was geboten wird. Eine Ausstellung, die eine nationale, sogar internationale oder mindestens eine regionale Ausstrahlung hat, lockt natürlich zu Recht Besucherinnen und Besucher an. Das ist ja der Sinn der Entwicklung des Menschen, der anschauen geht, was ihm Eindruck macht. Aber man kann natürlich nicht das ganze Jahr mit gewissen Pensen Ausstellungen machen und dann meinen, wegen dieser Ausstellungen seien die Besucherzahlen immer steigend. Es gibt Interessenabwägungen der Leute, die sagen, dies interessiert mich mehr und das weniger. Ihr werdet im Verwaltungsbericht 2008 lesen, dass für das Jahr 2008 eine astronomische Grenze bei den Besucherzahlen in den drei Museen gebrochen worden ist. Das hängt natürlich ganz wesentlich mit guten Ausstellungen einerseits und der speziellen Ausstellung „Steinzeitkunst aus Rumänien“ andererseits zusammen, die im Jahr 2008 allein über 11'000 Personen angezogen hat. Das darf nicht einfach immer über den gleichen Leisten ziehen. Wesentlich ist aber, dass das Interesse an den Museen aufgrund der wirklich hervorragenden Ausstellungen, von Highlights, die wir anbieten können, ganz massiv gestiegen ist, weit über die Stadt- und Regionsgrenze hinaus. Das Aufgabenbild dieser Museumsleitungen ist beschrieben. Es geht um das Museumsgut, Sammlungen, Ausstellungen, welche sie konzipieren und durchführen, aber auch, und das ist ganz entscheidend, Öffentlichkeitsarbeit und Vermittlung. Ein Museumsleiter oder eine – leiterin ist heute fast ein Unternehmer oder eine Unternehmerin, der oder die sich verkaufen muss. Ich glaube, das gelingt unseren Museen sehr gut. Letztes Beispiel ist „Gespensterschrecken und der Wolf von Hägendorf“ gewesen, wo das Naturmuseum im Zusammenhang mit dieser Thematik eine enorme Medienpräsenz gehabt hat. Aber es gibt sehr viele andere Beispiele, die für alle Museen gelten. Zur Vermittlungstätigkeit: Ein wesentlicher Teil der Arbeit ist die Museumspädagogik. Es ist wunderbar und alle Verantwortlichen für die Schulen, mein Kollege Martin Wey werden selbstverständlich bestätigen, wie unglaublich viele Kinder mit der Schule die Museen besuchen und dies auch in ihren Unterricht aufnehmen. Das ist eine sehr intensive Arbeit. Die Vermittlungstätigkeit nimmt sehr, sehr viel Zeit in Anspruch. Dann haben die Museumsleitungen natürlich auch eine Art Geschäftsleitungsfunktion mit der Personalführung, dem Finanzbereich und sind auch „Foundriser“, entwickeln Sponsoringaktivitäten, und Administration ist ebenfalls dabei. So steht es auch im Stellenbeschrieb. Die fachliche Weiterbildung, welche die drei Damen und Herren, die ich jetzt anspreche, absolvieren, könnten sie eigentlich mit diesen 40 % machen. Aber bekannterweise lebt man ja von 100 %. Bei 60 % müssen sie ja noch etwas anderes haben, mit dem sie den Broterwerb generieren können. Dann hat die fachliche

Ausbildung für ihren Job praktisch keinen Platz mehr. Die Anträge sind klar. Im Historischen Museum geht es bei der Leitung um eine Aufstockung von 60 auf 80 % und eine Assistenz von 40 %, total 60 %. Das Historische Museum hat einen verstärkten Sammlungsauftrag, weil es im Kontext der Museumspolitik des Kantons Solothurn zusammen mit dem alten Zeughaus in Solothurn und dem Museum in Dornach eine führende Funktion erhalten soll und dadurch natürlich auch im Sammlungsbereich eine ganz wichtige Aufgabe hat. Nebenbei gesagt ist es ja bekanntlich das einzige archäologische Museum des Kantons. Die Archäologie ist also dort integriert. Zudem ist die Museumstechnik als Gesamtes – die zwei Personen, die dort tätig sind – rein administrativ und führungsmässig dem Historischen Museum unterstellt. Im Kunstmuseum geht es nicht um das Pensum der Museumsleiterin, sondern um eine Assistenz von 50 %. Beim Kunstmuseum ist weniger das lokale Wissen wichtig, sondern es geht darum, dass man die Ausstellungen und die komplexe Materie im Kunstbereich bewältigen kann. Es geht um ein ergänzendes Fachwissen. Das ändert nicht jährlich, aber man ist so zwei, drei Jahre up to date. Dann kommen ganz neue Studentinnen und Studenten von den Kunstgewerbeschulen, die sich auf dem Gebiet der Museumstechnik und Museumspädagogik weiter bilden und ganz neue Aspekte hinein bringen. Damit man wirklich up to date ist, muss man sie abholen. Für diese Assistenz wird es nicht jemanden geben, der 10 Jahre hier ist, sondern es kann durchaus sein, dass es nach drei oder vier Jahren eine Veränderung gibt. Beim Naturmuseum ist das lokale Wissen ganz entscheidend. Viele gemeinsame Projekte mit anderen Museen, die vom Museumsleiter aus gehen, sind hier entscheidend wichtig. Im Naturmuseum hat es in den letzten Jahren immer wieder internationale Ausstellungen gegeben, zum Beispiel mit dem Südtirol, Trient, deutschen Museen, die ähnliche Probleme oder Thematiken angegangen sind und dann vom grossen Know-how des Naturmuseums Olten auf verschiedenen Gebieten vom Dinosaurier über die Wildschweine bis natürlich zu den Fledermäusen, wo der Museumsleiter ja ein Spezialist ist, profitieren können. Das lokale Wissen zählt im Naturmuseum. Unter anderem geht es darum, dass der Museumsleiter hier sein gesamtes Arbeitsvolumen einbringen kann, nicht nur 60 %. Deshalb geht es bei ihm um die Aufstockung des Pensums von 60 auf 100 %. Zusammengefasst gibt dies eine Stellenerhöhung von total 150 %. Ich komme zu einigen allgemeinen Bemerkungen. Administration ist ein Thema gewesen. Die Administration wird zum Teil von der Museumsleitung gemacht, ist aber auch eine Aufgabe, die das Aufsichtspersonal erledigen kann. Wenn Sie ins Museum gehen, dort eine Person am Schalder ist und Aufsicht hat, kann sie aufgrund der Qualifikation, nach der sie unter anderem auch ausgesucht wurde, auch administrative Aufgaben erledigen. Diese Frage ist auch in der GPK gestellt worden. Die Diskussion um die Ausrichtung der Museen, zukünftige Bauwerke, Sanierungen hat aktuell mit der Thematik 150 Stellenprozent nichts zu tun. In der GPK hat im Vorfeld zu diesem Geschäft eine Orientierung von Stadtschreiber Markus Dietler und mir zur Thematik „Die Museen in Zukunft“ stattgefunden. Hier wird das Parlament auch noch darüber befinden können, bevor es in weitere Etappen geht. So ist es auch beschlossen worden. Fazit: Die Vorlage würden wir als sehr reif bezeichnen. Es ist jetzt Zeit, dieses Thema zu ändern. Seit rund zehn Jahren sprechen wir von diesen personellen Defiziten. Ich glaube, das Präsidium ist dafür bekannt, dass es nicht einfach Stellen beantragt, damit sie beantragt sind. Diese Vorlage ist mit allen Beteiligten im Detail nach Machbarem, Wünschbarem und Effizienz ausgehandelt worden. Das ist das Produkt. Es ist ein Bedarf, der aufgrund der Abklärungen und Auseinandersetzungen, die wir inklusive Museenkommission, die zugestimmt hat, gehabt haben, zustande gekommen ist. Es braucht nicht Personal, um neue Aufgaben zu erfüllen, sondern es geht darum, die bestehenden Aufgaben, welche die Museen haben und wir wollen, dass sie diese haben, weil die Museen ein wichtiger Teil der Kultur sind und Kultur und Stadt Olten zusammen gehören, erfüllen zu können. Als guter Arbeitgeber kann ich es von der Stadt her nicht mehr verantworten, dass Personen mit Teilzeitpensen von beispielsweise 60 % Vollzeit arbeiten. Das kann man verlangen. Aber dann sollte man es auch bezahlen. Das kann man eine Zeitlang verlangen. Aber irgendwann geht es nicht mehr auf. Hier muss ich einfach an Ihr Verständnis für die Arbeit und die Situation am Arbeitsplatz appellieren, dass wir hier ein Zeichen setzen, damit für eine Aufgabe, die eindeutig Präsenz und Arbeitskraft fordert, auch ein entsprechender Lohn bezahlt wird. Das braucht auch die nötigen Stellenprozente. Im Namen des Stadtrates möchte ich Sie bitten, der Vorlage zuzustimmen und auch im Bereich Kultur für unsere Museen nach aussen ein Zeichen zu setzen.

**Dr. Markus Ammann, SP-Fraktion:** Wahrscheinlich ist eine Vorlage selten so offensichtlich und klar in der Aussage gewesen. Die Museen sind erfolgreich und gut positioniert. Das hat Stadtpräsident Ernst Zingg auch sehr gut ausgeführt. Die Qualität der Arbeit darf sich sehen lassen. Die Ausstrahlung geht weit über die Stadt oder sogar den Kanton hinaus. Die Stadt profitiert massiv von dieser Ausstrahlung. Seit dem letzten Bundesratsbesuch wissen dies wohl alle in der Stadt. Man kann sich auch gerade wegen der Museen zu Recht Kulturstadt nennen. All dies steht im krassen Widerspruch zur Wertschätzung, die wir heute unseren Museen oder auch dem Museumspersonal entgegen bringen. Das äussert sich insbesondere in den Ressourcen, die den Museen zur Verfügung stehen. Der Vergleich mit den anderen Ressourcen bringt es ja auf den Punkt. Während Museen mit einem vergleichbaren Auftrag drei bis vier Vollzeitstellen zur Verfügung stehen, sind es in der Stadt Olten über den „Daumen gepeilt“ rund eineinhalb Stellen. Der Schluss ist einfach: Olten erhält eine qualitativ hochwertige Leistung, zahlt aber nur den halben Preis. Dies nicht etwa, weil wir viel effizienteres Personal haben - das vielleicht auch - aber vor allem, weil wir unser Museumspersonal eigentlich schamlos ausnützen. Personal, das den notwendigen Aufwand für die gute Qualität aufgrund seines Enthusiasmus und Engagements zu einem grossen Teil eben auch auf freiwilliger Basis erbringt. Das spricht zwar für unsere Angestellten, aber es spricht sicher nicht für unsere Stadt. Mit anderen Worten: Wir haben hier einen unhaltbaren und unfairen Zustand, den wir sanieren müssen. Wir könnten zwei Schlussfolgerungen daraus ziehen. Entweder leben wir in diesem Sinne einfach über unsere Verhältnisse, was bedeuten würde, dass wir die Qualität der Museen zurück fahren oder einen Teil schliessen müssen. Das würde aber auch bedeuten, dass wir vermutlich von der Museumslandschaft Schweiz verschwinden. Oder wir gestehen den Museen ein Minimum an Ressourcen zu, die eben die geforderte oder erwartete Qualität, wie wir sie heute haben, erlauben. Der Bericht und Antrag zeigt in etwa, was das Minimum ist. Damit haben wir unseres Erachtens noch keine Luxuslösung, und selbst das langfristige Aufrechterhalten der drei Museen ist unserer Ansicht nach nicht unbedingt gesichert. Vielleicht werden wir nach einer gewissen Zeit noch einmal darüber reden. Ich möchte noch eine Schlussbemerkung machen, die vielleicht gar nicht direkt an das Parlament geht. Aber es hat hier ja auch Kantonsparlamentarier. Die kantonale solothurnische Museumspolitik, wie sie auch im Strategiepapier festgelegt ist, sieht ja den Wert und Platz der Oltnen Museen. Wir sehen aber noch nicht ganz, welche Unterstützung vom Kanton für unsere Museen, auch finanzieller Art, kommt und zwar so, dass wir langfristig und verlässlich eine Planung für die Museen machen können. Hier hat unseres Erachtens der Kanton Erklärungs- oder noch besser Handlungsbedarf. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag des Stadtrates vollumfänglich und einstimmig.

**Heidi Ehram:** Die CVP/EVP-Fraktion dankt für den vorliegenden Bericht und Antrag und Peter Flückiger für seine zusätzliche Informationen an unserer Fraktionssitzung. Im Bericht „Kultur in Olten“ und im vorliegenden Bericht und Antrag mit Beilagen sind die kantonalen, regionalen und kommunalen Aufgaben, die Anforderungen an einen zeitgemässen Museumsbetrieb und der Leistungsausweis unserer drei Museen, die Markus Ammann jetzt bereits schön ausgeführt und ausführlich beschrieben hat, dargelegt. Es erübrigt sich, dass ich an dieser Stelle noch auf diese Themen eingehe. Unsere Fraktion hat sich in ihrer Diskussion dann vor allem mit der Frage befasst, ob die vorhandenen personellen Ressourcen der drei Museen genügen oder eben der jetzige Zustand nicht länger haltbar ist, wie es die Museenkommission in einem Leserbrief ausgeführt hat. Die zusätzliche Arbeitszeit über die jetzigen Stellenprozente hinaus, welche die Museumsverantwortlichen leisten, die aber nicht kompensiert werden kann und auch nicht ausbezahlt wird, darf sicher nicht ein Dauerzustand werden. Anders gesagt: Wir können von den Museen nicht attraktive Angebote für unser Standortmarketing erwarten und die nötigen personellen Ressourcen dafür nicht zur Verfügung stellen, es sei denn, wir möchten einen Leistungsabbau in Kauf nehmen. Wenn wir dies aber nicht wollen, haben wir einfach die unschöne Situation, dass in den Museen unbezahlte Arbeit geleistet wird und zwar über das übliche Mass hinaus. Deshalb sind wir heute im Parlament als Arbeitgeber gefordert. Heute entscheiden wir über den Sofortbedarf und nicht über wünschenswerte Stellenprozente oder die strategische bzw. künftige Ausrichtung unserer Museen. Nach Meinung unserer Fraktion ist der Sofortbedarf in der Vorlage ausgewiesen. Auf diesen Teil brauche ich deshalb nicht mehr einzugehen. Besonders gut findet unsere Fraktion, dass die Pensenerhöhung und die neuen Stellenprozente nach den individuellen Bedürfnissen der Museen beantragt werden. In

unserer Fraktion ist dann auch noch das Verkaufen von Leistungen, wie dies zum Beispiel im Naturmuseum mit den Kindergeburtstagen gemacht wird, und der Zeitpunkt der Pensenerhöhung diskutiert worden. Die Fraktion ist der Meinung, dass der Plafonds der Stellendotation mit der beantragten Erhöhung in etwa erreicht ist und in die künftige Museumsplanung und –politik einfließen muss. Hier haben wir eine gewisse Diskrepanz zu Markus Ammann als Vorredner. Die Ansprüche des Publikums sind sicher ein Massstab für die Ausgestaltung der Museen. Der Level muss aber unserer Ansicht nach unseren städtischen und regionalen Gegebenheiten angemessen werden. Die Leistungen und damit das Angebot der Museumsbetriebe müssten sich deshalb künftig nach dem Stellenetat richten. Unsere Fraktion steht neuen Stellenbegehren jeweils kritisch gegenüber. So sind auch bei dieser Personalvorlage Stellenkompensation und Leistungsabbau ein Thema gewesen. Trotz der erwähnten Vorbehalte unterstützt unsere Fraktion die beantragten Stellenprozente und die neuen Teilzeitstellen, damit die Museen ihre Arbeit im bisherigen Rahmen und ihren Auftrag weiter leisten können, denn wir sind davon überzeugt, dass unsere Museen mit ihren Ausstellungen und weiteren Aktivitäten das vielfältige Kulturangebot Olten massgebend prägen. Bei dieser Gelegenheit danke ich im Namen der Fraktion den Museumsteams für ihr Engagement. In diesem Sinne ist unsere Fraktion für Eintreten auf die Vorlage und wird ihr auch zustimmen.

**Nico Zila, FdP-Fraktion:** Noch bevor die Museenkommission in der Leserbriefspalte unserer Tageszeitung in Erscheinung getreten ist, hat sie uns in der Person von Martin Planzer letzte Woche an der Fraktionssitzung ihre Sicht zu dieser Vorlage dargelegt. Herzlichen Dank an Martin Planzer und auch an Dr. Peter Flückiger für die aufschlussreichen Informationen. Auch wir Freisinnige wissen, dass nicht nur gute Kulturarbeit viele Besucher oder Käufer anzieht. So hat der französische Schriftsteller Edmond de Goncourt schon im 19. Jahrhundert gemeint: „Die meisten Dummheiten in der Welt muss sich wahrscheinlich ein Gemälde in einem Museum anhören“. Trotzdem ist die grosse Resonanz, die alle drei Oltner Museen heute bei ihrem Publikum auslösen, ein schöner Erfolg und gibt der Arbeit der Museenleitenden recht. Die freisinnige Fraktion will geschlossen auf diesem Weg weiter fahren. Die Alternative zu einem Ja zu dieser Vorlage ist wahrscheinlich in erster Linie nicht die Schliessung eines oder aller Museen, sondern ist aus unserer Sicht noch trostloser. Bei einem Nein müssten die drei Museen zu ihren Wurzeln zurück gehen. Was vielleicht romantisch tönen mag, würde trocken heissen: Praktisch nur noch ständige Ausstellungen, als Folge davon weniger Besucherinnen und Besucher, viel weniger Möglichkeiten, sich unter dem Namen Oltner Museen national und international zu profilieren und vermutlich früher oder später dann auch der Weggang der erfolgreichen Museumsleitenden in fruchtbarere Gefilde. Das ist für die Oltner Freisinnigen kein Weg. Wir schätzen an dieser Vorlage besonders - ich bin hier mit Heidi Ehrsam einig - dass sie die zusätzlichen neuen Stellenprozente nicht mit der Giesskanne über die drei Museen ausschüttet. Die Museenkommission und das Stadtpräsidium haben sich fundiert Gedanken über Lösungen gemacht, die den Bedürfnissen jedes einzelnen Museums am besten entsprechen. Wir können diese Gedanken nachvollziehen, werden deshalb geschlossen auf die Vorlage eintreten und ihr mit grosser Mehrheit zustimmen. Eine Minderheit unserer Fraktion wird zwar auf das Geschäft eintreten, sich aber bei der Schlussabstimmung der Stimme enthalten. Auch diese Fraktionskollegen tragen wohlverstanden die personelle Aufstockung in den Oltner Museen mit. Sie sind aber nicht damit einverstanden, dass im Bericht des Stadtrates eine Kompensation der neuen Stellen bei einer anderen Aufgabe, die vielleicht heute nicht mehr so zum Kerngeschäft unserer Stadt gehört, nicht einmal mit einer Zeile erwähnt wird. Es ist ein altes freisinniges Anliegen -- wir wissen es alle -- im Oltner Haushalt konsequent Prioritäten zu setzen. Die Mehrheit der Fraktion möchte dieses Anliegen selbstverständlich ebenfalls weiter verfolgen, dies allerdings auf dem Vorstossweg einbringen oder gegebenenfalls unterstützen.

**Anita Huber, Fraktion GO/JA:** Die Oltner Museen sind erfolgreich. Das Naturmuseum beispielsweise hat seine Besucherinnen- und Besucherzahlen innerhalb von 10 Jahren mehr als verdoppelt. Im letzten Jahr haben 13'000 Leute das Naturmuseum Olten besucht und dies bei einer harten Konkurrenz durch das Naturama in Aarau und das Naturhistorische Museum in Solothurn, das keinen Eintritt verlangt. Die Steinzeit-Ausstellung hat sogar den Bundesrat dazu gebracht, in Olten einen Halt einzulegen. Auch das Kunstmuseum zieht ein

überregionales Publikum an. Kurz und Gut: Die drei Museen sind ein Standortvorteil für Olten und sorgen für eine Imageverbesserung. Doch was von aussen wie ein Erfolgsgeschichte aussieht ist von nahe betrachtet ein Flickwerk. Nur mit massiven Überstunden und weil sie weniger sichtbare Arbeiten wie z.B. die Pflege der Sammlungen zurück stellen, können die drei Museen die bisherigen Leistungen aufrecht erhalten. Für Olten ist es ein Glücksfall, dass Peter Kaiser, Peter Flückiger und Patricia Nussbaum zusammen mit ihren Mitarbeitenden vollen Einsatz leisten. Der Vergleich mit Museen in ähnlich grossen Städten zeigt Erschreckendes: Olten hat weniger als die Hälfte der Stellenprozent vergleichbarer Museen. Neben ihrer eigentlichen Facharbeit müssen unsere Kuratoren auch administrative Tätigkeiten erledigen und das ist unsinnig. Es besteht dringender Handlungsbedarf. In Olten bäckt man allerdings meist kleine Brötchen. So auch bei dieser aktuellen Vorlage: Sie stopft die grössten Löcher. Massgeschneidert und sparsam werden hier Stellenprozent etwas erhöht und da neue Teilzeitstellen geschaffen. Wenn man diese vielen Verbesserungen zusammen zählt, gibt es nur eine Aufstockung um 150 Stellenprozent. Hier im Parlament müssen wir uns bewusst machen, ob wir in Olten weiterhin professionelle Museen wollen. Wenn wir die Finanzen für einen anständigen Museumsbetrieb ablehnen, werden wir nämlich früher oder später auf dem Niveau halb ehrenamtlich geführter Dorfmuseen landen. Die Frage ist: Will Olten – ausser seinem Eisenbahnknotenpunkt – noch etwas anderes bieten? Wenn ja, müssen wir Geld in die Hand nehmen und in öffentliche Projekte mit Strahlkraft investieren, wie zum Beispiel unsere drei Museen. Die Fraktion Grüne/Junge Alternative empfiehlt deshalb, die Vorlage zu unterstützen.

**Christian Werner, SVP-Fraktion:** Ich bleibe heute sehr kurz, weil ich für einmal leider an der Fraktionssitzung nicht teilnehmen können und deshalb nur die Argumente wiedergebe, die mir zugetragen worden sind. Aber ich denke, das macht nichts. Dann können wir etwas Zeit für die wahrscheinlich noch kommenden langfädigen Wahlkampfreden der verschiedenen Parteien gewinnen. Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass der Mehraufwand in der letzten Zeit mit den speziellen Ausstellungen zu tun hat, insbesondere eben mit der bereits erwähnten Ausstellung über die Steinzeitkunst, und sie geht davon aus, dass man in der nächsten Zukunft die laufenden Ausstellungen mit dem heutigen Personal bewältigen können. Weiter sind wir der Meinung, dass man jetzt zuerst die Neuausrichtung der Museen und die Projekte, sprich Neu- bzw. Umbau, präsentieren und bewilligen soll, bevor man nachher über neue Stellen diskutiert. Zum Schluss ist es einmal mehr der Fall – das ist bereits von Nico Zila angesprochen worden – dass neue Stellen beantragt werden, ohne aber gleichzeitig bereits bestehende streichen zu wollen bzw. mindestens aufzuzeigen, wo man diese allenfalls in Zukunft kompensieren könnte. Aus den erwähnten Gründen werden wir eintreten, den Beschlussesanträgen aber nicht zustimmen.

**Mario Clematide:** In meiner langen Laufbahn als Mitarbeiter des Kantons Solothurn weiss ich, dass es im Kalenderjahr zwei Zeitpunkte gibt, um Mittel zu beantragen. Das ist in der Regel anfangs Jahr, wenn noch genügend Geld vorhanden ist, und auch Ende Jahr, wo es sein könnte, dass man noch Geld zur Verfügung hat. Ähnlich ist es sehr wahrscheinlich auch mit den Stellenbegehren während einer Legislatur. Wenn Wahltage näher rücken, haben solche Begehren beste Chancen durch zu kommen, denn kein Kandidierender und keine Kandidierende will es sich mit der einen oder anderen Wählergruppe verscherzen. Wenn dann noch gut orchestriert Leserbriefe von Anhängern der Museenkommission geschaltet werden, kann kaum etwas schief gehen. In meinen Augen wäre es viel einfacher, solche Stellenbegehren durch zu bringen, wenn dies aufgrund von nicht erfüllten Leistungsvereinbarungen geschehen würde, Nichterfüllungen, die Ursachen in fehlendem Personal für eine Museumskultur haben, die im Beispiel der Stadt Olten angepasst wäre. Solche Leistungsvereinbarungen sind das Prinzip der wirkungsorientierten Verwaltungsführung und bewähren sich meiner Meinung nach beim Kanton Solothurn sehr gut. Als Gemeinderat kann ich nur glauben, dass die Lage bei den drei städtischen Museen so ist, wie sie auf den zig Seiten der Vorlage samt Beilagen beschrieben wird. Produktgruppe samt Zielen und messbaren Leistungs- oder Wirkungsindikatoren wie Besucherzahlen, qualitative Anforderungen an die Produktion der Ausstellung, Qualität von durchzuführenden Sonderausstellungen, Anzahl der pädagogischen Führungen. Ich öffne eine Klammer. In Italien und Frankreich ein Highlight. Wenn man dort in ein Museum geht und zuschaut, wie

engagiert in Museen mit Kindern gearbeitet wird, ist dies durchaus ein Leistungsziel, das auch in Olten noch vermehrt gefördert werden sollte. Das fehlt mir in der Museumspolitik der Stadt Olten. Wenn ich dies lese, ist es für mich alles mehr oder weniger weich. Ich lese zum Beispiel in der Stellenbeschreibung für den Leiter des Naturmuseums: „Als Betriebsleiter gewährleistet der Konservator den ordnungsgemässen Museumsbetrieb gemäss Leitbild und Stellenbeschrieb“. Was heisst das und wer kontrolliert aufgrund von welchen Indikatoren? Darüber steht zum Beispiel nichts in der Vorlage. Der schriftlichen Einschätzung der aktuellen Oltnen Personalsituation durch den Thurgauer Konservator kann ich vor allem aus patriotischen Gründen – ich bin bekanntlich Thurgauer- wenig entgegen halten, sondern hier eben auch nur glauben. Was heisst das für mich? Ich glaube und der Erfolg von Sonderausstellungen beweist es ja, dass stimmt, was in der Vorlage steht, vor allem auch deshalb, weil ich Herrn Dr. Flückiger als kompetenten Museumsmann schätze und weil die Ausstellungen der drei Oltnen Museen erfolgreich sind. Zweitens ist aber für mich auch ganz klar, dass ich den im Bericht angekündigten weiteren Pensenerhöhungen in Zukunft, wenn ich dann in Olten politisch überhaupt noch etwas zu sagen habe, nur dann zustimmen werde, wenn die Begehren aufgrund von nachvollziehbaren Leistungsvereinbarungen gestellt werden. Ich bin für Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen.

**Stefan Nünlist:** Ich bin zwar auch katholisch wie Mario Clematide, mache kein Glaubensbekenntnis, sondern nur noch zwei, drei Reaktionen auf das Gesagte. Wenn ich so zugehört habe, hat man meinen können, in unserer Stadt stehe es miserabel um diese Museen und wir seien nur ein Eisenbahnknotenpunkt und hätten sonst nichts. Wir haben so viele lässige Sachen in der Stadt. Wir haben ein riesiges Freizeitangebot mit einer Badi, ein Kulturangebot, Sportmöglichkeiten und hervorragende Museen, die extrem attraktiv sind. Jetzt sind wir bereit, noch mehr in die Attraktivität zu investieren. Manchmal vermisse ich so etwas die Aufbruchstimmung und Freude. Ich meine, wir als sparsame Fraktion, die Rappenspalter sind, sagen ja zu anderthalb Stellenprozenten. Das ist eigentlich etwas sehr Positives, weil wir glauben, dass eine Stadt nicht nur attraktiv ist, wenn man gute Parkplätze und schöne Läden hat. Es braucht eben auch Kultur und Sportmöglichkeiten. Von daher möchte ich mit unserem Ja einfach noch etwas Begeisterung und Lebensfreude verbinden. Ich habe etwas Mühe mit dem SP-Postulat, wenn man eigentlich findet, unsere Freizeiteinrichtungen sollten fast gratis sein. Wären sie gratis, wären sie nichts mehr wert. Ich finde, sie sind sehr, sehr viel wert, unsere Sportartmöglichkeiten und unser Freizeitangebot. Deshalb sage ich begeistert ja zu diesen anderthalb Stellenprozenten, was ich sonst ja in der Regel nicht mache, wenn es um Personalerhöhungen geht.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

## Beschlüsse

- 5.1. Zustimmung mit 36 : 3 Stimmen
- 5.2. Zustimmung mit 36 : 3 Stimmen
- 5.3. Zustimmung mit 36 : 3 Stimmen
- 5.4. Zustimmung mit 36 : 3 Stimmen

## Gesamtbeschluss

Mit 36 : 3 Stimmen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

- 5.1. Die Pensenerhöhung des Leiters Naturmuseum von 60 auf 100% ab 1. April 2009 wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 51'234 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.2. Die Schaffung einer 50%-Stelle Assistenz/Sekretariat Kunstmuseum in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 45'000 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.3. Die Pensenerhöhung des Leiters Historisches Museum von 60 auf 80% ab 1. April 2009 wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 25'617 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.4. Die Schaffung einer 40%-Stelle Assistenz Historisches Museum in der Lohnklasse 16 (bisheriges Lohnsystem) wird genehmigt. Für das Jahr 2009 wird ein Nachtragskredit von CHF 36'000 bewilligt. Allfällige Mehrkosten durch eine Neueinstufung auf Grund der Besoldungsrevision werden mitbewilligt.
- 5.5. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
- 5.6. Ziff. 5.1. bis 5.4. dieses Beschlussesantrags unterliegen dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:

Direktion Stadtpräsidium/Herr Markus Dietler  
Historisches Museum/Herr Peter Kaiser  
Kunstmuseum/Frau Patricia Nussbaum  
Naturmuseum/Herr Peter Flückiger  
Direktion Finanzen und Informatik/Herr Markus Sieber  
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter  
Lohnbuchhaltung/Herr Rudolf Berger  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr.18/20

Prot.-Nr. 54

## **Mehr Sicherheit in Olten durch mehr Polizeipräsenz/Personelle Erweiterung der Stadtpolizei**

**Mit einer Aufstockung des Personals der Stadtpolizei um vier Polizistenstellen sollen Dienstlücken geschlossen und dadurch der Bevölkerung mehr Sicherheit durch mehr Polizeipräsenz gewährt werden. Die Polizeibeamten können sich zudem dank zwei neuen polizeilichen Zivilangestellten auf ihre effektiven Polizeiaufgaben konzentrieren. Neben der verbesserten und gezielteren Leistungserbringung werden durch die personelle Korpserweiterung die nötigen Voraussetzungen geschaffen, um die Neuausrichtung der Stadtpolizei Olten operativ umzusetzen.**

Sehr geehrter Herr Präsident  
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgende Erwägungen und Anträge:

### **1. Ausgangslage**

#### **1.1 Einleitung**

Die Stadt Olten hat sich in den letzten Jahren zu einer lebenswerten und lebendigen Stadt entwickelt. Die Bevölkerung soll sich unbeschwert und sicher bei jeder Tages- und Nachtzeit begegnen können. Diese positive Entwicklung zeigt sich in vielen verschiedenen Grossanlässen wie Kilbi, Messe in Olten, Fasnacht, Monatsmarkt usw., diverse Strassenfeste und -kaffees im Sommer und anderen kulturellen, wirtschaftlichen und sportlichen Veranstaltungen. Neben diesen städtischen Entwicklungen zählt der Bahnhof Olten mit einer Tagesfrequenz von über 80'000 Personen zu den zwanzig grössten SBB Bahnhöfen der Schweiz. Er dient als wichtiger Umsteigebahnhof. Zudem zieht die anerkannte Bildungsstätte Fachhochschule Nordwestschweiz viele externe Studierende an. In den vergangenen Jahren hat auch die Bevölkerung von Olten zahlenmässig wieder zugenommen. Aus diesen Gründen ist und bleibt die Stadt Olten der regionale, soziale und wirtschaftliche Bezugspunkt.

Neben diesen positiven und erfreulichen Entwicklungstrends hat das subjektive Unsicherheitsbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren stark zugenommen und die negativ empfundenen Entwicklungstendenzen wachsen kontinuierlich an. Die zunehmende Verurbanisierung zieht auch soziale Randgruppen an, welche die Behörden tagtäglich beschäftigen. Die Unterbringung von Randständigen in der Stadt führt zum Teil zu unhaltbaren Zuständen in diversen Quartieren (Gettoisierung). Charakteristisch sind heruntergekommene Bausubstanzen und schlecht ausgebaute Infrastruktureinrichtungen. Die gute verkehrstechnische Erschliessung (Anbindung an die Autobahn / SBB Knotenpunkt) ergibt einen regen wöchentlichen Ausgangs- und Durchfahrtstourismus in Olten, welcher zu negativen Emissionen wie Nachtruhestörungen, Vandalismus, Littering (achtsloses Wegwerfen und Liegenlassen von Abfall auf dem öffentlichen Grund), Gewalt, Drogen und erhöhtem Verkehrsaufkommen führt. Im gleichen Zusammenhang ist das veränderte Ausgehverhalten der Bevölkerung zu erwähnen.

Besonders die Verlagerung der Ausgangszeiten der Jugendlichen von 2300 bis 0400 Uhr ergibt ein erhöhtes mediterranes pulsierendes Geschehen an exponierten Stellen in der Stadt, insbesondere betroffen sind die Altstadt und andere Strassenzüge. Dieses Verhalten wird gefördert durch die sehr moderat-liberalen Genehmigungen von Freinachtsbewilligungen, welche Öffnungszeiten bis 0400 erlauben. Die Anzahl Nachtlokalitäten beträgt zurzeit zehn Stück, davon sind drei mit erotischen Darbietungen. Die Schliessungszeiten werden durch Polizeipatrouillen regelmässig kontrolliert und durchgesetzt. Neben diesen Lärmemissionen gibt es auch neue Gewalt-Phänomene in der heutigen Gesellschaft wie z. B. Gewalt als Event (Fussball, Eishockey) oder über das Internet organisierte grosse Betrinkingpartys (Bottélon). Speziell zu erwähnen in Olten ist die linke (Punks / Gotik-Szene) und rechte (Skinheads) Extremismus-Szene, welche auf Stadtgebiet, teilweise unfriedliche Auseinandersetzungen gegeneinander oder gegen unbescholtene Bürgerinnen und Bürger austragen. Das „Strassenstrichlein“ im Gebiet Haslistrasse zieht Kunden (Verkehrsemissionen) aus der ganzen Schweiz an.

Neben der beschriebenen und betroffenen Ruhe und Ordnung, welche für die Einwohnerinnen und Einwohner sowie Besucherinnen und Besucher der Stadt Olten für die gute und subjektive und objektive Lebensqualität entscheidend ist, spielen auch neue gesellschaftliche negative Erscheinungsformen eine Rolle in der empfundenen Sicherheit. Die Wegwerfgesellschaft macht auch vor dem öffentlichen Raum nicht halt und wird die Polizei in Zukunft noch vermehrt beschäftigen.

Die urbane Evolution und das sensibilisierte Sicherheitsempfinden der Bürger und Bürgerinnen generieren an die Stadtpolizei Olten neue respektive qualitativ höhere Anforderungen und damit auch Aufgaben und Erwartungen. Sicherheit ist ein öffentliches Gut aber auch gleichzeitig ein Menschenrecht. Sicherheit bedeutet für jeden Bürger und jede Bürgerin Lebensqualität.

## **1.2 Polizeireglement der Einwohnergemeinde der Stadt Olten vom 15. Mai 2003**

Dieses bildet die rechtliche Grundlage für die Gewährleistung der Sicherheit der Bevölkerung und der öffentlichen Ruhe und Ordnung im gesamten Stadtgebiet. Es herrscht der Grundsatz, dass das Wohlbefinden und das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Stadt Olten zu fördern und zu unterstützen sind. Das Aufgabenspektrum und die Anforderungen an die Stadtpolizei haben sich in den letzten Jahren stark gewandelt, darum stehen nicht mehr nur alleine die gemeindepolizeilichen Aufgaben im Zentrum des Schaffens, sondern noch andere umfangreichere sicherheits- und verkehrspolizeiliche Tätigkeitsfelder.

## **1.3 Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung**

Seit dem 14. August 2001 besteht die Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die Kompetenzabgrenzung zwischen der Polizei Kanton Solothurn und den Stadtpolizeien Grenchen, Olten und Solothurn (Regierungsratsbeschluss). Diese regelt die Kompetenzen und das Zusammenarbeiten zwischen der Stadtpolizei Olten und der Polizei Kanton Solothurn. Der Aufgabenkatalog regelt und legitimiert die verkehrs-, sicherheits- und kriminalpolizeilichen Tätigkeitsfelder. Diese vereinbarten Kompetenzabgrenzungen werden mehrheitlich eingehalten und dienen zur Koordination der polizeilichen Arbeit auf dem Platz Olten.

## **1.4 Personalbestand**

Recherchen im Archiv haben ergeben, dass die Stadtpolizei Olten die letzte einschneidende Korpserhöhung im Jahre 1961 gemacht hat. In dieser wurde das Korps von 15 auf 25 Beamte aufgestockt. Im Jahre 1988 bei der Einführung der 42-Stunden-Woche wurde eine weitere Stelle bewilligt. Im Jahre 2000 konnte dann der Bestand auf schlussendlich 27 Beamte (inklusive Kommandant) erhöht werden.

Das Polizeikorps umfasst zurzeit 1 Polizeikommandanten, 26,5 Polizeibeamte (davon 2 Polizistinnen), 3,5 Verkehrsdienstmitarbeitende (davon 0,5 Verkehrsdienstmitarbeiterin),

0.5 zivile Mitarbeiterin. Aus verschiedenen Gründen (Krankheit, Wohnsitzregelung, einjährige Ausbildungszeit) konnte in den letzten vier Jahren nie in Vollbestand gearbeitet werden. Daher wurde das Schwergewicht richtigerweise auf die tägliche Grundversorgung gelegt und eine Vielzahl von Aufgaben und Tätigkeitsfeldern (Quartierpolizei, Bürgernahe und -spezifische Polizeiarbeit, Betäubungsmittelszene, Grosskontrollen, Radar, Durchfahrtskontrollen) wurden teilweise vernachlässigt. Auch durch die Erreichung des heutigen Bestandes wird es nach aktueller Lagebeurteilung nicht möglich sein alle geforderten Aufgabengebiete zu erfüllen und dem gesteigerten Sicherheitsempfinden in allen Bereichen gerecht zu werden.

## **1.5 Interkantonale Polizeischule Hitzkirch**

Das neue Polizeikonkordat (elf Kantone) für die Errichtung der Interkantonalen Polizeischule IPH Hitzkirch ist im Dezember 2004 zustande gekommen. Das Konkordat betreibt eine gemeinsame Polizeischule. Die Ziele dieser Polizeischule sind vor allem die Vereinheitlichung der Ausbildung sowie die Einbindung der Polizeiausbildung ins allgemeine schweizerische Bildungssystem. Gleichzeitig soll ein hoher Praxisbezug, klar definierte Berufsprofile und die Möglichkeit der weiterführenden Laufbahn mit anerkannten Abschlüssen erzielt werden. Ein Jahr lang werden die Auszubildenden an der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch auf ihre künftigen Aufgaben vorbereitet. Es wird ausgewogene Mischung aus theoretischem Unterricht in den verschiedensten Fächern, Sport und Polizeipraxis angeboten.

## **1.6 Neuausrichtung**

Das Projekt „Neuausrichtung der Direktion öffentliche Sicherheit“ wurde aufgrund des Ausscheidens des Polizeikommandanten 2006 sistiert. Der Stadtrat hat entschieden, dass dieses Projekt nach der Neubesetzung des Polizeikommandanten weitergeführt wird. Der Handlungsbedarf insbesondere bei der Polizei ist nicht von der Hand zu weisen. Die Führungs-, Organisations- und Prozessstrukturen sind veraltet und kompliziert. Die Unterstellungsverhältnisse sind nicht klar geregelt und generieren Schnittstellenprobleme. Die Informationspolitik ist nicht transparent, umfassend und rechtzeitig, dadurch entstehen Missverständnisse und unglaubwürdige und zum Teil willkürliche Situationen. Dies sind nur einige Problemfelder, welche die leistungsorientierte und einsatzbezogene Zusammenarbeit im Korps behindern. Bis jedoch die Sicherheitsstruktur des Kantons Solothurn (vgl. Kapitel 1.7) nicht klar geregelt ist, kann eine umfassende Neuausrichtung nicht angegangen werden. Jedoch können einige Teilbereiche bereits heute optimiert werden. Es ist zwingend darauf zu achten, dass keine Präjudizien geschaffen werden, sondern es braucht Entscheide, welche die Handlungsfreiheit und die Glaubwürdigkeit in der Gegenwart und in der Zukunft erhöht.

## **1.7 Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn**

Die TC Team Consulting haben im Jahr 2007 den Auftrag erhalten die kantonale Sicherheitsstruktur (alle Gemeinden) mittels Befragungen von Schlüsselfunktionären aus Politik und Polizei zu durchleuchten. Eine erste Orientierung über die Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn wird gegenüber dem Steuerungsausschuss (politische Vertreterinnen und Vertreter des Kantons und der Städte sowie dem Präsidenten des Einwohnergemeindeverbandes) bis Ende 2008 erfolgen. Die politischen Entscheidungsträger haben demnach das weitere Vorgehen, Fortsetzung oder Einstellung des Projekts festzulegen. Es muss damit gerechnet werden, dass je nach Ergebnis und Entscheidung des weiteren Weges, es sich um einen langjährigen Prozess (Gesetzesänderung, Volksabstimmung, usw.) handeln wird. Je nach Entscheidung ergibt sich die fundierte Grundlage, um die Neuausrichtung der Stadtpolizei zu planen und umzusetzen. Zum heutigen Zeitpunkt haben die drei Städte Grenchen, Solothurn und Olten eindeutig den politischen Willen geäussert, ihre Stadtpolizeien auch künftig eigenständig bei zu behalten. Wenn die Stadtpolizei selbständig bleibt, dann muss über die Kompetenzausscheidung von 2001 und die finanziellen Abgeltungen zwischen den Städten und dem Kanton neu verhandelt werden.

## **1.8 Dienstplan 2007**

Der heute vorliegende Dienstplan (vgl. Beilage 1) wurde in einem umfangreichen und integrativen Prozess mit Einbezug von verschiedenen Anspruchsgruppen im Jahre 2006 erarbeitet. Der Dienstplan wurde am 1. Januar 2007 eingeführt. Er hat sich grundsätzlich als gut herausgestellt und ermöglicht durch die ereignisbezogene Planung eine Schwergewichtsbildung bei Grossanlässen. Zudem ist wie seit langem die Einsatzzentrale 24 Stunden besetzt und der Schalter der Stadtpolizei 24 Stunden, 7 Tage in der Woche offen. Es bestehen jedoch Dienstlücken, in welchen wir über keine eigenen Patrouillen verfügen.

## **1.9 Anforderungen an Mitarbeitende**

Die psychischen Anforderungen an Polizisten / Polizistinnen sind durch demografisch-soziale, kulturelle und moralische Veränderungen in der Gesellschaft stark angestiegen. Die Bevölkerung erwartet, dass die Polizei im öffentlichen Raum für Ruhe und Ordnung sorgt. Die Menschen sind heute eher bereit gewalttätige Mittel und Massnahmen auch gegen Mitarbeitende der Polizei einzusetzen. Dies bedeutet, dass jede Intervention der Polizei ein erhöhtes Gewaltrisiko mit sich bringt. Die Polizeibeamten werden auch rascher und intensiver mit verbalen Beschimpfungen konfrontiert. Der zum Teil fehlende Anstand und Respekt der negativ auffallenden Bürger und Bürgerinnen und die negativen Äusserungen zehren mit der Zeit an den Nerven und lösen die legitime Sinnfrage aus. Sie begleitet die Polizeibeamten und -beamtinnen tagtäglich und können negative Stressoren (Distress) auslösen. Distress führt zu einer stark erhöhten Anspannung des Körpers. Auf Dauer führt dies zu einer Abnahme der Aufmerksamkeit und Leistungsfähigkeit. Bei einer Langzeitwirkung von Distress sowie fehlenden Copingstrategien (Bewältigungsstrategien) kann es zu einem Burn-out-Syndrom kommen. Zudem wird das Rechtssystem in Frage gestellt. Dieser psychische Druck kann nur durch gezielte Debriefings durch Vorgesetzte oder Fachleute verringert werden.

## **1.10 Ausbildung / Weiterbildung**

Die Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist ein wichtiger Hygienefaktor und spielt eine entscheidende Rolle in der internen und externen Glaubwürdigkeit des Korps. Die vielen Änderungen in diversen theoretischen Grundlagen (Strafgesetzbuch, Strassenverkehrsrecht, Waffengesetz, Schengen, usw.) verlangen nach einer kontinuierlichen und lückenlosen Ausbildungsplanung und -führung. Es ist zurzeit nur unter grober Vernachlässigung der Grundversorgung möglich, regelmässig alle Korpsangehörigen weiter- und/oder auszubilden. Die Mitarbeitenden haben im heutigen Dienstplanmodell keine Zeit um die Flut von Änderungen und theoretischem Wissen selbständig aufzuarbeiten.

## **2 IST-Situation**

Die Sicherheitsgrundversorgung der Stadt Olten kann mehr oder weniger durch den heutigen Dienstplan sichergestellt werden. Durch diverse Grossanlässe, Urlaube, Krankheiten, Überzeit werden personelle Ressourcen so stark gebunden, dass Aufgabengebiete stark vernachlässigt werden müssen. Zudem kommen viele gemeindepolizeiliche Aufgaben (Signalisationsdienst, Fundbüro, Planung und Durchführung von Grossanlässen (Kilbi), Baum- und Sträucherkontrolle, Parkraumbewirtschaftung) dazu, welche nicht zwingend einen Polizisten oder eine Polizistin verlangen.

Es geht insbesondere, um

- marginal durchgeführte Geschwindigkeitskontrollen in ausgewiesenen gefährdeten Quartieren und Strassenzügen (vgl. METRON Bericht);
- die mangelhaften Kenntnisse der Betäubungsmittelszene, welche eine hohe Kenntnis der Materie bedingt und ein umfangreiches Beziehungsnetz erfordert;
- nicht durchgeführte Nachfahr- und Durchfahrtskontrollen, welche zu personalintensiv sind, jedoch durch die Anwohnerschaft explizit gefordert werden.

- fehlende Wirtschafts- respektive Gewerbekontrollen, welche zu einer ungewollten Praxis (Längere unerlaubte Öffnungszeiten, zusätzliche Lärmemissionen, Littering) führen kann;
- zuwenig durchgeführte bürgernahe Polizeiarbeit (Fusspatrouillen, Gespräche, Netzwerke), da die Zeit, um auf die Bürgerinnen und Bürger effektiv einzugehen, verloren geht durch das Tagesgeschäft (Grundversorgung);
- weniger Strich- und Rotlichtmilieukontrollen, welche regelmässig durchgeführt werden müssen, um die Szene zu kennen und eine Ausweitung zu verhindern;
- keine zivilen Patrouillen, welche zu spontanen Erfolgen und nachrichtendienstlichen Informationen über gewisse einschlägige Örtlichkeiten führen.

## **2.1 Aktuelle Einsatzplanung / heutiger Dienstplan**

Der heute vorliegende Dienstplan ist strukturiert und logisch aufgebaut und entspricht dem Arbeitsgesetz. Die monatliche Erstellung des Dienstplanes erfolgt ohne elektronische Planungssoftware und dauert mindestens eine Woche. Dieser Umstand ist aus Effizienzgründen in Zukunft nicht mehr tragbar und muss zwingend verändert werden. Die Mitarbeitenden erfahren bis zum Zehnten im Vormonat wie sie arbeiten müssen. Dieser zeitliche Informationsvorlauf ist mit diesem Dienstplanmodell brauchbar für die Mitarbeitenden. Durch diesen Dienstplan ist es lang- und mittelfristig möglich auf verschiedene Veranstaltungen und Aufträge der politischen Führung zu reagieren. Jedoch ist es kurzfristig nur mit einschneidenden personellen Eingriffen möglich noch einsatz- und situationsbezogener zu reagieren. Personelle Ausfälle durch Unfälle und Krankheit können kurzfristig nur schwer abgedeckt werden und es entstehen Lücken in der städtischen Sicherheitsgrundversorgung.

Es ist jedoch aufgrund des Korpsbestandes nicht möglich, neben der immer besetzten Einsatzzentrale, auch immer eine Patrouille im Einsatz zu haben. Von Sonntag bis Mittwoch jeweils in der Nacht hat die Stadtpolizei keine eigene Patrouille im Dienst (vgl. Beilage 1). Dieser Umstand wird von der Bevölkerung als sehr negativ wahrgenommen, da sie teilweise sehr lange auf eine Polizeipatrouille der Kantonspolizei warten müssen. Von Donnerstag bis Samstag jeweils in der Nacht hat die Stadtpolizei von 1900 bis 0500 Uhr eine eigene Doppelpatrouille im Einsatz. Diese Patrouille ist durch die städtischen Aktivitäten und das Ausgangsverhalten der Bevölkerung stark engagiert. Es besteht zusätzlich eine kombinierte Patrouille (je ein Polizist/eine Polizistin) mit der Kantonspolizei (Tour 31 / Stadtwache), welche jeden Tag durchgeführt wird und bis 0130 dauert. Aufgrund der Tatsache, dass sich das Ausgangsverhalten geändert hat, sollte auch diese Einsatzzeit der gemischten Patrouille überdacht werden. Zusätzlich hat die Kantonspolizei in der Nacht von Donnerstag bis Samstag noch die Landpatrouille im Einsatz, welche jedoch wie das Wort „Land“ besagt, nicht primär für die Stadt zuständig ist. Im Weiteren hat die Mobile Polizei mit Standort Oensingen jeden Wochentag nur drei Patrouillen für den ganzen Kanton Solothurn im Einsatz. Eine reine Stadtpolizei Patrouille hat zudem bürgernäheres Interesse nachhaltig Ruhe und Ordnung auf Stadtgebiet durchzusetzen als eine Kantonspolizeipatrouille. Im Weiteren sind Stadtpolizisten besser ortskundig und kennen darum die einschlägigen und exponierten Örtlichkeiten. Durch den heutigen personellen Bestand ist es daher in der Dienstplanung nicht möglich die Sicherheitsgrundversorgung der Stadt jederzeit zu ermöglichen.

## **2.2 Einsatzzentrale / Schaltdienst**

Wie bereits erwähnt ist die Einsatzzentrale der Stadtpolizei Olten 24 Stunden, 7 Tage in der Woche, das ganze Jahr hindurch durch mindestens einen Polizeibeamten oder eine Polizeibeamtin besetzt. Der Bürger und die Bürgerin von Olten können also jederzeit mit einem fachkompetenten Polizeibeamten oder einer Polizeibeamtin sprechen und das Anliegen vorbringen. Die Kundenfrequenzierung ab 2000 bis 0500 Uhr am Schalter ist jedoch sehr marginal und daher aus Effizienzgründen zu hinterfragen. Neben den Polizisten und Polizistinnen leisten auch Verkehrsdienstmitarbeitende (VDM) seit Januar 2007 ihren Dienst in der Einsatzzentrale. Vor der Einführung wurde diese Aufgabenerweiterung der VDM stark durch Polizisten hinterfragt und sogar bekämpft, da dieser Einsatz eine Belastung darstellen würde. Aus heutiger Sicht steht diesem Einsatz in der Zentrale und am Schalter nichts

entgegen und steigert die Grundmotivation und die Abwechslung im Arbeitsalltag eines oder einer Verkehrsdienstmitarbeitenden. Die interne Aufgabenüberprüfung in der Einsatzzentrale hat ergeben, dass in Zukunft der Schalterdienst auch durch Zivilangestellte ausgeführt werden kann. Die Besetzung der Einsatzzentrale macht jedoch nur Sinn, wenn auch eine Patrouille durch den betreffenden Polizeibeamten in der Stadt geführt werden kann. Ohne Patrouille ist die Handlungsfähigkeit nicht gegeben und die Präsenz in der Zentrale eher fragwürdig. Zusätzlich werden folgende Dienstleistungen im Schalterbereich der Stadtpolizei angeboten: Fundbüro der Stadt, Energiekartenautomat, Ansprechstelle für Gemeinde, Alarmzentrale für den Regionalen Führungsstab, Parkkartenausgabe.

Die eigentlich geplante Doppelbesetzung der Einsatzzentrale während dem Nachtdienst ist für die Stadtpolizei zurzeit kein Thema, da dadurch zu viele personelle Ressourcen im Innendienst verbraucht werden. Obwohl der Grundsatz gilt: Ein Mann (eine Frau) ist kein Mann (keine Frau).

Die Polizei Kanton Solothurn wird gemäss Planungsstand ab November 2009 den neuen Polizeiposten USEGO beziehen können. Dies bedeutet zum jetzigen Zeitpunkt, dass der Stadtpolizei-Schalter mehr frequentiert werden wird. Es gibt jedoch Überlegungen seitens der Kantonspolizei, dass sie sehr daran interessiert sind, einen Schalter mit Polizeidienstleistungen im Stadt Zentrum zu eröffnen (Bahnhof). In dieser Schalterfrage könnte die Stadtpolizei sich eine Zusammenarbeit in verschiedenen Varianten mit der Polizei Kanton Solothurn vorstellen. Die Diskussion wird in der nächsten Zeit aufgenommen.

### **2.3 Gross- und Spezialeinsätze**

Als Grosseinsätze werden in diesem Zusammenhang die Präsenz an langfristig planbaren, regelmässig wiederkehrenden Veranstaltungen, aber auch die Verkehrsinstruktionen in den Schulen verstanden.

Die Stadtpolizei unterstützt in Sachen Sicherheit u.a. folgende planbaren Anlässe:

- WEF Davos, Kilbi, Messe in Olten (MIO), Sicherheit in und um das Stadion Kleinholz (EHCO-Spiele), Fasnacht, 1. August Feier, Verkehrsunterrichte nach den Sommer- und Herbstferien

Diese Einsätze sind wichtig und nötig, jedoch zehren solche sicherheitsproduzierenden Einsätze vorgängig aber auch nachträglich an den personellen Ressourcen (Überstunden durch zusätzliche Diensteinteilungen) und führen zu erheblichen Einbussen in der Grundversorgung der Stadt.

Die theoretische und praktische Verkehrsinstruktion (Schulunterricht / Veloprüfung) sind wichtige Präventionsmassnahmen, welche eine grosse Investition in die Zukunft darstellen und daher mindestens im heutigen Umfeld beibehalten werden oder wünschenswert ausgebaut werden müssen (2007: 194 Lektionen à 45 Minuten). Kurz- und mittelfristige Spezialeinsätze sind Personen- und Veranstaltungsschutz bei Versammlungen von nationaler Bedeutung (Generalversammlung, Parteitage, Brigaderapporte), Güterschutz, Konvoischutz (Schwertransporter, insbesondere bei der Überquerung der Bahnhofsbrücke) und verkehrsleitende Massnahmen für Anlässe in der Stadthalle.

### **2.4 Drittleistungen**

Die Stadtpolizei Olten könnte ohne Einkauf von Drittleistungen, insbesondere bei der Securitas, die angesprochenen Grosseinsätze nicht selbständig bewältigen. Nur durch *diese flankierenden Verkehrsdienstmassnahmen ist es möglich, dass die Polizeibeamten* in ihren Kernaufgaben (Ordnungsdienst) eingesetzt werden und somit die ordnungsgemässe Durchführung garantiert werden kann. Pro Jahr werden rund CHF 100'000.- an Drittleistungen eingekauft, welche zum Teil den rollenden Verkehr aber auch Ordnungsdienstunterstützungen betreffen.

Wie der METRON Bericht aussagekräftig dargelegt hat, sind besonders die verschiedenen Parks in Olten einem subjektiven Unsicherheitsgefühl unterworfen. Als Sofortmassnahme werden tagtäglich Sicherheitsleistungen eingekauft, um in verschiedenen Zeitfenstern diese Örtlichkeiten zu überwachen und damit sicherer zu gestalten. Die eingehenden Meldungen werden durch den Beamten in der Einsatzzentrale beurteilt und entweder eine Patrouille

geschickt oder der Werkhof informiert. Dadurch können wir in folgenden Bereichen für ein erhöhtes Sicherheitsempfinden bei der Bevölkerung sorgen: Littering, Ansammlungen von Personen, Lärm und Vandalismus. Diese Überwachungssofortmassnahme hat sich bis heute bewährt jedoch gibt die Stadtpolizei eine Kompetenz an eine zivile Sicherheitsorganisation ab und sendet klare Signale, dass sie den wachsenden Ansprüchen in der heutigen personellen Aufstellung teilweise nicht mehr gerecht werden kann.

## **2.5 Quartierpolizei**

Die Stadt Olten ist in vier „polizeiliche“ Quartiere aufgeteilt. Diese werden durch je einen Quartiergruppenchef betreut. Für die städtische Polizeiarbeit ist es wichtig, dass dieser Quartierarbeit eine hohe Bedeutung zugemessen wird. Die Bevölkerung muss spüren, dass die Stadtpolizei eine bürgernahe Polizei (Community Policing) und jeder Polizist und jede Polizistin für die Bürger und Bürgerinnen der Stadt Olten da sind. Diese legitimationsimmanente Arbeit kann heute jedoch nicht mehr im nötigen Ausmass betrieben werden, da die Grundversorgung der Stadt ein erhöhter Aufwand und mehr Zeit erfordert und der Personalbestand dazu nicht ausreicht. Der Polizist muss eine Ansprechperson sein, die man kennt, schätzt und respektiert. Nur damit kann die Stadtpolizei glaubwürdig und überzeugend in die Zukunft schauen.

## **3 Sicherheitsbedarf**

Im November 2004 wurden im Gemeindeparlament Olten zwei Postulate betreffend Sicherheit in der Stadt Olten eingereicht und zwar mit der Zielsetzung, die Sicherheit im öffentlichen Raum in verschiedenen Bereichen zu verbessern und damit das Wohlbefinden und die Lebensqualität in der Stadt Olten zu steigern. Die Postulate wurden am 18. November bzw. 8. Dezember 2004 überwiesen.

Aufgrund dieser Vorstösse hat der Stadtrat das Projekt „Sicherheit in Olten“ lanciert. In einem 1. Schritt sind mit den Einwohner/-innen die sicherheitskritischen Orte in Olten erhoben worden (Bericht Metron Bern AG, vom 09.08.07). Im Rahmen von Begehungen wie auch mit Hilfe des Internets konnte die Bevölkerung ihre Anliegen den Fachleuten vorbringen. Im nun laufenden 2. Schritt werden Sofortmassnahmen definiert, welche innerhalb eines Jahres umgesetzt werden sollen. Generell darf gesagt werden, dass die Sicherheit im öffentlichen Raum bereits ein hohes Niveau erreicht hat. Gesamthaft sind in Olten unter Mitwirkung der Bevölkerung rund 140 Orte lokalisiert worden, welche sicherheitsrelevante Mängel aufweisen und sich in folgende 5 Problemkreise unterteilen lassen:

1. Ungenügende oder fehlende Beleuchtung in der Nacht
2. Sicht- und nachtbehindernde Bepflanzung
3. Konflikte zwischen motorisiertem und langsamem Verkehr
4. Mängel beim Unterhalt (bauliche Mängel/Schmierereien)/Sauberkeit
5. Durch lautstarke Jugendliche und Randgruppen besetzte Örtlichkeiten

Eine Vielzahl der festgestellten Mängel beeinträchtigt weniger die objektive Sicherheit der Oltnen Bevölkerung als vielmehr die subjektiv empfundene Sicherheit und kann mit organisatorischen, pflegerischen und baulichen Massnahmen behoben werden. Die wesentliche Arbeit für die Zukunft wird sein, weitergehende Massnahmen zur Eindämmung und Reduktion der Kriminalität zu entwickeln und umzusetzen. Diese sicherheitsverbessernden Massnahmen verlangen eine erhöhte personelle Investition in die Zukunft. Nur eine erhöhte Präsenz der Polizei im Rahmen der Rechtsstaatlichkeit garantiert der Bevölkerung der Stadt Olten ein verbessertes subjektives Sicherheitsempfinden. Dieses Gefühl kann durch gezielte und vermehrte Präsenz durch die Polizei im öffentlichen Raum, insbesondere in den Quartieren mit erhöhtem Bedrohungs-potenzial, verbessert werden. Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung ist ein zwei-schneidiges Schwert. Einerseits wird dieses Gefühl verbessert, wenn die Bürger und Bürgerinnen die Polizisten und Polizistinnen sehen und mit ihnen sprechen können, andererseits finden die schwereren Straftaten in den nächtlichen Stunden statt. In dieser Zeit werden die Polizistinnen/ Polizisten nicht

wahrgenommen und verbessern das subjektive Sicherheitsempfinden weniger.

#### **4. Mehrwert der personellen Erweiterung**

In diesem Kapitel geht es darum aufzuzeigen was die beantragte personelle Erweiterung der Stadtpolizei Olten für Mehrwert (Return on Investment) in bezug auf die Produktion von Sicherheit im öffentlichen Grund aber auch für die Optimierung von internen Prozessen bringen soll. Zudem werden kritische Erfolgsfaktoren und mögliche Auslagerungen von Aufgaben umschrieben.

##### **4.1 Führungsfähigkeit**

Die konstante und effiziente Führung des Polizeikorps ist nur möglich, wenn Dienstchef und Dienstchefin keine oder sehr wenige Nachtschichten (Einsatzzentrale / Patrouillen) mehr übernehmen müssen. Durch die Mehrbelastungen des ganzen Korps durch Anlässe und Veranstaltungen und den Nicht-Vollbestand mussten auch die Dienstchefs wieder in den ordentlichen Tourenplan eingeteilt werden. Nur durch diese Massnahme kann die Stadtpolizei Olten zurzeit ihren Grundauftrag minimal erfüllen. Diese Einteilung in eine Tour generiert jedoch grosse Friktionen in der Führung des Korps. Dienstchefs sind Tage abwesend. Arbeiten bleiben teilweise liegen und die kompetente Ansprechperson (Dienstchef) ist nicht anwesend (Ruhetage, Freitage, Kompensationstage). Die Dienstchef-Stellvertreter leisten zurzeit auf Grund des heutigen Dienstplanes den ordentlichen Dienst in der Grundversorgung. Aufgrund der vermehrten Abwesenheiten (Einteilung in Tourenplan) und der komplexen Aufgabenteilungen innerhalb der Dienstbereiche sind die Stellvertreter jedoch nicht in der Lage den Dienstchef vollumfänglich zu vertreten. Das heutige Dienstbereichsmodell vermag den heutigen Anforderungen und Aufgabenstellungen nicht mehr zu genügen. Auch entspricht es nicht neuzeitlichen und betriebswirtschaftlichen Führungsgrundsätzen. Die/der Mitarbeitende der Stadtpolizei hat in der heutigen Organisationsstruktur mind. zwei Chefs. Dieser Umstand ist unbefriedigend und generiert unnötige Missverständnisse und teilweise Doppelspurigkeiten. Wie auch schon die Analyse „Abegglen“ festgestellt hat, hat die heutige Organisationsstruktur der Stadtpolizei zu viele „Chefs“, zu viele Innendiensttätigkeiten und zu wenig Polizisten um den Einsatz für die Grundversorgung sicher zu stellen. Die personelle Erweiterung ermöglicht der Stadtpolizei Olten eine umfassende Restrukturierung der Organisationsstruktur, weg vom Dienstbereichsmodell hin zu führbaren Gruppenstrukturen. Diese Reorganisation garantiert der Stadt Olten mehr Sicherheit durch mehr Polizeipräsenz in der Öffentlichkeit. Diese geplanten Umstrukturierungsmassnahmen gewähren eine Wiederherstellung einer kontinuierlichen und durchhaltefähigen Führungsorganisation, welche situativ und flexibel auf aktuelle und unvorhergesehene Bedürfnisse und Aufträge reagieren kann.

##### **4.2 Dienstplanoptimierung**

Die personelle Erweiterung ermöglicht, dass die Stadtpolizei Olten 24 Stunden, sieben Tage das ganze Jahr über, mindestens eine Patrouille auf dem Stadtgebiet einsetzen (vgl. Beilage 2) kann. Dadurch wird dem Ruf nach mehr allgemeiner Polizeipräsenz der Bevölkerung und damit mehr subjektiver Sicherheit entsprochen. Zudem kann auch auf das veränderte Ausgangsverhalten reagiert und Lärmemissionen eingedämmt werden. Die personellen Belastungsspitzen können jedoch durch diese beantragte Korpserweiterung nicht vollständig abgedeckt werden. Daher entstehen zwangsläufig nach/vor Grossanlässen wieder Dienstlücken, weil die Mitarbeitenden die ausserordentliche Dienstzeit kompensieren müssen. Was jedoch möglich sein wird, sind die Planung und Durchführung von verschiedenen Spezial-Touren, wie Geschwindigkeits-, Durchfahrts-, Betäubungsmittel-, Gewerbe- und Rotlichtmilieukontrollen. Die fundierten Szenenkenntnisse sind unerlässlich, um rechtzeitig und verhältnismässig zu agieren. Die beantragte Erhöhung des Korpsbestandes ermöglicht eine neue Organisationsstruktur und ein neues Dienstplanmodell zu entwickeln. Diese beschriebene praktische Polizeiarbeit zieht jedoch umfangreiche administrative Arbeiten mit sich. Die Sachbearbeiter und Sachbearbeiterinnen erhalten ausgewiesene Zeit, um Strafanzeigen korrekt zu schreiben und die Ordnungsbussen richtig zu erfassen. Diese dringend benötigte Zeit konnte den Mitarbeitenden bis jetzt nicht im

richtigen Umfang gegeben werden. Es wäre ein zeitgerechter Abbau der schriftlichen Arbeiten (Berichte, Anzeigen) möglich.

Diese Schliessung der Dienstlücken (vgl. Beilage 2) durch die massvolle personelle Korpserweiterung hat drei festzuhaltende Vorteile: 1. Die Bevölkerung kann von der Präsenzsteigerung direkt profitieren, 2. Anpassung der Dienstzeiten auf das veränderte Ausgangsverhalten und 3. ist der Einsatzzentrale-/Schalterdienst wieder interessanter und abwechslungsreicher, da dieser Beamte / diese Beamtin wieder die Möglichkeit hat auf eine Beschwerde oder ein Anliegen aus der Bevölkerung von Olten durch den Einsatz einer eigenen Stadtpolizei Patrouille zu reagieren. Dies fördert die Glaubwürdigkeit und das subjektive sowie das objektive Sicherheitsempfinden in der Bevölkerung, aber auch die Motivation im Korps. Gemäss Beilage 3 braucht es mindestens 6 zusätzliche Polizeistellen, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Diese Erweiterung kann mit zwei polizeilichen Zivilangestellten, welche zwei Polizisten für polizeiliche Tätigkeiten freistellen und vier zusätzlichen Polizisten erfüllt werden. Diese zwei polizeilichen Zivilangestellten und vier Polizistenstellen ermöglichen in der sicherheitspolizeilichen Grundversorgung eine Steigerung/Mehrwert an Polizeipräsenz von 1062 Mannstunden oder plus 83.40% zu erbringen.

### 4.3 Überprüfung von nicht spezifischen Polizeiaufgaben

Die Überprüfung und allenfalls Auslagerung oder Abgabe von nicht spezifischen Polizeiaufgaben kann dann vorgenommen, wenn für das heutige Tagesgeschäft, jederzeit ausreichend Personalressourcen verfügbar sind. Die in diesem Bericht dargelegte Erweiterung des Personalbestandes macht es überhaupt möglich, grundlegend über die Trennung von polizeilichen Kernaufgaben und nicht zwingend polizeilichen Aufgaben und Tätigkeiten zu diskutieren und allenfalls Alternativen vorzuschlagen.

Das Tätigkeitsfeld der Stadtpolizei umfasst fünf Produktgruppen:

1. Grundversorgung & Prävention: Flächendeckende, umfassende Leistungserbringung zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit mit mobilen/stationären sowie uniformierten/zivilen Mitteln. Diese Tätigkeit erfordert zwingend Polizisten/Polizistinnen.
2. Ermittlung: Verbrechensbekämpfung durch Ermittlungsarbeit inklusive Vorermittlung im Bereich der Alltags- und der spezialisierten Kriminalität. Diese Tätigkeit erfordert zwingend Polizisten/Polizistinnen.
3. Verwaltung: Polizeiliche Bewilligungen im Bereich des Gewerbes sowie im Zusammenhang mit der Nutzung des öffentlichen Raumes. Diese Tätigkeiten brauchen nicht in allen Bereichen einen Polizisten / eine Polizistin.
4. Verkehrslenkung: Produkte im Bereich der Verkehrsinfrastruktur (Verkehrsplanung/ -technik, Signalisation, Bewirtschaftung, Bewilligungen, Steuerung). Diese Tätigkeiten brauchen nicht in allen Bereichen einen Polizisten / eine Polizistin.
5. Dienstleistung: Dienstleistungen zu Gunsten und/oder im Auftrag von Kanton, Stadtverwaltung und Privaten. Entschädigt / nicht entschädigt.

Diese Produktpalette ist sehr umfangreich und differenziert. Daher müssen die Produktgruppen im Gesamtrahmen betrachtet werden. Der Stadtrat hat die mögliche Stossrichtung bereits früher festgelegt. **Die Grundversorgung und die Prävention** muss gefördert und ausgebaut werden.

Diese Aufgabenstellung erfordert ein hohes Mass an Arbeit und zeitlichem Aufwand. Die Stadtpolizei leistet heute sehr viele differenzierte Leistungen zu Gunsten der Stadt. Nicht in jedem Fall müssen alle Leistungen durch polizeiliche ausgebildete und uniformierte Beamte oder Beamtinnen geleistet werden. Tatsache ist, dass die Anforderungen und die Menge der Aufgaben in der Vergangenheit merklich gestiegen und der Korpsbestand unverändert blieb. Es ist der Stadtpolizei in der heutigen Situation nicht mehr möglich alle Leistungen glaubwürdig zu erbringen und gleichzeitig die von der Öffentlichkeit geforderte Grundversorgung in allen Facetten sicherzustellen. Allerdings muss an dieser Stelle ganz klar festgehalten werden, dass Out-sourcing-Massnahmen und Transfers von Aufgaben in

andere Abteilungen oder Direktionen wiederum Personal bedürfen, welches mit den Aufgaben transferiert oder zusätzlich benötigt würde.

#### **4.4 Restrukturierung der Organisationseinheit**

Das Organigramm der Stadtpolizei umfasst vier Dienstbereiche (Logistik, Sicherheit, Verkehr, Gewerbe). Der Hauptteil des Personals ist organisch in der Sicherheits- und in der Verkehrspolizei eingeteilt, jedoch leisten alle Mitarbeitenden den Grossteil der Dienste im Sicherheitsdienst. Faktisch haben alle Mitarbeitenden zurzeit zwei bis drei Vorgesetzte. Die heutigen Unterstellungsverhältnisse sind nicht klar und generieren viele Schnittstellen, Unklarheiten und Doppelspurigkeiten. Dieser Umstand generiert Missverständnisse und unglaubliche Führungsstrukturen. Die Aufteilung der Aufgabengebiete ist momentan zementiert und unantastbar. Dieses „Gärtchendenken“ kann nur durch eine komplette Restrukturierung der Organisationseinheit gesprengt und damit einen entscheidenden Schritt in die Zukunft gemacht werden. (vgl. Beilage 6 Organigramm oben, Dienstbereichsmodell). Die heutigen Organisationsstrukturen entsprechen nicht mehr einer zeitgemässen Polizeieinheit. Die administrativen Prozesse und Arbeitsteilungen sind veraltet und entsprechen keineswegs einer modernen betriebswirtschaftlich ausgerichteten Verwaltungseinheit.

Durch die personelle Erweiterung ist es möglich eine komplette Restrukturierung der Organisationseinheit zu planen und innerhalb von zwei Jahren umzusetzen. Die zukünftige Organisationsstruktur muss frontorientiert und betriebswirtschaftlich ausgerichtet sein. Nur dieser Ansatz legitimiert die Arbeit der Polizei in der Öffentlichkeit. Verwaltungsinterne komplizierte Abläufe müssen hinterfragt und effizienter gestaltet werden. Durch diese moderate personelle Erweiterung ist es möglich vom Dienstbereichsmodell wegzugehen, hin zum Gruppenstrukturmodell (vgl. Beilage 6 Organigramm unten, Gruppenstrukturmodell). Dieses Modell ist bereits in verschiedenen Polizeikörpern (Mobile Polizei Kapo Solothurn, Stadtpolizei Baden) im Einsatz und bewährt sich sehr gut, da es vorwiegend front- und einsatzbezogen funktioniert. Ein weiterer Vorteil ist der festgelegte Dienstplan (vgl. Beilage 7). Die Mitarbeitenden wissen weit im Voraus an welchen Tagen sie frei haben und an welchen Tagen sie arbeiten. Im Weiteren sind die Unterstellungsverhältnisse in diesem Modell klar definiert. Wenn alle Angehörigen der Polizei einer Gruppe (7 Polizisten/Polizistinnen) im Dienst sind, dann sind pro Tagesschicht 6 Polizisten/Polizistinnen im Einsatz für mehr Sicherheit auf den Strassen in Olten und einer oder eine muss zusammen mit dem ebenfalls beantragten polizeilichen Zivilangestellten die Einsatzzentrale betreiben. Dadurch gibt es eine enorme Steigerung der objektiven aber auch subjektiven Sicherheit. Dieses Modell funktioniert über 24 Stunden, 365 Tage nur mit vier Einsatzgruppen. Eine Verkleinerung auf nur drei Gruppen generiert wieder unnötige Schnittstellen und eine 24 Stunden Sicherheitsabdeckung ist nicht möglich. Die Anzahl von 7 Polizisten oder Polizistinnen pro Gruppe ist gemäss Erfahrungen der oben erwähnten Polizeikörper die kleinste Anzahl, damit dieses Modell langfristig funktioniert und die Durchhaltefähigkeit gegeben ist. Die Stabsdienstgruppe ist für die fachtechnische Beratung für Dritte wie Kunden und Kundinnen, Behörden usw. sowie des Kommandanten, aber auch für die Gruppenführenden der Einsatzelemente wichtig und nötig. Die Fachspezialisten Gewerbe, Logistik und Verkehrstechnik sind nicht mehr im Dienstplan integriert und leisten daher ordentlichen Dienst. Die Stellvertretungsregelung muss innerhalb der Stabsdienste möglich sein.

Dieses vorgestellte Gruppenstrukturmodell muss jedoch noch im Gesamtrahmen beurteilt und im Detail geplant werden. Der Projekt- und Planungsstart kann erst nach der personellen Erweiterung und dem Einbezug der Neuausrichtung der Stadtpolizei in Angriff genommen werden.

#### **4.5 2-Phasen-Umsetzungsmodell 2009 / 2010**

Im optimalsten Fall sind die Rekrutierung und Ausbildung (IPH Hitzkirch) von Polizeiaspiranten / Polizeiaspirantinnen bis zum 01.10.2010 abgeschlossen. Das Kommando der Stadtpolizei Olten hat für den Lehrgang (Start 14.09.09) zwei Ausbildungsplätze

provisorisch reserviert. Dieser Zeitplan ist sportlich machbar. Die vier zusätzlichen Stellen könnte man jedoch auch mit ausgebildeten Polizisten und Polizistinnen besetzen. Aus langfristigen Gründen (Erfahrungsmix / Überalterung des Korps) ist ein gesunder Mix aus erfahrenen ausgebildeten Polizisten und jungen auszubildenden Polizeiaspirantinnen anzustreben. Dadurch könnte das Korps zeitlich schneller alimentiert und die Restrukturierungsphase schneller eingeleitet werden. (vgl. Beilage 5 / Spalte 1)

#### **4.6 Weiterausbildung**

Die Aus- und Weiterbildung des Polizeikorps ist ein entscheidender Faktor in der Entwicklung des Human Kapitals. Wie in der Ausgangslage beschrieben ist es heute aufgrund der personellen Situation nicht möglich regelmässige und umfassende Ausbildungslektionen anzubieten ohne eine Lücke in die Sicherheitsgrundversorgung der Stadt zu reissen. Damit jedoch der Wissensstand gewahrt, der Know-how Transfer gewährleistet und die Motivation der Mitarbeitenden hoch gehalten werden kann, braucht es zielorientierte, abwechslungsreiche und interessante Ausbildungslektionen von internen oder externen Spezialisten. Die personelle Erweiterung ermöglicht es der Stadtpolizei regelmässige, gestaffelte, zielorientierte und bedürfnisgerechte Aus- und Weiterbildung der Mitarbeitenden ohne Einbussen in der Grundversorgung durchzuführen. Durch diese Ausbildungsmassnahmen steigt die Fachkompetenz, die Sicherheit im Arbeitsalltag und die psychische Belastung kann dadurch vermindert werden.

#### **4.7 Präventionsarbeit**

Der Prävention gegen Gewalt aber auch der Integration von verschiedenen Gruppierungen bekommen in Zukunft vermehrte Bedeutung in der Gesellschaft zugesprochen. Mit der personellen Korpserweiterung will nicht masslos das Repressionsinstrument Stadtpolizei ausgebaut, sondern vermehrt und besser in gezielten Tätigkeitsfeldern (Verkehrsinstruktion an den Schulen, Veloprüfung, Ferienpass, Öffentlichkeitsarbeit an Messen und Veranstaltungen [MIO, Kilbi], Aufklärungsarbeit im Alltag [Tag des Lichts], Mitarbeit in Projekten [stattGewalt Rundgang, Suchthilfe], Geschwindigkeits- und Betäubungsmittelkontrollen, usw.) präventiv auf die Bevölkerung Einfluss genommen werden.

#### **4.8 Personalbedarf**

Aufgrund der IST-Analyse und der Beurteilung des aufgezeigten Mehrwertes ist die Stadtpolizei Olten der Ansicht, dass durch die Bewilligung von zwei zusätzlichen polizeilichen Zivilstellen mit verschiedenen Anforderungsprofilen, insbesondere im Bereich des Schalterdienstes / Administration und im Bereich der Signalisation / Ticketautomatenleerung / Fahrzeug-Unterhalt zwei Polizisten von diesen nicht-polizeitypischen Aufgaben entbunden werden und sich dadurch wieder den eigentlichen Polizeiaufgaben in der Grundversorgung annehmen können. Gemäss Beilage 5 sind die Ausbildungs- und Folgekosten dieser polizeilichen Zivilangestellten geringer als für Polizeibeamte. Durch zeitlich begrenzte Arbeitsverhältnisse für zwei bis drei Jahre könnte die Stadtpolizei mittelfristig auf eine geforderte und notwendige Neuausrichtung und gravierende Veränderungen in der Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn situativ reagieren. Der Nachteil eines zeitlich befristeten Anstellungsverhältnisses ist die Unsicherheit des Arbeitnehmers bzw. der Arbeitnehmerin oder aber auch der Arbeitgeberin. Der massgebende Vorteil die beiden polizeilichen Zivilstellen vorerst auf drei Jahre zu befristen, liegt darin, dass während diesem Zeitraum auf allfällige Reorganisationen und/oder Anpassungen der Tätigkeitsfelder und Aufgaben der Stadtpolizei Rücksicht genommen und diese Stellenprozente, wenn erforderlich reduziert, abgebaut oder anderweitig eingesetzt werden können. Gerade weil das Polizeiumfeld sich voraussichtlich in den nächsten Jahren verändern und Struktur- und Reorganisationsmassnahmen erforderlich werden, soll die Stadtpolizei bzw. die Direktion Öffentliche Sicherheit dem Stadtrat und der Geschäftsprüfungskommission mindestens einmal jährlich über die Veränderungen sowie den Personalbedarf Bericht erstatten.

Auslagerungen von nicht-polizeitypischen Aufgaben an Zivilangestellte werden in verschiedenen Polizeikorps in der Schweiz seit längerer Zeit erfolgreich durchgeführt. Die Polizei Kanton Solothurn, Stadtpolizei Baden, Gemeindepolizei Wettingen, Regionalpolizei

Spreitenbach, Stadtpolizei Schlieren, Stadtpolizei Illnau-Effretikon, usw. setzen polizeiliche Verwaltungsangestellte im Schalterbereich erfolgreich ein. Zusätzlich wird der technische Dienst aber auch die Ticketautomatenleerung bei verschiedenen Polizeikörpern (z. B. Stadtpolizei Solothurn, Baden) durch polizeiliche Zivilangestellte ausgeführt.

Zusätzlich zu diesen zwei Zivilangestellten braucht es dringend eine personelle Korpserweiterung von vier zusätzlichen Polizisten und Polizistinnen, um den heutigen aufgezeigten Anforderungen an die Stadtpolizei gerecht zu werden (vgl. Beilagen 3+4). Diese Korpserweiterung ist zeitlich gestaffelt durchzuführen und kann Ende 2010 abgeschlossen sein (vgl. Beilage 5). Mit dieser personellen Erweiterungsmaßnahme kann die Stadt Olten auch in Zukunft auf ein funktionierendes und ereignisorientiertes Polizeikörper zählen, welches alle gestellten Aufgaben glaubwürdig, zeitgerecht und effizient erfüllt. Diese Korpserweiterung hat keine präjudiziale Wirkung auf den Entscheid über die Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn, sondern macht es möglich die geforderte Neuausrichtung der Stadtpolizei gezielter und variantenreicher in Angriff zu nehmen. Neben der zeitlichen Staffelung wird eine Mischung von ausgebildeten erfahrenen Polizeibeamten und jungen auszubildenden Polizeiaspiranten angestrebt. Diese Vorgehensweise erlaubt der Stadtpolizei die Ausbildungskosten geringer zu halten und eine gute personelle Durchmischung von jung und alt zu erreichen.

Diese aufgezeigte personelle Erweiterung des Korps generiert der Stadtpolizei faktisch sechs Polizisten und Polizistinnen, welche die aufgezeigten Dienstlücken schliessen, aber auch die arg vernachlässigten Spezialdienste in der Grundversorgung abdecken können. Daneben können ohne umfassende Einbussen in der Grundversorgung Gross- und Spezialereignisse gesichert werden. Die Polizeibeamten können sich auf ihre effektiven Polizeiaufgaben konzentrieren und verlieren sich nicht in polizei-atypischen Aufgabefeldern. Neben dieser verbesserten und gezielteren Leistungserbringung werden durch diese personelle Korpserweiterung gute und seriöse Voraussetzungen geschaffen, um die Neuausrichtung der Stadtpolizei Olten mittelfristig anzugehen und operativ umzusetzen.

#### 4.9 Zusammenfassung Mehrleistungen

Bereich	Mehrleistung	Bemerkungen
Dienstlücken	Werden geschlossen	Nacht- und Tagdienste 24h, 7 Tage, ganzes Jahr
Führung	Erhöhte Führungsfähigkeit	Pro Tag mehr Dienstchefs anwesend Dienstchefs weniger im Schichtplan eingeteilt
Spezialtouren	Konstantere und regelmässigere Abdeckung dieser Aufgabenfelder	Gewerbekontrollen Quartierdienste Verkehrsinstruktion Geschwindigkeitskontrollen Standort- und Nachfahrkontrollen Betäubungsmittelkontrollen Strich- und Milieukontrollen
Drittleistungen	Abbau von Drittleistungen	-
Grossanlässe	Grössere Personalreserven, um Überzeiten aufzufangen und Grundversorgung sicherzustellen	Zeitkompensationen ohne Folgen auf Grundversorgung möglich
Befristete polizeiliche Zivilangestellte	Entlastung der Polizisten / Polizistinnen von nicht-polizeilichen Aufgaben Interne Umlagerung der Aufgabengebiete Gewinnung von 2 zusätzlichen Polizisten / Polizistinnen	Signalisationsdienst (Technischer Dienst) Ticketautomatenleerung Fahrzeugunterhalt / Reinigung Schalterdienst
Neuausrichtung	Optimale Voraussetzungen für die Zukunft schaffen Keine präjudiziellen Entscheidungen	Befristete Anstellungen Handlungsfreiheit für strukturelle und organisatorische Veränderungen Restrukturierungspotential bleibt erhalten Outsourcing Massnahmen planen
Zeitverhältnisse	100% Mehrleistung wird Ende 2010 in Kraft sein	Anstellungsprozesse langsam Ausbildung am IPH 1 Jahr
Prävention	Erhöhte Präventionsarbeit möglich Beteiligung an verschiedenen integrativen Projekten möglich	Suchthilfe StattGewalt-Rundgang Tag des Lichts Schulanfang / Schulwegsicherung Ferienpass Öffentlichkeitsarbeit an verschiedenen Veranstaltungen (MIO, Kilbi) Massnahmen aus Metron Bericht
Weiterausbildung / Ausbildung	Gut ausgebildete Polizisten / Polizistinnen, welche auf dem neusten Wissenstand sind	Neuerungen im Bereich Strafgesetzgebung und Verkehrsgesetzgebung werden jährlich ausgebildet Schiess- und Ordnungsdienstausbildung können auch intern durchgeführt werden Vorträge und Ausbildungssequenzen von externen Referenten Aufwertung des Human Kapitals

## **5 Finanzielle Auswirkungen 2009 und folgend**

Die finanziellen Auswirkungen für die Korpserweiterung sind in der Beilage 5 mit 2 ausgebildeten Polizeibeamten / Polizeibeamtinnen, 2 Polizeiaspiranten / Polizeiaspirantinnen und zwei polizeilichen Zivilangestellten detailliert beschrieben. Die Kosten werden in den verschiedenen Bereichen (Ausbildung, Besoldung usw.) zeitlich gestaffelt auf die Jahre 2009 und 2010 anfallen. Für die Arbeitsplätze bzw. Büromöbel (Dockingsystem) sind pro Mitarbeitenden CHF 4'000.00 berechnet worden. Informatikmittel (PC-Arbeitsplätze) sind nicht erforderlich, da bereits heute nicht alle Mitarbeitenden der Stadtpolizei mit eigenen PC-Arbeitsplätzen ausgerüstet sind und der heutige Stand ausreichend ist. Ein Abbau von Drittleistungen wird angestrebt, kann jedoch zum heutigen Zeitpunkt nicht beurteilt werden, weshalb keine Quantifizierung vorgenommen wurde. Ab dem Jahr 2011 fallen jährlich wiederkehrende Personalkosten in der Höhe von maximal rund CHF 620'000.00 an.

## **6 Stellungnahmen**

### **6.1 Kommission für Öffentliche Sicherheit**

An der Sitzung der Kommission für öffentliche Sicherheit vom Montag, 22. September 2008 hat der Polizeikommandant Hauptmann Mark Haggenmüller die politischen Vertreter über diesen vorliegenden Bericht und Antrag orientiert. Die Kommissionsmitglieder haben die Ausführungen und die Überlegungen des Polizeikommandanten gewürdigt und die Notwendigkeit und den Bedarf für mehr Sicherheit in der Stadt Olten als Mehrwert der personellen Erweiterung erkannt. Sie zeigten sich überrascht über die Tatsache, dass die letzte spürbare Korpserhöhung im Jahre 1961 durchgeführt wurde. Einige Mitglieder haben sich zudem skeptisch geäußert über die finanziellen Auswirkungen und über die Zunahme des Repressionsinstrumentes Polizei.

Die Kommission für öffentliche Sicherheit hat sich an einer weiteren Sitzung vom 29. Oktober 2008 erneut mit dem endgültigen Bericht und Antrag des Stadtrates befasst. Sie ist der Auffassung, dass wenn mehr Sicherheit erwartet wird, die vorgeschlagenen Massnahmen und personellen Erweiterungen erforderlich sind. Dem Bericht und Antrag wurde mit grosser Mehrheit zugestimmt.

### **6.2 Personaldienst**

Im Bericht und Antrag der Öffentlichen Sicherheit wird die Notwendigkeit für die Stadtpolizei begründet. Der Personaldienst hat die geplanten Lohnklassen überprüft. Die Einstufung der Polizistinnen und Polizisten entspricht den städtischen Besoldungsrichtlinien. Die endgültige Lohnklasseneinteilung für die polizeilichen Zivilangestellten müssen auf Grund der effektiven Stellenbeschreibung festgelegt werden.

### **6.3 Geschäftsprüfungskommission**

Der Stadtrat hat den Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission zur Vororientierung zugestellt. An der Sitzung der Geschäftsprüfungskommission vom 09. Dezember 2008 konnte der Polizeikommandant Mark Haggenmüller den Bericht und Antrag vorstellen. Die Ausführungen und Zielsetzungen des Polizeikommandanten wurden mehrheitlich als notwendige Konsequenz betrachtet, will man die Sicherheit für die Stadt Olten ausbauen. Detailfragen konnten kompetent beantwortet werden. Soweit erforderlich wurden verschiedene Verständnisfragen unter Punkt 4.4 und die Beilagen 6 und 7 zum besseren Verständnis der Vorlage in Schlussbericht und Antrag ergänzt.

### Beschlussesanträge:

1. Das Gemeindeparlament nimmt vom Bericht „Mehr Sicherheit in Olten durch zusätzliche Polizeipräsenz“/Personelle Erweiterung der Stadtpolizei Kenntnis.
2. Das Gemeindeparlament bewilligt eine personelle Erweiterung der Stadtpolizei
  - 2.1 200 Stellenprozente für polizeiliche Zivilangestellte, frühestens per 01.06.2009 und max. für drei Jahre befristet, max. Lohnklasse 5 inkl. Zulagen und Sozialleistungen.
  - 2.2 400 Stellenprozent für Polizei-Aspiranten/Aspirantinnen (Aspirantengehalt ein Jahr), per 01.09.2009 bzw. ausgebildete Polizeibeamtinnen/Beamte, frühestens per 01.08.2009 Lohnklasse 7 inkl. Zulagen und Sozialleistungen.
3. Die Direktion Öffentliche Sicherheit erstellt innerhalb der nächsten drei Jahre mind. einmal jährlich einen Bericht über die Reorganisationsmassnahmen und personellen Konsequenzen zu Händen des Stadtrates und der Geschäftsprüfungskommission.
4. Es werden folgende Nachtragskredite bewilligt:
  - 4.1 Ausbildung Konto 110.309.02 Total CHF 74'000.00.
  - 4.2 Unterkunft, Verpflegung, Reise, Konto 110.317.01 Total CHF 16'600.00.
  - 4.3 Ausrüstung Konto 110.306.01, Total CHF 28'000.00.
  - 4.4 Besoldung und Zulagen Konto 110.301.00 Total CHF 204'634.00.
  - 4.5 Sozialleistungen Konto 110.395.00 Total CHF 34'394.00.
  - 4.6 Arbeitsplatzeinrichtungen/Büromöbel Konto 090.311.01 CHF 16'000.00.
5. Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6. Ziff. 2 dieser Beschlussesanträge untersteht dem obligatorischen Referendum.

- - - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

**Dr. Rudolf Moor, GPK:** Das zweite Personalgeschäft ist wie das erste an zwei verschiedenen GPK-Sitzungen behandelt worden, bereits einmal im letzten Jahr und an der Sitzung, die dieser Parlamentssitzung vorangegangen ist. Die Vorlage ist von Stadträtin Doris Rauber und Polizeikommandant Mark Haggenmüller vorgestellt worden. Ich glaube, die Vorstellung ist aus grossmehrheitlicher Sicht der GPK sehr transparent und die Erläuterungen sind sehr plausibel gewesen. Man hat aufgezeigt, dass diese Stellen für einen besseren Schichtbetrieb und eine bessere Organisation des Korps gebraucht werden. Ich meine, es ist gelungen, einem grossen Teil der Mitglieder der GPK sehr plausibel und transparent aufzuzeigen, dass dies so ist. Natürlich hat es in der GPK aber auch kritische Fragen gegeben. Ein Thema, das sehr viel zu diskutieren gegeben hat, ist die zukünftige Einheitspolizei. Macht es, falls sie kommt – und nach Vermutungen gewisser Leute kommt sie sehr schnell, schon im nächsten oder übernächsten Jahr – Sinn, dass wir unser städtisches Polizeikorps vorher noch aufstocken? Es gibt auch Befürchtungen, es könnte, wenn wir das städtische Polizeikorps aufstocken, dazu führen, dass der Kanton seine Präsenz weiter reduziert und sagt: In der Stadt Olten habt Ihr eine so starke Stadtpolizei, dass wir unsere Kräfte mehr auf das Land und die anderen Gemeinden fokussieren. Das wäre natürlich nicht im Interesse der Stadt Olten. Es ist auch die Frage gestellt worden, ob es bei statistisch wahrscheinlich ausgewiesener eher abnehmender schwerer Delinquenz überhaupt gerechtfertigt ist, die Polizei zu verstärken. Ein Thema, das auch ziemlich viel zu reden gegeben hat, ist die Zusammenarbeitsvereinbarung zwischen dem Kanton und den drei Städten, die eine Stadtpolizei haben. Diese Vereinbarung ist schon einige Jahre alt,

offenbar heute nicht mehr ganz aktuell und wird auch der heutigen Arbeitsteilung nicht mehr gerecht. Wenn jetzt das Stadtpolizeikorps verstärkt wird, würde das mangelnde Gleichgewicht, das in der Vereinbarung offensichtlich vorhanden ist, weiter gefährdet. Es ist wie schon bei den Museumsstellen, wo ich dies zwar vorher nicht gesagt habe, die Frage der Kompensation der Stellen gestellt worden. Ich nehme an, das wird auch nachher in der Diskussion wieder ein Thema werden. Ebenfalls vertreten worden ist die Ansicht, es sei in der Vorlage noch zuviel offen, als dass man im heutigen Zeitpunkt bereits darüber befinden könnte. In der GPK hat es aber auch die gegenteilige Ansicht gegeben, dass diese Vorlage eben gut vorbereitet und eigentlich sehr transparent aufgezeigt worden ist, wo die Vorteile liegen, wenn das Korps aufgestockt wird und was damit erreicht werden kann. Die GPK ist einstimmig für Eintreten gewesen. Ein Rückweisungsantrag ist deutlich abgelehnt und in der Schlussabstimmung ist die Vorlage mit 3 : 0 Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen worden, Einzelvorlagen zum Teil mit einer deutlicheren Zustimmung.

**Stadträtin Doris Rauber:** Ich danke allen Fraktionen, dass Mark Haggenmüller die Stellenbegehren und das Konzept hat vorstellen und Eure Fragen hat beantworten können. Er ist heute auch wieder anwesend. Wenn es fachliche Fragen gibt, steht er zur Verfügung. Wenn man die Programme aller Parteien anschaut, ist das Thema Sicherheit überall zu finden. Mehr Sicherheit für die Bevölkerung, mehr Sicherheit im öffentlichen Raum, das subjektive Sicherheitsgefühl verbessern, eine starke Polizei, mehr Polizeipräsenz an neuralgischen Punkten usw. Das ist in Olten ebenfalls so. Man hat es im Mitwirkungsprozess 2020 und auch im Metron-Bericht „Sicherheit in Olten“ gesehen. Die Bevölkerung will mehr Sicherheit und mehr Polizeipräsenz. In Olten ist dafür primär unsere Stadtpolizei zuständig. Seit einem halben Jahr haben wir einen neuen Polizeikommandanten. Ihr habt sicher alle festgestellt, wie umfassend er sich in dieser kurzen Zeit eingearbeitet und wieviel Wissen er sich angeeignet hat. Sein enormes Engagement habt Ihr sicher auch bemerkt sowie sein Herzblut, das er für die Stadtpolizei respektive die Bevölkerung mitbringt. Er hat Handlungsbedarf gesehen, hat ein Konzept, will etwas verändern. Dafür braucht es mehr Personal. Ich komme zu einigen Fragen und Bemerkungen, die in der GPK und den Fraktionen aufgeworfen worden sind. Seite 14 des Berichts und Antrags, Punkt 6.3 „Geschäftsprüfungskommission“: Am 9. Dezember haben wir das Konzept sowie den Bericht und Antrag vorgestellt. Fragen sind beantwortet worden. Es hat sich um eine Information gehandelt, es ist nichts entschieden worden und es haben keine Abstimmungen stattgefunden. Falls dies aus dem Text missverständlich hat aufgenommen werden können, entschuldige ich mich dafür. Zur Polizei Kanton Solothurn: Der Kantonsrat hat zusätzliche Stellen für die Kantonspolizei bewilligt. Nach Erkundigung der höchsten Stelle sind dies im Jahr 2009 7 Polizisten und Polizistinnen und im Jahr 2010 17 für den ganzen Kanton Solothurn. Dazu kommen 10 Sicherheitsassistenten und –assistentinnen im Endausbau. Das sind vor allem die Agglomerationsgemeinden. Weshalb? In den letzten Jahren ist Personal für andere interne Aufgaben abgezogen worden, auch in Olten. Jetzt soll wieder der ursprüngliche Bestand erreicht werden, der Status quo ante. Die Aufgabenstellung hat keinen Einfluss, weil die Tätigkeiten in der Kompetenzvereinbarung geregelt sind. Wir haben auch Bedenken gehört, dass unsere Polizei dann allzu sehr ausserhalb Oltens aktiv sei, weil man ja eine gemeinsame Nachtpatrouille mit der Kantonspolizei durchführt. Ich denke, es ist Aufgabe des Kommandanten, dies so zu regeln, dass unsere Patrouillen in der Stadt sind, ausser natürlich bei Notfallinterventionen, weil dies dann wieder gesetzlich mit dem Begriff der Nacheile geregelt ist. Die zwei polizeilichen Zivilangestellten sind zum Beispiel für Schalterdienst vorgesehen, Leerung der Ticketautomaten, Signalisationen und eventuell noch für Weiteres. Das sind befristete Stellen. Wir wollen prüfen, was möglich ist, was sie an Aufgaben, wo es keine ausgebildeten Polizisten und Polizistinnen braucht, leisten können. Eventuell gibt es auch Bereiche, wo man dann merkt, dass man vielleicht outsourcen könnte. Auch wenn solche Aufgaben in eine andere Direktion verschoben würden, zum Beispiel zur Baudirektion, würden dort zusätzliche personelle Ressourcen benötigt. Das sieht man im Bericht und Antrag auf Seite 10. Seite 3, Punkt 1.7.: Der GPK-Sprecher hat Einheitspolizei gesagt. Das Projekt heisst „Sicherheitsstruktur im Kanton Solothurn“. Hier kann ich den neuesten Stand bekannt geben: Am letzten Freitag haben wir wieder an einer Sitzung in Solothurn mit der Kantonspolizei, Regierungsrat Peter Gomm, Fachausschuss und politische Verantwortliche der drei Städte und des Einwohnergemeindeverbandes teilgenommen. Die Firma Team Consult hat erste Überlegungen angestellt, die vorliegen. Es ist eine Ist-Analyse

über den Kanton. Der Bericht der Phase ist aber noch nicht fertig gestellt. Es bestehen immer noch offene Fragen, die noch nicht beantwortet sind. Beim nächsten Schritt ist eine Arbeitsgruppe eingesetzt worden. Wenn man das Interview mit Peter Gomm im Regionaljournal gehört hat, so hat er deutlich gesagt, dass dieses Projekt keine Eile hat, denn er will dies zusammen mit den drei Städten und dem Einwohnergemeindeverband bearbeiten und Lösungen finden. Dies brauche Zeit. Es sind auch noch keinerlei politische Entscheide gefallen. Die Meinung der drei Städte und des Einwohnergemeindeverbandes ist nach wie vor die gleiche: Beibehaltung der drei Stadtpolizeien, die aktuelle Situation in der bestehenden Kompetenzvereinbarung verbessern. An der Sitzung vom vergangenen Freitag ist auch abgemacht worden, dass es im Moment noch keine Kommunikation gegen aussen gibt, weil noch keine Resultate vorliegen. Das ganze Projekt hat keinen Einfluss auf unsere Stellenbegehren, denn sollte einmal eine Einheitspolizei geschaffen werden, ist klar, dass unsere Polizistinnen und Polizisten von der Kantonspolizei übernommen werden müssen. Zu diesem Zeitpunkt müssen wir auch in Olten einen möglichst hohen Sicherheitsstandard haben, damit wir nachher dann vom Kanton auch verlangen können: Das wollen wir so beibehalten. Mit all diesen Überlegungen und Ausführungen bittet Euch der Stadtrat, diesen Stellen für eine verbesserte Sicherheit für unsere Bevölkerung zuzustimmen.

**Urs Knapp:** Die FdP-Fraktion hat sich über die Vorlage aus erster Hand informieren lassen. Stadträtin Doris Rauber und Polizeikommandant Mark Haggemüller sind bei uns in der Fraktion gewesen. Wir haben auch unsere eigenen Fachleute angehört, vor allem die FdP-Mitglieder der Kommission für Öffentliche Sicherheit. Wir anerkennen, dass der neue Polizeikommandant entschlossen ans Werk geht, die Organisation der Stadtpolizei verbessern und mehr Sicherheit in Olten erreichen will. Objektiv gesehen, wenn man die Statistiken anschaut, hat sich die Sicherheitssituation in der Schweiz in den letzten Jahren nicht grundlegend verändert und auch nicht grundlegend verschlechtert. Ich habe die Kriminalstatistik des Bundes studiert, von welcher der Bund selber sagt, sie habe gewisse Mängel. Aber immerhin ist es eine Statistik. Sie weist für das Jahr 2007 aus, dass 3 % weniger Straftaten registriert worden sind. Dieser Trend hat sich schon in den Vorjahren abgezeichnet. Wie die Situation hier in Olten ist, wissen wir nicht. Im Bericht des Stadtrates haben wir nichts darüber gefunden. Unabhängig von den objektiven oder fast objektiven Zahlen einer Statistik hat sich das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in letzter Zeit wahrscheinlich verschlechtert. Das sagt mindestens die veröffentlichte Meinung. Dieses Gefühl müssen wir als Politiker und als Parlament auch ernst nehmen. Die FdP steht für eine bürgernahe, präsente, sichtbare Polizei, die durch das Auftreten Sicherheit vermittelt und bei Bedarf auch Sicherheit durchsetzen kann. Zu diesem Zweck wollen wir ein Polizeikorps, das genügend Leute hat, gut ausgebildet und richtig ausgerüstet ist und auch die ihm gestellten Aufgaben durchsetzen kann. Eine Kernaufgabe in unserer Gesellschaft ist sicher, dass die Gewalt und Gewaltbereitschaft durch die Polizei bekämpft werden, weil die Polizei das einzige Machtmittel in den Händen des Staates ist, das wirklich dagegen vorgehen kann. Aus diesen Überlegungen wird die FdP einstimmig für Eintreten stimmen und möchte auch ein klares Signal geben, dass sie das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung anerkennt und ihm hohe Bedeutung zumisst. Nach dem Eintreten werden wir aber einen Rückweisungsantrag stellen. Ich möchte das begründen: Nach unserer Meinung, nach unserer Analyse des Berichtes und nachdem was wir gehört haben, kann der Stadtrat nicht schlüssig nachweisen, dass sein präsentierter Vorschlag wirklich das beste Preis-/Leistungsverhältnis ist, damit wir in Olten mehr Sicherheit erhalten. Wir bitten oder fordern den Stadtrat auf - verlangen dürfen wir es nicht - aber wir fordern ihn auf, seinen Bericht rasch, das heisst bis zur nächsten Parlamentssitzung, die Mitte März dieses Jahres stattfinden wird, überarbeitet und unsere fünf offenen Fragen klar beantwortet. Der Bericht und Antrag des Stadtrates ist quantitativ sehr umfangreich. Qualitativ lässt er aber Fragen offen und ist deshalb auch als Entscheidungsgrundlage unserer Meinung nach noch nicht genügend. Zu fünf Themen braucht es mehr Informationen, die man teilweise auch nicht nur mündlich geben kann, sondern wir müssen ein klares Signal an die Leute, die den Bericht nachher lesen, setzen. Das ist einerseits die kantonale Behörde, an die wir Erwartungen haben, und andererseits die Bevölkerung, die am Schluss irgend einmal darüber abstimmen wird. Wir brauchen klare und verbindliche Antworten. Klar und verbindlich ist es nur dann, wenn es schwarz auf weiss steht und der Gesamtstadtrat dahinter steht, indem er den Bericht verabschiedet und dem Parlament zuführt. Wenn man dies nicht macht, schwächen wir am Schluss die Rolle der

Stadt Olten in der künftigen Sicherheitsstruktur dieses Kantons und damit auch die Stadtpolizei. Unserer Meinung nach hat es fünf Mängel in diesem Bericht.

Erstens: Die Aufstockung der Kantonspolizei ist im ganzen Bericht und Antrag kein Thema. Wir finden kein Wort darüber. Der Kantonsrat hat im Herbst 2008 entschieden, dass die Kantonspolizei Solothurn um 35 Stellen aufgestockt wird. Er hat dann ganz klar in allen Voten der Fraktionen gesagt, das zusätzliche Personal solle an der Front eingesetzt werden, und es solle dort spürbar sein. Wenn man im Protokoll des Kantonsrates nachliest, hat dies Polizeidirektor Peter Gomm dies akzeptiert. Es darf erwartet werden, dass Olten als grösste Stadt des Kantons, als Verkehrsdrehscheibe stark von dieser Polizeiaufstockung profitieren wird. Das ist mindestens die Erwartung, die wir als Fraktion haben. Der Stadtrat erwähnt aber die Polizeiaufstockung und ihre Folgen für Olten oder die Erwartungen mit keinem einzigen Wort. Wir haben auch etwas den Eindruck gehabt, dass sich der Stadtrat bis vor wenigen Tagen mit diesem Thema eigentlich nicht so richtig befasst und auch beim Kanton nicht entsprechend lobbyiert hat, dass wir wirklich mehr Kantonspolizisten wollen, die in Olten stationiert sind. Dann stellt sich natürlich die Frage: Was heisst dies denn für die Stadtpolizei? Wenn jetzt mehr Kantonspolizisten auf dem Bezirksposten in Olten stationiert sind, was heisst dies für die Sicherheitsstruktur in der Stadt Olten? Hat dies einen Einfluss oder hat es einfach gar keinen Einfluss? Hier müsste auch der Stadtrat unserer Meinung nach deutlicher eine Forderung in den Bericht stellen: Was möchten wir vom Kanton? Wir möchten doch nicht einfach nur warten, bis vielleicht die Damen und Herren in der Ambassadorsstadt sagen: Es sind so viele Leute hier und so viele dort. Wir müssen selbstbewusst als Stadt auftreten und sagen: Wir haben diese und jene Situation in der Sicherheitsstruktur und diesen und jenen Bedarf, den wir sehen, und wir möchten aus dem Topf von 35 Leuten, die mehr an die Front gehen, so und so viele Leute, die in Olten oder mindestens in der Region Olten eingesetzt werden. Das müsste im Bericht, der mit „Mehr Sicherheit in Olten“ überschrieben ist, stehen, damit es alle hören und auch lobbyiert werden kann.

Der zweite Mangel im Bericht ist nach unserer Meinung, dass aktuelle Informationen zum Stand der Diskussion über die Sicherheitsstruktur im Kanton fehlen. Im Bericht erfährt man, dass diese Struktur seit 2007 durchleuchtet wird, und es steht auch, dass erste Ergebnisse Ende 2008 vorlägen. Wir haben einen Bericht vom 5. Januar 2009 vor uns. Hier sind keine Informationen über den damaligen aktuellen Projektstand enthalten. Es ist auch nicht klar, welche Meinung der Stadtrat hat. Das steht nicht im Bericht. Was möchte der Stadtrat? Welche Forderungen hat er? Wir haben jetzt gewisse Sachen von Stadträtin Doris Rauber gehört. Aber so etwas muss unserer Ansicht nach in einen Bericht, damit dies auch klar ist. Was sind die Forderungen der Stadt Olten in dieser Diskussion? Mit welcher Strategie geht man in diese Diskussionen hinein? Am Schluss geht es um den Verteilungswettkampf und es gewinnt derjenige mit den besten Argumenten. Wir haben den Eindruck, dass der Stadtrat dies nach einer Rückweisung bis im März in den Bericht aufnehmen und auch klar ein Signal gegen Solothurn setzen kann, was in Olten für die Sicherheitsstruktur erwartet wird.

Drittel Mangel: Die heute vorhandenen strukturellen Mängel werden nicht angerührt. Die Stadtpolizei erledigt heute viele Aufgaben, für die es keine ausgebildeten Polizisten braucht. Einige Beispiele: Man leert die Parkuhren, organisiert die Kilbi, den Monatsmarkt, stellt Gitter, kontrolliert, ob die Hecken richtig geschnitten sind, hat Schaltdienst usw. Das sind alles Aufgaben, die eine Berechtigung haben. Die Frage ist, ob dies ein ausgebildeter Polizist machen muss, gerade wenn man zuwenig Polizisten hat. Wahrscheinlich nein. Wenn es aber so ist, weshalb ändert man dies nicht sofort? Weshalb sagt man nicht sofort als Absichtserklärung: Wir vom Stadtrat wollen, dass dies weg kommt? Dann gibt es Sofortmassnahmen, beispielsweise Signalisationen. Das ist ein unregelmässiger Arbeitsanfall. Wenn jetzt dann wieder der Fasnachtsumzug stattfindet, braucht man x Meter Signalisationen. Das kann bei einem Privaten oder vielleicht auch beim Werkhof bestellt werden und es wird zu einem bestimmten Zeitpunkt in der gewünschten Menge an einen Ort geliefert. Dafür braucht es nicht Stadtpolizisten. Wir hätten eigentlich erwartet, dass der Stadtrat zuerst einmal eine klare Absichtserklärung abgibt und sagt: Ja, wir wollen dies weg haben. Dafür muss man nicht befristete Stellen haben und in zwei, drei oder vier Jahren dann noch einmal entscheiden, ob es vernünftig ist oder nicht, dass ausgebildete Polizisten

Hecken kontrollieren. Das ist einfach nicht vernünftig. Zum Teil haben ja offensichtlich, mindestens haben wir gewisse Signale, Gespräche des Abteilungsleiters A mit dem Abteilungsleiter B stattgefunden, wo gefragt wurde: Kannst Du dies mit Deinen Leuten übernehmen? Die Antwort ist natürlich klar gewesen. So kann man nicht anfangen, sondern der Stadtrat müsste sagen: Wir wollen, dass dies geändert wird, und dann klären wir ab, was wir intern machen können, was vielleicht extern gegeben werden kann und welchen Bedarf es noch gibt, den man dann eventuell mit zusätzlichem festem oder temporärem Personal in bestimmten Abteilungen ausfüllen muss. Hier braucht es einen klaren Willen. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er diesen in seinem Bericht aufzeigt und auch zeigt, was es heisst, wenn man die ausgebildeten Polizisten wieder an der Front einsetzt und wie schnell es geht, wenn man diese Aufgaben anders verteilt.

Der vierte Punkt, der uns fehlt, ist, dass keine Varianten aufgezeigt werden. Wir erhalten eine Lösung. Das ist die beste aller Lösungen. Der Stadtrat erweckt in seinem Bericht den Eindruck, dass es nur einen einzigen Weg gibt, nämlich die Aufstockung um 600 Stellenprozent mit Personalkosten von gut 620'000 Franken pro Jahr. Was würde es aber bedeuten, wenn das Parlament jetzt neue Stellen bewilligen würde, aber vielleicht nicht sechs, sondern nur fünf, drei oder zwei. Der Stadtrat geht auf diese Frage nicht ein. Dabei hat uns der Polizeikommandant in seiner Präsentation in unserer Fraktion gesagt, dass er als ausgebildeter Generalstabsoffizier gewohnt ist, in Varianten zu denken und auch schon bestimmte Gedanken und Varianten im Kopf hat, wie er die Arbeit der Stadtpolizei optimieren kann. Wenn er nicht genau die sechs Stellen erhält, ist es vielleicht nicht ganz so gut wie heute. Das ist möglich und müsste aufgezeigt werden. Vielleicht wäre es etwas anders. Aber solche Informationen müssen nach unserer Meinung auch in einem Bericht stehen, damit sich das Parlament eine klare und sichere Meinung bilden und auch entscheiden kann: Nein, wir sind für sechs oder nein, wir sind vielleicht nur für vier. Dann haben wir diese oder jene Nachteile. Wollen wir sie eingehen oder nicht?

Fünftens: Die langfristigen finanziellen Folgen werden nicht klar aufgezeigt. Wir wissen, dass die beantragte Aufstockung der Polizei etwas kostet. Das ist klar. Sie kostet 620'000 Franken. Es entstehen höhere Betriebskosten: Ausrüstung, Fahrzeuge, Weiterbildungskurse. Diese Mehrkosten sind im Finanzplan der Stadt Olten, den wir im letzten Herbst studiert und zur Kenntnis genommen haben, nicht berücksichtigt. Wir erwarten vom Stadtrat, dass er in seinem Bericht zu dieser Vorlage aufzeigt, wie sich die Mehrkosten auf die finanzielle Situation der Stadt Olten in einem Zeitraum, der einen Finanzplan abdeckt, auswirkt. Wir möchten wissen, was bei Kosten, die etwa so hoch sind, noch etwas höher als die Kosten der Besoldungsrevision sind, mit anderen Projekten passiert, wenn man das Geld ausgibt. Müssen wir andere Projekte zurück stellen? Müssen wir zum Beispiel sagen, eine Aareraumgestaltung müsse zurück gestellt werden, weil die Investitionen in den Aareraum, wenn man die Kapitalkosten anschaut, etwa gleich viel kosten wie diejenigen in die Polizei? Oder müssen wir bei der Bildung oder einem anderen Projekt zurück stellen? Die beantragten Investitionen oder regelmässigen Kosten sind etwa mit Investitionen von gut 10 Millionen Franken vergleichbar. Wir möchten vom Stadtrat wissen, welche Auswirkungen diese Zusatzkosten im Finanzplan haben und welche Schlussfolgerungen er daraus zieht. Wir können dies im Finanzplan tragen. All dies möchten wir und auch die Stimmberechtigten wissen.

Die FdP-Fraktion nimmt das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung ernst. Sie anerkennt auch die Leistungen der Stadtpolizei, möchte aber einen Bericht, der klare Entscheidungsgrundlagen darstellt und uns allen ermöglicht, die beste Sicherheit für Olten zum besten Preis-/Leistungsverhältnis zu erreichen. Das ist auch der Mehrwert einer Rückweisung und einer schnellen Wiederbringung dieser Vorlage. Wir haben eine höhere Sicherheit, dass wir wirklich mehr Sicherheit erhalten werden, auch in einer Volksabstimmung, die dann notwendig sein wird.

**Dieter Ulrich, SP-Fraktion:** Ich erlaube mir, mich etwas kürzer zu fassen als mein Vorredner. Auch wir sind in der Fraktion von Herrn Haggenmüller informiert worden. An dieser Stelle noch einmal besten Dank für die sehr gute Präsentation. Im Anschluss daran hat sich dann innerhalb der Fraktion eine lebhafte, angeregte Diskussion entwickelt, wobei

es eigentlich nicht um Zustimmung oder Nichtzustimmung gegangen ist, sondern mehr um unsere Gründe, hier zuzustimmen. Erstens ist es in unseren Augen eine Vorlage aus einem Guss, wie jemand in der Fraktion gesagt hat. Man hat auch ein klares Konzept auf dem Tisch, eine klare Vision, und wir haben den Eindruck, dass der neue Polizeikommandant weiss, was er will und wie man dies erreichen will. Wir haben nicht das Gefühl, dass wir uns hier auf etwas Ungewisses einlassen. Zudem ist für uns auch wichtig, dass die Arbeitsbedingungen der städtischen Polizeibeamten und –beamtinnen durch diese Vorlage, durch die zusätzlichen Stellen verbessert werden. Mit dem vorgesehenen neuen Modell haben sie eine bessere Planbarkeit ihrer Einsätze. Sie haben weniger Verschiebungen, können auch ihre privaten Angelegenheiten besser organisieren. Das sollte für uns als Arbeitgeber ein Grund sein zuzustimmen. Wir haben mit dieser Vorlage erfahren, dass bei der Polizeipatrouille unter der Woche in der Nacht Lücken bestehen. Dies haben wir bis jetzt nicht gewusst und nehmen an, dass es auch in der Bevölkerung soweit nicht bekannt ist. Ich kann mir auch nicht vorstellen, dass dies verstanden würde. Deshalb sind wir der Meinung, dieser Umstand sollte möglichst rasch beseitigt werden, was mit dieser Vorlage möglich sein wird. Sechs Personen mehr ist einmal eine quantitative Aussage. Für uns stellt sich auch die Frage, was wir qualitativ dadurch mehr erreichen. Wir haben gesehen, dass neben der erwähnten Schliessung dieser Lücke auch die Zusatzdienste profitieren würden, sprich Quartierpolizei, zusätzliche Verkehrskunde an der Oberstufe, zum Beispiel Durchfahrtskontrolle in den Quartieren, etwas, das wahrscheinlich von der Bevölkerung gewünscht wird, aber derzeit nicht gemacht werden kann, weil die personellen Ressourcen einfach nicht vorhanden sind. Vor allem bei den Zusatzdiensten decken sich unsere Ziele weitgehend mit denjenigen der Vorlage. Auch das ist für uns Grund zuzustimmen. Wir werden aber, falls es angenommen wird, in Zukunft ein Auge darauf haben, ob die Ressourcen auch dementsprechend eingesetzt werden. Längere Diskussionen hat es um die objektive Sicherheit gegeben, bei denen wir zu keinem gemeinsamen Schluss gekommen sind. Ist es jetzt besser oder schlechter geworden? Ist es gleich geblieben? Es gibt gute Gründe, beides oder alle drei Sachen zu glauben und zu vertreten. Hingegen sind wir uns eigentlich auch einig gewesen, dass die subjektive Sicherheit, zumindest eines Teiles der Bevölkerung, in der letzten Zeit abgenommen hat. Auch hier sehen wir mit dieser Vorlage eine Möglichkeit, Gegensteuer zu geben, mehr Präsenz zu markieren, um die subjektive Sicherheit verbessern zu können. Zu guter Letzt im Zusammenhang mit der KAPO: Wir sind der Meinung, dass wir hier viel mehr Möglichkeiten haben, auf die Stadtpolizei und ihre Arbeit Einfluss zu nehmen als wir dies bei der Kantonspolizei haben werden. Deshalb sollten wir eigentlich auch ein Interesse haben, die Stadtpolizei zu stärken und so ausrichten zu können, wie wir dies wünschen. Mir scheint, im Gegensatz zur FdP sind wir vom Polizeikommandanten und der zuständigen Stadträtin überzeugt worden, dass die Vorlage zum jetzigen Zeitpunkt nötig ist. Wir denken nicht, dass eine Aufschiebung grundsätzlich neue Fakten an den Tag bringt, die uns in der Meinung umstimmen würden. In diesem Sinne stimmt die SP-Fraktion den Anträgen des Stadtrates zu.

**André Köstli, SVP-Fraktion:** Wir möchten uns an dieser Stelle zuerst bei Herrn Mark Haggenmüller für seinen Besuch an unserer Fraktionssitzung und die interessante und aufschlussreiche Powerpoint-Präsentation bedanken. Uns ist dabei aber aufgefallen, dass die Umsetzung der Präsentation eigentlich gar nicht mit dem Bericht und Antrag übereinstimmt. Aus der Präsentation ist ganz klar ersichtlich gewesen, was Herr Haggenmüller mit der neuen Form für unsere Stadt Olten erreichen will. Unsere Fraktion ist deshalb sehr erstaunt, dass für dieses Vorgehen keine Arbeitsgruppe eingesetzt worden ist, welche die politischen Eckpfeiler schon viel früher kontrolliert und auch hätte setzen können und uns somit den Rückweisungsantrag der FdP erspart hätte, was das ganze Vorhaben verkürzt und vereinfacht hätte. Die SVP-Fraktion hat sich sehr intensiv mit dem Bericht und Antrag auseinander gesetzt. Für mehr Sicherheit in der Stadt Olten kämpfen wir von der SVP ja schon lange. Deshalb zu einer erhöhten Sicherheit ein ganz klares Ja. Wir brauchen mehr Sicherheit und eine verstärkte Polizeipräsenz. Hier sind wir voll und ganz der gleichen Meinung wie Herr Haggenmüller. Aber sicher nicht um jeden Preis und schon gar nicht so, wie es im Bericht und Antrag der Direktion Öffentliche Sicherheit erreicht werden will. Das Polizeireglement vom 15. Mai 2003 bildet die rechtliche Grundlage für die Gewährleistung der Sicherheit für die Bevölkerung und die öffentliche Ruhe und Ordnung in unserer Stadt Olten. Die vom Regierungsrat beschlossene Vereinbarung über die Zusammenarbeit und die

geregelten Kompetenzen stossen zu unserem Erstaunen massiv auf, kann doch ein Oltnier Stadtpolizist nicht einmal einen Verkehrsunfall aufnehmen. Es muss zwingend ein Korpsangehöriger der Kantonspolizei Solothurn auf den Platz, um die Arbeiten unserer Stadtpolizisten zu übernehmen. Das ist doch völlig stupid und löst bei uns deshalb Kopfschütteln aus. Übrigens kann jeder von uns das europäische Unfallprotokoll allein ausfüllen. Aber unsere Stadtpolizei kann dies nicht. Wo bleiben hier bitte die vom Kanton verbliebenen delegierten Kompetenzen? Ausserdem ist es hier wohl jedem bekannt, dass im Jahr 1961 15 Stadtpolizisten völlig ausgereicht haben, weil man zu dieser Zeit sogar die Haustüre hat offen stehen lassen können. Vergleichen wir den heutigen Missstand, müssten wir eigentlich in der Stadt Olten mindestens 60 Korps-Angehörige haben. Im Vollbestand wird man nie arbeiten können. Krankheit, Unfall, Ausbildungszeiten und Ähnliches wird es immer geben. Dass aber das Schwergewicht auf die tägliche Grundversorgung gelegt wird, unter welchen Umständen auch immer, erwarten wir Steuerzahler von der Polizei. Dass aber gewisse Bereiche, zum Beispiel Verstösse gegen das Betäubungsmittelgesetz vernachlässigt werden müssen, zwingt und ermahnt uns hier, einfach den Finger zu erheben. Es geht doch so nicht an. Die Direktion für Öffentliche Sicherheit hätte hier viel früher agieren müssen. Deshalb auch hier die Aussage: Das Ruder von Stadträtin Doris Rauber und/oder Franco Giori läuft doch aus der Hand. Auch der Stadtrat hat es mangels Entscheidungsbereitschaft und unter Einbezug personeller Konsequenzen regelrecht versäumt, diese Probleme an die Hand zu nehmen und zu lösen. Wir sind schon mehr als überrascht über derartige Missstände in den ganzen Strukturen der Polizei, hat doch vor nicht allzu langer Zeit Stadträtin Doris Rauber gegenüber unserem Parlament vehement bestritten, dass in ihrem Ressort derartige Zustände herrschen. Unsere Fraktion wundert sich in dieser Angelegenheit schon wieder einmal, wo das immer wieder angetönte und hoch heilige, gelobte Controlling geblieben ist. Dass die Sicherheitsstrukturen aller Gemeinden mittels Befragungen aus Politik und Polizei durchleuchtet worden sind und scheinbar Ende 2008 ein Bericht vorliegt und wir vom Parlament darüber nicht vororientiert worden sind, erstaunt uns auch. Es wird im Bericht und Antrag sogar damit gerechnet, dass diese Ergebnisse und Entscheide, der weitere Weg sich um einen langjährigen Entscheid hinaus zögern könnte oder wird. Eine Neuausrichtung der Stadtpolizei zur Einheitspolizei könnte deshalb zum heutigen Zeitpunkt einiges vereinfachen. Dass die Stadtpolizei dringendst neu ausgerichtet werden muss, liegt auf der Hand. Aber wir finden immer wieder die Ungereimtheiten zwischen dem Bericht und Antrag und dem, was der Kommandant eigentlich erreichen will. Ganz klar wird darauf verwiesen, keine Präjudize zu schaffen, weil man zuerst die Sicherheitsstrukturen des Kantons abwarten muss oder sollte. Der Kanton Solothurn hat bereits 35 neue Stellen geschaffen. Aber das wird seltsamerweise im Bericht und Antrag nicht einmal erwähnt. Hier ist genau der richtige Punkt getroffen worden. Wir dürfen die Glaubwürdigkeit gegenüber der Oltnier Bevölkerung in der Gegenwart und in der Zukunft nicht aufs Spiel setzen. Weiter geht es mit dem Schaltdienst. Hier liest man, dass der Schaltdienst in der Nacht sehr wenig frequentiert wird. Kann und sollte diese Stelle nicht gestrichen werden, um andere Ressourcen für die Arbeiten frei zu stellen? Kompensiert werden könnte diese Anlaufstelle durch eine Notrufsäule, wie sie zum Beispiel im Bahnhof oder bei der Kantonspolizei am Amthausquai anzutreffen sind. Dazu kommt, dass heute fast jede zweite Person ein Natel auf sich trägt und im Bedarfsfall ohnehin 117 oder 112 wählt, um Hilfe anzufordern. Dass der Schaltdienst auch durch eine Zivilperson geführt und bei Bedarf Fachpersonal hinzu gezogen werden könnte, würden wir sehr begrüssen, denn für Parkkarten, Fundgegenstände oder Ähnliches braucht es wirklich keinen vereidigten Polizisten oder keine vereidigte Polizistin. Vielleicht könnte man hier sogar den Empfang zusammen mit dem Schaltdienst fusionieren. Die Signalisationstafeln könnte man eventuell sogar auch noch vom Werkhof aufstellen lassen. Dass die Stadt- und Kantonspolizei bei immer mehr Spielen des EHCO die Sicherheit gewährleisten müssen, zehrt an sicherheitsproduzierten Einsätzen und braucht unnötige Ressourcen, die nämlich anderweitig bei Wichtigerem eingesetzt werden müssten. Hinzu kommt noch, dass diese Kosten auf die Stadt Olten abgewälzt werden, statt wie es bei anderen Anlässen üblich ist, sich über Selbstfinanzierung die Sicherheit zu gewährleisten und zu schützen. Wir machen beliebt, einstimmig auf das Geschäft einzutreten, weisen es aber an den Stadtrat zur Überarbeitung zurück, nicht etwa aus Kostengründen, sondern aus diversen anderen Gründen der FdP und von uns und aus Respekt und Sicherheit gegenüber dem Steuerzahler. Deshalb unterstützt die SVP Olten den Rückweisungsantrag der FdP.

**Marcel Steffen:** An der Fraktionssitzung der CVP/EVP haben auch wir Gelegenheit gehabt, die ausführliche Präsentation von Herrn Haggenmüller zu erleben. Ich sage bewusst zu erleben, weil es nämlich wirklich gut gewesen ist. So wie ich gehört habe, ist es in allen Fraktionen so gewesen. Im Gegensatz zur FdP finden wir, dass diese Vorlage sehr gut den Bedarf an zusätzlichen Polizeikräften beschreibt und die subjektive und objektive Sicherheit eigentlich ganz klar darlegt und was man mit dieser Vorlage erreichen möchte. Auf der einen Seite ist auch die Begeisterung über den positiven Trend in Olten. Es gibt Grossanlässe, verschiedenste Strassenfeste und kulturelle Veranstaltungen. Aber auf der anderen Seite wächst automatisch auch das Sicherheitsbedürfnis. Dieses besteht nicht erst seit „Olten 2020“ und den darauf folgenden zahlreichen Begehungen, die man mit den Bürgern zusammen in unseren Quartieren durchgeführt hat. Das hat klar aufgezeigt, dass wir uns in Olten an so manchen Orten etwas mehr Sicherheit wünschen und es teilweise sogar Zustände gibt, die bald nicht mehr haltbar sind. Jetzt ist es einfach zu sagen, die Polizei müsse doch hier etwas effizienter arbeiten, solle doch einige Aufgaben abgeben und schauen, dass man etwas Anderes machen könnte. Unserer Fraktion ist aber nach diesen Ausführungen klar geworden, dass dies wahrscheinlich so einfach gar nicht möglich ist. Zum Einen wollen die Bürger mehr Leistungen und wir im Parlament übrigens auch und zum Anderen sind wir nachher oft nicht bereit zu investieren, wie es zum Beispiel diese Vorlage will. Sie greift ja etwas weiter als wir hier vielleicht zugeben wollen. Es geht ja nicht nur um eine einfache Stellenvermehrung, sondern auch um eine Neuausrichtung der Stadtpolizei. Weiter geht es um eine neue Dienstplangestaltung und einen echten Mehrwert in unseren Quartieren. Seien wir doch einmal etwas ehrlich und betrachten die Anforderungen fair und richtig. Ein erhöhter Sicherheitsbedarf besteht. Es braucht Änderungen und diejenigen, die von der Kantonspolizei kommen sollten: Wir glauben nicht so richtig daran, dass uns dies in Olten effektiv etwas bringt. Der Bürger von Olten wünscht sich wirklich mehr Sicherheit hier in Olten. Mit der Zustimmung zu dieser Vorlage können wir dies mit der Stadtpolizei auch erreichen. Ich glaube, die Einheitspolizei ist noch etwas weiter weg als wir dies hier zugeben wollen. In dieser Vorlage geht es um Mängel, die seit 2004 bekannt sind. Ich weiss nicht, ob wir bei einer Rückweisung im März viel mehr wissen. Wir haben es einfach wieder um zwei Monate weiter hinaus geschoben. Ob dies richtig ist? Wir von der CVP/EVP-Fraktion denken nicht. Unsere Fraktion wird einstimmig eintreten und der Vorlage des Stadtrates grossmehrheitlich zustimmen.

**Iris Schelbert:** Wir von der Fraktion Grüne/Junge Alternative wollen, dass sich die Menschen in Olten subjektiv sicher fühlen und wir wollen, dass sie objektiv sicher sind, wie dies alle hier wollen. Jetzt ist dies ja jeweils etwas schwierig. Für einen Teil der Leute ist es beruhigend, wenn sie ab und zu zwei Polizisten auf einer Fusspatrouille sehen, andere haben aber das Gefühl: Oh je, ist es hier so gefährlich, dass man Polizisten in die Stadt schicken muss? Das ist jetzt eben das Subjektive. Nach dem umfassenden Sicherheitsbericht der Firma Metron über die sicherheitsrelevanten Mängel von Olten hat die Stadt ja schon sehr viel an die Hand genommen, hat bauliche und lichttechnische Verbesserungen vorgenommen und die ungepflegten Orte und Schmierereien möglichst behoben, damit es in Olten schöner aussieht. Das macht ja beim subjektiven Sicherheitsgefühl auch etwas aus. Aber trotz allem: Bei der ganzen Sicherheitsfrage spielt die Polizei eine entscheidende Rolle. Ich habe das Polizeireglement auch durchgelesen. Unsere Polizei hat wirklich ein vielfältiges Aufgabenspektrum zu erfüllen. Wir sind aber auch eine Stadt mit vielen Facetten. Jetzt haben wir einen innovativen und kompetenten Polizeikommandanten mit einem modernen Führungsverständnis, der ganz klar weiss, wie er sich die Aufgabenerfüllung einer Stadtpolizei vorstellt. Einer, der Strukturen durchkämmt, Abläufe vereinfacht und will, dass alle Korpsangehörigen die gleichen Arbeitseinsätze leisten. Damit die Polizei ihre Aufgabe optimal nicht maximal, einfach nur optimal wahrnehmen kann, braucht eben gerade dieser Kommandant mehr Leute. Vier Polizistinnen oder Polizisten, darunter zwei Aspiranten oder Aspirantinnen und zwei zivile Mitarbeitende. Eben genau die zivilen Mitarbeitenden, die von der FdP und SVP verlangten Sofortmassnahmen nicht hoheitlicher Natur übernehmen können. Für uns Laien sind die erhaltenen Vorlagen teilweise verwirrend gewesen. Aber Kommandant Haggenmüller hat ja die Fraktionen ausführlich und klar informiert, und dafür möchten wir uns auch herzlich bedanken. Weshalb denn jetzt zurück

weisen? Wir alle wollen optimale Sicherheit in der Stadt oder nicht? Alle schreiben sich ja diese Sicherheit wirklich auch auf die Fahne.

- Ja, die Kantonspolizei wird aufgestockt. Aber weiss Gott nicht für Olten, sondern weil sie eben selber auch zuwenig Leute hat. Kein einziger Kantonspolizist wird je in Olten in irgend einem Wohnquartier eine Fusspatrouille machen.
- Ja, irgend einmal gibt es vielleicht nur noch eine Polizei im Kanton. Aber nur, wenn die Städte mindestens die gleichen Leistungen gesichert erhalten, wie sie diese heute haben. Regierungsrat Peter Gomm hat ganz klar gesagt: Eine einzige Polizei im Kanton kann man nicht von oben herab diktieren. Das muss von unten nach oben wachsen. Sonst hat dies überhaupt keine Chance. So schnell mahlen diese Mühlen dann auch wieder nicht.
- Ja, man kann Aufgaben intern umlagern, zum Beispiel das Marktwesen. Nachher brauchen wir aber andernorts mehr Angestellte und das Ganze wird zu einem Flickwerk. Das ist wie ein Pizzateig, bei dem man zuviel zieht und dann gibt es ein Loch. Dann füllt man ihn wieder an einer Stelle und zieht an einer anderen und hat dort wieder ein Loch.
- Ja, es geht mit dem heutigen Polizeibestand. Aber dann verzichten wir auf Fusspatrouillen, die man halt manchmal auch gerne möchte. Wer kontrolliert dann den Schleichverkehr und die Geschwindigkeitsüberschreitungen in den Quartieren?
- Ja, es geht mit weniger Polizei. Aber dann machen wir Abstriche bei der Prävention, die ganz wichtig ist, zum Beispiel Verkehrsschulung auf der Oberstufe, Gewaltprävention. Dann gibt es nur noch Repression.
- Es gibt Leute, die das Alkstützli am liebsten schliessen möchten und froh sind über den Wegweisungsartikel. Aber wer rückt dann aus, wenn es Sommer wird, schön ist und die Leute sich wieder zusammen rotten und sich irgendwo etwas unanständig aufführen?

Wir von der Fraktion Grüne/Junge Alternative haben diese Vorlage auch kritisch angeschaut und haben auch Fragen gestellt: Warum, wieso und überhaupt? Wir haben uns nachher entschieden, heute ja zu sagen. Wir wollen, dass der neue Kommandant sobald als möglich seine neuen Strukturen umsetzen kann, und wir wollen, dass sich die Leute in Olten sicher fühlen und auch sicher sind. Und zwar nicht irgendwann, sondern möglichst bald und für immer. Deshalb sind wir für Eintreten und werden den Beschlussesanträgen zustimmen. Wir werden nicht für die Rückweisung stimmen.

**Mario Clematide:** Mir ist wichtig, ganz am Anfang den beiden Verantwortlichen, Kommandant Mark Haggenmüller und Doris Rauber als Ressortverantwortliche, für diesen Bericht zu danken. Er ist meiner Meinung nach einerseits eine schonungslos transparente Bestandesaufnahme, die ausdrücklich, aber fast noch mehr zwischen den Zeilen zeigt, wie es um den Zustand und die Funktionstüchtigkeit unserer Stadtpolizei heute steht. Nicht dass der Zustand grundsätzlich schlecht ist, aber es gibt doch wichtige polizeiliche Aufgaben, die nicht erfüllt werden können, zum Beispiel marginal durchgeführte Geschwindigkeitskontrollen. Was sollen denn die Tempolimiten in den Quartieren, wenn die Einhaltung, wie zum Beispiel an der Feld- und an der Gartenstrasse, nicht kontrolliert wird? Oder auch fehlende Wirtschafts- und Gewerbekontrollen, die dann zu Gerüchten in der Bevölkerung führen wie etwa: Der kann länger offen halten. Er hat gute Beziehungen zum Stadthaus. Die Gründe für das Ungenügen sind, wie der Bericht klar aufzeigt, einerseits Personalknappheit und andererseits eine nicht mehr zweckmässige Organisation der Stadtpolizei. Der Bericht sagt es auf Seite 8 im Abschnitt „Führungsfähigkeiten“ unmissverständlich klar. Die Stadtpolizei hat zuviele Chefs, zuviel Innendienst und zuwenig Polizisten, um die Grundversorgung sicherstellen zu können. Im Sport würde man sagen: Zuviele Häuptlinge und zuwenig Indianer. Dass bei einem solchen Tatbestand das Gefühl der mangelhaften subjektiven Sicherheit in der Bevölkerung zunimmt, liegt auf der Hand. Der Bericht zeigt auf der anderen Seite aber auch klar auf, welche Erfordernisse notwendig sind, um einen Minimalstandard der Erfüllung einer nach modernen Gesichtspunkten geführten bürgernahen und subjektiven Sicherheit vermittelnden Stadtpolizei zu erhalten. Es mag sein, dass der eine oder andere Begriff im Zusammenhang mit polizeilichen Aufgaben etwas gar betriebswirtschaftlich eingefärbt daher kommt, zum Beispiel wenn von Produktgruppen oder der Polizei „als einer nach betriebswirtschaftlich ausgerichteten Verwaltungseinheit, die frontorientiert sein muss“ gesprochen wird. Das tönt nicht gleich wie „Die Polizei, Dein Freund und Helfer“. Ich bin aber der festen Meinung, dass die im Bericht aufgezeigten

Restrukturierungsmaßnahmen, das Gruppenstrukturmodell und die Schaffung von effizienten internen Strukturen zu mehr externer Präsenz mit mehr Bürgernähe und auch mit mehr subjektivem und objektivem Sicherheitsempfinden führen wird. Aber es wird auch so sein, dass Leute, die das Gesetz arrogant missachten, gebüsst werden. Beispiel: Am letzten Mittwoch anlässlich der Atel-GV habe ich mit Freude festgestellt, dass ein BMW-Offroad-Fahrer, ein Besucher der GV, der auf dem Behindertenparkplatz vor der Eishalle parkiert hat, nach der Veranstaltung einen Bussenzettel unter dem Scheibenwischer vorgefunden hat. Es kann auch sein, dass ich selber Opfer einer Geschwindigkeitskontrolle oder einem Parkvergehen werde. Wenn dies eine gut aufgestellte ist und von einer nach klarer Einsatzdoktrin geführten Stadtpolizei gemacht wird, habe ich dafür vollstes Verständnis und gehe in mich und werde mein Fahr- und Parkverhalten überdenken. Dass solche Restrukturierungsmaßnahmen Mehrkosten verursachen, liegt auf der Hand. Für mich sind der Personalbedarf und die zusätzlichen Kosten ausgewiesen. Dem neuen Kommandanten und/oder dem künftigen Ressortverantwortlichen wünsche ich für die Umsetzung der Massnahmen viel Durchsetzungsvermögen, Mut zur Unpopularität und zwar – das muss ganz klar gesagt werden – nach innen und nach aussen und vor allem viel Freude daran, der Bevölkerung künftig mehr „Polizei, Dein Freund und Helfer“ zu gewährleisten. Noch eine Bemerkung zur kantonalen Einheitspolizei: Eine gut aufgestellte und ihre Aufgaben kompetent erfüllende Stadtpolizei ist das beste Argument gegen eine kantonale Einheitspolizei oder vor allem erhöht sie den Eintrittspreis in die Einheitspolizei. Ich bin für Eintreten und Zustimmung zu den Anträgen des Stadtrates.

**Felix Wettstein:** Ich möchte noch auf die fünf offenen Fragen, die Urs Knapp gestellt bzw. auf die Art und Weise, wie er sie jetzt hier eingeführt hat, reagieren. Urs Knapp, wir sind miteinander in der Geschäftsprüfungskommission. Am 9. Dezember sind wir mit den inhaltlich grundsätzlich genau gleichen Unterlagen, wie sie jetzt auch dem Gesamtparlament vorliegen, ausführlich informiert worden. Mit der Einladung zur damaligen Sitzung – das ist heute praktisch genau zwei Monate her – haben wir diese Unterlagen erhalten. Seither hätten wir Gelegenheit gehabt, die offenen Fragen anzumelden, damit wir zum Beispiel bis heute tatsächlich noch Antworten hätten erhalten können, so wie Du sie vom Stadtrat erwartest. Ich bin erstaunt und enttäuscht, dass diese Fragen heute formuliert werden, und nehme an, dass sie nicht einfach von allen anderen Eurer Fraktion kommen, Du nur der Übermittler bist und sie erst seit heute oder gestern kennst. Zudem möchte ich noch etwas Inhaltliches zu Deinem dritten Fragebereich sagen. Du hast hier vorher gesagt: „Die strukturellen Mängel werden nicht angerührt“. Hier muss ich einfach sagen, dass ich die Unterlagen ganz anders gelesen habe. Für mich werden sie mehr als nur angerührt. Sie werden unmissverständlich angesprochen. Hier gibt es auch nichts zu beschönigen. Sie sind heute hier und es wird gezeigt, wie sie nachher eben anders gelöst werden. Der Übergang vom Dienstbereichsmodell zum Gruppenstrukturmodell ist von Euch entweder nicht verstanden worden oder Ihr geht einfach darüber hinweg. Die Antworten haben wir in den Unterlagen wirklich klar ausgewiesen. Hier gibt es nicht zusätzlich noch etwas zu beantworten. Wenn Ihr etwas als Vorwurf haben wollt, ist es, dass man die wirklich sinnvollen Aufgaben, die nicht uniformierte Polizeibeamte wahrnehmen müssen, jetzt nur als befristete Stellen vorschlägt. Hier könnte man allenfalls sagen, man hätte dies von Anfang an als unbefristet vorschlagen können. Das wäre jetzt eine Variante gewesen, wo ich es fein gefunden hätte, wenn sie von Euch gekommen wäre.

**Heinz Eng:** Eine gute Polizei ist kein quantitatives Merkmal, sondern ein qualitatives. Dem Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung kann auf viele Arten Rechnung getragen werden, zum Beispiel mehr Polizeipräsenz, mehr Videoüberwachung, Einsatz von technischen Hilfsmitteln, Notrufsäulen usw., das Lichtkonzept an gefährdeten Stellen, mehr Beizug von Partnerorganisationen, Securitas. Ich erinnere an die Patrouillen der Securitas im vergangenen Sommer in den Quartieren und vor allem auch noch, was jetzt etwas untergegangen ist, auch durch eine konsequente Rechtsauslegung. Hier geht es jetzt nicht um die Parkbussen, sondern man stelle sich den Fall vor, wir stellen 100 Polizisten mehr an, sie fassen 300 Übeltäter und nach fünf Minuten sind sie wieder frei, weil die Justiz sie nicht konsequent ahndet. Das gehört eben auch dazu. Das sind alles Sachen, die sehr wahrscheinlich dazu beitragen, dass man eine qualitativ gute Polizei hat. Der Bericht und Antrag geht einzig und allein von der Maximalvariante von sechs Stellen aus. Gestützt auf

nur diese Variante bin ich der Meinung, dass das Parlament nicht in der Lage ist, in der Gesamtheit und in Kenntnis aller Faktoren darüber zu entscheiden. Das Oltner Stadtparlament entscheidet eigentlich nie nur aufgrund von Bericht und Antrag à la „Vogel friss oder stirb“, sondern eben in einer Gesamtheit von allen Faktoren in einer Auslegeordnung. Deshalb gibt es eigentlich nur ein Fazit: Zur Nachbesserung zurück.

**Caroline Wernli Amoser:** Ich bin ja im Vorfeld gespannt gewesen, wie die Bürgerlichen argumentieren werden, um sich gegen zusätzliche Polizeistellen irgendwie ins Zeug legen zu können. Plakativ würde man dies ja eigentlich eher unserer Seite vorwerfen. Ich hoffe, es wird dann auch nach aussen gehört. Verwundert hat mich aber vor allem, wenn ich höre, dass die SVP über die unhaltbaren Zustände bei der Stadtpolizei erstaunt ist. Allgemein ist ja bekannt, dass Ihr die zuständige Stadträtin als absolut unfähig erachtet und von daher sollten Euch die aus Eurer Sicht unhaltbaren Zustände nicht erstaunen. Spannend finde ich auch, wie Ihr diesen Spagat schafft, gegen zusätzliche Polizei zu sein, nachdem ich im Regionaljournal ebenfalls mit Erstaunen gehört habe, dass Regierungsratskandidat Christian Werner als Regierungsrat gewählt werden will, weil er sich unter anderem dafür einsetzen will, dass junge Frauen in Olten in der Nacht wieder nach Hause kehren können, weil scheinbar junge Frauen nicht heim gehen können, ohne vergewaltigt zu werden.

**Brigitte Kissling:** Die Bevölkerung will mehr Sicherheit. Das ist für mich an der Zukunftswerkstätte ganz klar hervor gekommen und ist ein Argument und ein Grund oder Resultat, das jetzt hier vom neuen Kommandanten und der Stadträtin geliefert wird. Es gibt für mich aber auch noch einen anderen Grund und zwar schlicht und einfach überalterte Strukturen, die im Polizeikorps bestehen und einfach auf die heutige Zeit angepasst werden müssen. Für mich hat eine Stadt wie Olten, Grenchen oder Solothurn eben noch andere Aufgaben, weil einfach die Zusammensetzung hier anders, urbaner, ist. Das heisst, wir haben mehr anonymen Wohnraum, mehr soziale Brennpunkte und mehr Verkehr. Nur dies allein rechtfertigt für mich eigentlich schon eine Stadtpolizei, die schliesslich mit dieser Akkumulation von Menschen sicher mehr Informationsquellen eruieren kann als dies eben eine Kantonspolizei kann, die für Regionen zuständig ist. Die Anforderungen an Stadtpolizeien sind sicher heute ganz anders als sie noch vor 40 Jahren gewesen sind. Wenn ich dies richtig gelesen und auch verstanden habe, ist 1961 die letzte grosse Aufstockung erfolgt. 1961 ist unsere Gesellschaft eine ganz andere gewesen, als sie es heute ist. Wir haben heute wirklich mehr Sicherheitsprobleme. Ich denke, damit die Stadtpolizei, aber auch die Kantonspolizei diesen Ansprüchen gerecht werden kann, braucht es eben beides und es braucht beide in einer guten Stellenaufstockung. Deshalb gibt es meiner Meinung nach gar nichts dagegen zu sagen, dass man diese sechs Stellen aufstockt.

**Stefan Nünlist:** Vielleicht darf ich als Nichtstadtratskandidat zwei, drei Worte dazu sagen. Zu 1961 kann ich nichts sagen, da ich erst am 16. Dezember 1961 auf die Welt gekommen bin, aber zum heutigen Zustand. Die Kantonspolizei hat in den letzten Jahren immer mehr Aufgaben übernommen oder übernehmen müssen und ihre Kommandoabteilung immer grösser machen sowie immer mehr Stabsbereiche in Solothurn selber zentralisieren müssen. Dadurch ist die Präsenz vor Ort im restlichen Kanton abgebaut worden. Wir haben heute pro Nacht in der Regel maximal drei Patrouillen, die unterwegs sind, eine Ost, eine West und eine im Schwarzbubenland. Es ist oft so, dass auch unsere Stadtpolizei, die von Solothurn aus dirigiert wird, nach Egerkingen an einen Einsatz gehen muss. Von daher finde ich das von Mark Haggenmüller vorgeschlagene Konzept absolut richtig. Ich finde, es ist richtig, dass wir „underpoliced“ sind, um ein ausländisches Wort zu brauchen. Wir haben zuwenig Polizei und zuwenig Sicherheit. Das ist nicht ein subjektives Empfindungsthema, sondern es ist wirklich so. Deshalb finde ich die Vorlage richtig. Der Kanton wird, auch wenn er sein Korps um 5 % erhöht, für die Stadt Olten nicht mehr Sicherheit produzieren können. Von daher finde ich es absolut richtig, dass wir eine Stadtpolizei haben. Nur so können wir Sicherheit für Olten und auch für die Region produzieren. Gerade wenn man von Fusionen oder Zusammengehen mit anderen Gemeinden spricht, finde ich dies äusserst wichtig. Das ist ein sehr starker Trumpf, den wir als Stadt haben. Iris, es gibt übrigens Fusspatrouillen der Kantonspolizei zwischen Klosterplatz, Rathskeller und dem Posten. Mindestens von Zeit zu Zeit sehe ich dies. Weshalb bin ich als ganz glühender und vehementer Verfechter einer starken Stadtpolizei und des Einsatzkonzepts von Mark Haggenmüller trotzdem noch einmal für zwei

Monate Bedenkfrist? Ich habe das Gefühl, es ist eine Sache enthalten, wo Herr Haggenmüller nicht konsequent ist. Wir haben vor ein paar Jahren die Lichtsignalanlagen eingeführt. Bis anhin hatten wir „dreieinhalb“ Verkehrsdienstmitarbeiter, die praktisch nur auf den Kreuzungen gewunken haben. Mit den Verkehrsampeln ist diese Arbeit weggefallen und wir haben die Sicherheitsassistenten nicht abgebaut, sondern ihnen andere, nicht polizeiliche Aufgaben gegeben. Jetzt nimmt Herr Haggenmüller in seinen Antrag noch einmal zwei Zivilangestellte. Dann kommen wir eigentlich auf 20 % dieses Korps, die nicht Polizeiaufgaben erfüllen. Ich weiss, dass er sich bei den anderen Direktionen bemüht hat, damit er entlastet wird und finde, dass man ihn hier etwas hat hängen lassen, vielleicht sogar innerhalb der Direktion. Vom Stadtrat erwarte ich eigentlich, dass man Vorschläge macht und versucht, die nicht polizeilichen Aufgaben innerhalb der Direktion, aber nicht bei der Polizei, oder durch andere Direktionen zu lösen. Ich finde es schade, wenn 20 % des Bestands des Korps Leute sind, die wir nicht einsetzen können. Das scheint mir das Problem zu sein und ich meine, wir haben das Problem erkannt, dass wir mehr Polizei brauchen. Das Konzept, wenn wir die Organigramme anschauen, die vier Säulen mit den Patrouillen, finde ich mit den Gruppen absolut richtig, aber die Stabsdienste sind mir noch zu aufgeblasen. Das kann man noch schlanker machen. Hier müssen die anderen Direktionen oder es muss innerhalb der Direktion die Lösung gebracht werden. Ich bin sicher, dass man innerhalb von zwei Monaten eine Lösung bringen kann. Dann werde ich mit voller Begeisterung nicht nur eintreten, sondern der Vorlage zustimmen.

**Stadträtin Silvia Forster:** Im Rahmen der Diskussion ist jetzt mehrmals „andere Direktionen“ gesagt, und namentlich die Baudirektion erwähnt worden. Ich denke hier an den Werkhof. Das Gemeindeparlament hat hier in der letzten Amtsperiode noch unter der Federführung von Martin Wey den Leistungskatalog des Werkhofes und auch den entsprechenden Personalbestand absegnet. Wir sind der Auffassung, dass der Leistungskatalog des Werkhofes, wie er heute definiert ist, so stimmt, die Bevölkerung von einer guten Entsorgung profitieren kann, es uns aber auch gelungen ist, die Sauberkeit in der Stadt Olten zu erhöhen und Dienstleistungen für die Bevölkerung von Olten zu erbringen, wenn es um die Quartiere oder das Schulfest usw. geht. Die Baudirektion wehrt sich nicht dagegen, Aufgaben, die auch bei der Polizei fremd sind, zu übernehmen. Das heisst aber, dass entweder in der Baudirektion das Personal entsprechend aufgestockt werden muss oder die bestehenden Leistungsfelder abgebaut bzw. neu definiert werden müssen. Der Stadtrat ist der Meinung gewesen, dass die Leistungsfelder, wie sie vom Werkhof definiert sind, so stimmen. Wenn man diese Aufgaben umschichten will, würde dies eine Stellenaufstockung in der Baudirektion, sprich Werkhof, bedeuten. Dies einfach noch zur Klärung der Situation.

**Rudolf Lutz:** Wir haben die Präsentation von Mark Haggenmüller mitbekommen, und sie hat mich persönlich sehr begeistert. Es kommt genau das herüber, was er will. Aber es kommt im Papier nicht so herüber und das fehlt mir. Wenn Ihr es noch fertig bringt, das von ihm Präsentierte, die dort definierten Ideen und Aufgaben, eins zu eins in dieses Papier zu verpacken, dass es so herüber kommt wie bei der Präsentation. Wir sprechen jetzt von sechs Stellen. Was passiert mit vier? Was passiert mit zwei? Wenn man dies in einem anderen Papier definieren kann und meiner Meinung nach kann man dies in zwei Monaten, hat diese Vorlage sicher eine Chance. Wir können ja nicht einfach generell sagen: Wir wollen dies nicht. Wir haben gesagt, dass wir mehr Sicherheit wollen. Dazu stehen wir. Wir haben auch gesagt, wir seien bereit, dafür mehr Kosten zu tragen. Aber es muss anders geschrieben sein, so dass wirklich das von uns Verlangte, das uns von Herrn Haggenmüller Präsentierte auch bei der Bevölkerung und im Parlament so herüber kommt. Noch etwas Kleines am Rand: Zu unserer Meinungsbildung, was wir über gewisse Leute denken oder was wir machen oder sagen, muss uns die SP nichts sagen. Wir können selber denken.

**Christian Wüthrich:** Ich pflichte Dir voll und ganz bei. Jetzt kommen wir langsam genau dorthin, wo wir an und für sich diese Punkte haben diskutieren wollen. Euren Werkhof haben wir prominent auseinander genommen. Wir wollten Analysen, Leistungen, Verrechnungssachen, übrigens von einem Mann geführt, den ich bei den Grünen extrem vermisse. Es ist Candidus Waldispühl. Er hat Strukturen gesehen und nicht einfach das Gefühl gehabt: Es ist ja wunderbar. Wir machen diese Sicherheit. Er hat gesagt, wo gewisse Punkte sind, die ihm

eben fehlen. Ihr habt viele kritische Punkte hinein gebracht. Diese werfen wir heute über Bord. Es geht nur um die Sicherheit. Das Timing stimmt. Gewisse Gegebenheiten stimmen in der nächsten Zeit. Mario hat es vorher betreffend Museumspersonal eigentlich deutlich gesagt. Wer kann schon dagegen sein? Tatsache ist, dass wir nicht dagegen sind. Ich möchte noch etwas zu Dieter Ulrich sagen. Mehr Einfluss auf die Stadtpolizei kannst Du vergessen. Parkuhren leeren durch zwei Beamte über Jahre haben wir vor acht Jahren schon diskutiert. Da hat sich nichts geändert. Es ist eine Tatsache. Du kannst nicht mehr machen. Irgend einmal stehst Du allein da und dann heisst es: Sei ruhig. In der Übergangszeit von zwei bis drei Jahren jemanden zu suchen, der Signale und Absperrgitter auf einen Anhänger lädt, das kann mir niemand erklären. Da muss man doch vielmehr wissen, wie diese Leute auf zwei bis drei Jahre kommen. Es sind strukturelle Probleme, die doch hier diskutiert werden müssen. Marcel habe ich auch noch etwas zu sagen. Du schaust uns an und fragst: Haben wir im März mehr Informationen? Du musst nach vorne schauen. Sie fragen, ob wir mehr Informationen haben, nicht wir. Wir fordern sie von ihnen. Du musst ihnen sagen: Ihr könnt Dinge beeinflussen, wie es Stadträtin Silvia Forster eben gesagt hat. Im Grunde genommen müssten wir über zwei, drei Werkhofmitarbeiter abstimmen, die neue Sachen machen. Dann stimmt die Struktur von Herrn Haggenmüller und wir können die Polizeibeamten bewilligen. Das heute Gemachte ist ganz anders. Da reitet man auf Sicherheit herum, auf Stellen, man winkt es durch. Das ist für gewisse Leute prominent. Nachher sagt man: Jetzt habt ihr zwei, drei Jahre Zeit, Leute zu suchen, die Signale bringen oder eine Kilbi organisieren. Das ist nicht seriös. Früher haben wir solche Geschäfte zurück gesendet und zwar klar, weil der Bericht und Antrag nicht sauber war. Was machen wir heute? Wir haben alle Angst vor den Wahlen, springen auf das Thema Sicherheit auf und verschaukeln uns selber. Im Sommer wird das neue Parlament genau dort anfangen, wo wir vor acht, neun Jahren begonnen haben, Strukturen zu machen. Ihr habt übrigens auch so jemanden gehabt: Daniel Schneider. Er hat auch dafür gekämpft. Ihm ist es nicht um die Sache gegangen, sondern zuerst einmal um die Struktur.

**Rolf Braun:** Ich möchte etwas zu den Relationen sagen. Wir diskutieren hier jetzt zum Teil auch, ob wir zwei, vier oder wieviele neue Stellen haben müssen. Ich glaube einfach, es ist entscheidend, dass wir das neue Führungskonzept mit den Gruppenstrukturen umsetzen können. Wir haben ein Blatt mit dem Mehrwert an Dienstleistungen erhalten. Hier sieht man, dass sich diverse Punkte quasi verdoppeln. Der Mehrwert ist extrem hoch. Er ist proportional gesehen extrem viel höher als es die sechs Stellen sind im Vergleich zum jetzigen Bestand des Korps. Das heisst, wenn wir jetzt hier eine bessere Struktur erreichen, können auch diejenigen Personen, die jetzt schon dem Korps angehören, effizienter eingesetzt werden, weil nämlich viele Doppelspurigkeiten eliminiert werden. Es hat nicht jeder Polizist drei oder vier verschiedene Vorgesetzte, sondern die Strukturen sind ganz klar und das bestehende Personal kann effektiv auch viel mehr dort eingesetzt werden, wo die Bevölkerung diesen Einsatz eben auch wünscht. Zur Diskussion wegen der Stellen, die man beim Werkhof anstatt bei der Polizei schaffen könnte: Das hat uns Herr Haggenmüller auch ganz klar erläutert, indem er gesagt hat: Man will ja die zwei Zivilangestellten befristet anstellen, genau aus dem Grund, dass wenn effektiv diverse Arbeiten der Polizei an einen anderen Ort ausgelagert werden können, man die befristeten Stellen aufheben und sie dann vielleicht nahtlos im Werkhof schaffen kann. Damit hätten wir die Aufgaben auch dorthin verlagert, wohin sie gehören.

**Dr. Max Pfenninger:** Ich bin schon lange in diesem Parlament. Wir haben hier schon x Mal über Stellenplafonierung geredet. Aber ich möchte dem Stadtrat einfach sagen, dass er seit Jahren oder besser Jahrzehnten ein „Gärtli-Denken“ hat. Jeder Stadtrat schaut für sich, sein Departement und seine Stellen. Vor rund 15 oder 20 Jahren ist zum Beispiel in einer Verwaltungsanalyse verlangt worden, dass departementsübergreifende Sekretariate geschaffen werden. Das ist in der untersten Schublade versunken, und niemand hat mehr davon gesprochen. Ich finde es einfach schade, dass im Stadtrat jeder für sein „Gärtli“ schaut und wenn es darum geht, Aufgaben zu verlagern oder umzuverteilen, jeder einmal abblockt. Diejenigen, die schon etwas länger dabei sind, wissen, dass wir hier einmal das Baudepartement aufgeblasen und Hochbau und Tiefbau geschaffen haben. Dort haben wir Stellen vermehrt. Nachher sind Hochbau und Tiefbau wieder zusammen geführt worden und meines Wissens sind die Stellen geblieben.

**Mario Clematide:** Christian Wüthrich, ich widerspreche Dir ungerne. Aber ich glaube, ich bin vier Jahre länger im Rat als Du. Deine Feststellung, man bringt in der Polizei nichts durch ist vergangenheitsorientiert und das stimmt. Die Stadtpolizei ist lange Zeit eine heilige freisinnige Kuh gewesen und durch Fraktions- und Stadtpräsidenten durch dick und dünn geschützt worden. Wir haben dazumal andere Kommandanten gehabt, das Malaise ist vorprogrammiert gewesen und hat sich dann gezeigt. Jetzt haben wir einen neuen Kommandanten und in meinen Augen einen guten Bericht. Zur SVP: Wenn man eine Sprache beherrschen will, hat man vier Kompetenzen. Zwei davon sind Hörverstehen und Leseverstehen. Ich als Fraktionsloser habe nichts gehört. Aber ich habe den Bericht gelesen und relativ viel verstanden. Für mich ist es ein guter Bericht und ich sage es noch einmal: Man sollte der neuen aufgestellten Stadtpolizei Olten und ihrem Kommandanten eine Chance geben.

**Thomas Marbet:** Sicherheit bedeutet Lebensqualität und das ist schon oft gesagt worden. Auch das Leitbild respektive der Mitwirkungsprozess 2020 ist erwähnt worden. Ich möchte daran erinnern, dass in diesem Leitbild steht: „Olten ist Vorbild bezüglich Sicherheit“. Das ist auch nötig, denn Olten ist nicht mehr so unbescholten, wie es an den Kabarett-Tagen ein Redner einmal vom Turm herunter geschrien hat. Olten ist attraktiv, hat eine gute Anbindung an den Verkehr, ist in unserem Land gut gelegen. Aber Olten ist eben auch Magnet für diejenigen Personen, die wir eigentlich gar nicht wollen. Stichwort: Diejenigen, die sich am Wochenende in diesem Städtli austoben oder die Händler, die mit Stoff keine Kleider schneiden können. Ich möchte Euch gerne einmal einladen, eine Nacht in meiner Wohnung zu verbringen. Das ist in der Altstadt, in der Innenstadt. Dort ist die gefühlte Sicherheit eben eine andere als vielleicht im Schöngrund, am Waldrand, im Kleinholz oder am Bahnhof. Für uns Einwohnerinnen und Einwohner ist es wichtig, dass wir überall Sicherheit haben. Sicherheit darf nicht eine Frage der Stadtseite, des Geschlechts oder des Ausgehverhaltens werden. Sicherheit ist etwas, das für alle gelten muss. Als Mitglied der Kommission Öffentliche Sicherheit haben wir natürlich diese Vorlage begleitet. Es ist nicht so, wie André Köstli gesagt hat, dass hier keine Arbeitsgruppe existiert hat. Die Arbeitsgruppe ist einerseits die Kommission gewesen, die das Geschäft mehrmals behandelt hat, andererseits auch der Stadtrat, der sich intensiv mit dieser Frage auseinander gesetzt hat, der Polizeikommandant mit dem Korps, der diese Fragen behandelt hat. Er hat auch Kontakt mit dem Kanton aufgenommen. Hier sind also breite Kreise involviert gewesen und man kann nicht sagen, dass dies einfach quasi intern entstanden ist. Urs Knapp, es ist auch nicht so, dass der Kommandant jetzt nicht Sofortmassnahmen eingeleitet hat. Er hat den Dienstplan von Anfang an optimiert, hat ihn nicht ganz neu gestalten können, aber optimiert. Er hat auch, was schon lange nicht mehr passiert ist, in diesem Korps einen Rapport gemacht, bei dem alle dabei gewesen sind, als er sein Amt angetreten hat. Diejenigen, die wegen des Dienstes nicht teilnehmen können, hat er dann noch einmal persönlich an einem zweiten Rapport informiert, um seine Ideen und Ziele wirklich transportieren zu können. Ich bin überzeugt, dass wir mit diesem Vorschlag zu mehr Sicherheit kommen, zumal die Patrouillen in der Stadt Olten die gefühlte Sicherheit wirklich verbessern und mit der Unterstützung im administrativen Bereich, mit den zwei zivilen Angestellten, macht er etwas, wo man ja heute immer sagt: Konzentration auf das Kerngeschäft. Er lagert etwas dorthin aus, das heute die Polizisten machen müssen. Das ist eigentlich nicht richtig. Ich möchte Euch bitten, die Vorlage zu unterstützen und damit mehr Sicherheit in Olten zu schaffen.

**Antonia Hagmann:** Ich kann das Votum von Thomas sehr unterstützen. Ich habe etwas Ähnliches sagen wollen. Aber teilweise komme ich mir hier wirklich vor, als ob wir nicht vom gleichen Papier reden würden. Herr Haggenmüller ist praktisch in jeder Fraktion gewesen. Ich habe wahrscheinlich teilweise etwas ganz Anderes verstanden als Ihr. Er hat doch ganz klar gesagt, dass das Gruppenstrukturmodell mit diesen 400 Stellenprozenten nur durchgeführt werden kann, wenn er dies hat. Dass man die 24 Stunden abdecken kann, hat er auch vorher schon gesagt und ganz klar, dass er Aufgaben umverteilen möchte und auch strukturelle Veränderungen vornehmen will mit Tafeln oder auch Schalterdiensten, dass er dies angehen will. Ich weiss gar nicht, was Ihr hier teilweise „stürmt“. Er ist ja an der Arbeit. Ich denke, die 400 Stellenprozente für die Polizei sind unbestritten. Alle reden von mehr Sicherheit für die Bevölkerung. Ich glaube, darüber müssen wir gar nicht diskutieren. Die 200

Stellenprozente sind ja befristet. Dann schauen wir einmal was geht und wie er dies auslagern oder auch mit anderen Direktionen schaffen kann. Ich denke, die Vorlage überzeugt, und weiss gar nicht, weshalb wir dies noch zwei Monate hinaus schieben müssen. Übrigens kann am Schluss ohnehin das Volk darüber abstimmen und sagen, ob es die Mehrsicherheit will oder nicht.

**Theo Schöni:** Christian Wüthrich, Du hast Dich an die Zeiten von Candidus Waldispühl zurück erinnert. Es stimmt: Wir haben immer wieder hoch gehalten und werden dies auch in Zukunft tun, was er vertreten hat. Wenn es darum geht, irgendwelche Leistungen gegen Geld abzuwägen, werden wir darauf schauen. Ich sehe einfach einen Leistungskatalog, den man mit einem Polizeireglement hat. Einen solchen Leistungskatalog hat nicht schnell eine andere Direktion in dieser Stadt, den sie erfüllen muss. Wenn man eine solche Struktur und ein Papier hat, wie es der Kommandant vorgestellt hat, und Visionen hat, kann man dem mit gutem Wissen zustimmen. Was man vielleicht gegenüber der Einheitspolizei bzw. Kantonspolizei sagen kann: Ich finde es gut, wenn die Stadt Olten ein klares Signal sendet, weil es klar ist, dass die Städte an ihren Polizeien festhalten. Das ist immer wieder zum Ausdruck gebracht worden. Es wird eine Struktur aufgebaut, die offen ist. Wer weiss: Vielleicht orientiert sich die Kantonspolizei einmal gerne an den Strukturen der Stadt Olten und lernt etwas daraus. Im Weiteren möchte ich diesen Vorsprung nützen, bevor die zahlreichen Polizisten des Kantons angeworben werden müssen, damit die Stadt an die besten Leute heran kommt, bevor der Kanton sie uns wegschnappt.

**Dr. Arnold Uebelhart:** Ich möchte nur noch etwas zu Christian sagen. Du wertest uns als diejenigen, die das einfach so durch winken. Ich gebe ja zu, dass ich vielleicht ein etwas einfacheres Gemüt habe, aber so wie ich im Papier gelesen habe, kann ich dem zustimmen. Ich stelle einfach fest, dass bei einem Einsatz oder wenn man in der Nacht jemanden haben muss, weil jemand randaliert, mir nicht Strukturen und Blätter zu Hilfe kommen, sondern Leute. Ich stelle einfach fest, dass die Rechte in Olten gar nicht mehr Sicherheit will. Sie will Papier, noch einmal Papier und gar keine Chance geben. Teilweise hat es so viele Wünsche an ein neues Papier gegeben. Herr Eng wollte zum Beispiel Polizeirichter, wenn Hunderte eingebuchtet werden. Das haben wir einfach nicht in der Schweiz. Ich möchte schon fordern, in den Voten ein wenig zu überlegen. Dann kann man einfach sagen: Ich bin nicht dafür, finde das schlecht, und es ist genug usw. Oder man will den Revolver oder das Gewehr zu Hause haben. Das ist okay. Aber ich finde, man sollte nicht so falsche Aussagen machen. Christian, du regst Dich auch auf. Du hast hier gesprochen. Ich habe mich auch damit befasst. Ein Wegweisungsartikel. Welche Struktur weist jemanden weg?

**Andreas Schibli:** Die sachlichen Argumente liegen auf dem Tisch. Ich möchte jetzt einfach beliebt machen, dass wir zur Abstimmung kommen. Viel Gescheites kommt nämlich gar nicht mehr heraus und irgendwelche persönlichen Affinitäten kann man beim Brötchen-essen lösen.

**Mario Clematide:** Ich möchte mich den Ausführungen von Arnold Uebelhart anschliessen. Praktisches Beispiel: „Führung zeigt sich an der Wirkung“. Morgen ist das Spiel EHC Olten – Langenthal. Ich möchte den Teufel nicht an die Wand malen. Beim ersten Spiel EHCO – Langenthal sind 5'000 und ein paar hundert Personen in der Eishalle gewesen und vor dem Stadion nach dem Match eine Gruppe von Stadtpolizisten in Vollmontur. Nach dem Match ist nichts passiert. Polizei an Ort und Stelle nach dem neuen Konzept von Herrn Haggenmüller.

## **Beschluss**

Einstimmig wird Eintreten beschlossen.

**Stadträtin Doris Rauber:** Ich danke allen Fraktionen für die gute Aufnahme und auch die spannenden, mehr oder weniger seriösen Ausführungen. Der Stadtrat bittet Euch, die Rückweisung abzulehnen, weil wir später überhaupt nicht gescheiter sind. Wir werden in zwei Monaten nicht mehr wissen. Zur Sicherheitsstruktur habe ich ja schon beim Eintreten erklärt, wie der Stand der Dinge ist, ebenfalls bei den Pensen der Kantonspolizei. Es ist auch von mehreren Rednerinnen und Rednern erläutert worden, was dies bedeutet. Auch dort werden

wir in zwei Monaten nicht mehr wissen. Zum 24-Stunden-Schalter, wo die SVP etwas in Frage gestellt hat, ob dies notwendig ist: Hier ist der Stadtrat ganz klar der Meinung, dass dies in Olten unsere Stärke ist, denn wir haben während 24 Stunden einen Schalter mit Menschen und nicht mit Notrufsäulen und auch nicht mit Papier besetzt. Es ist klar, dass in der Nacht manchmal nicht sehr viele Leute an den Schalter kommen. Aber das kann nicht das Kriterium sein, denn für diejenigen, die ein Anliegen haben, vielleicht auch eine Bedrohung oder irgend etwas, das sie beschäftigt, muss die Stadtpolizei da sein. Es sind nicht nur Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt, sondern auch der Region, die immer mehr den Schalterdienst in Anspruch nehmen. Noch etwas zu den Varianten: Wir halten es wie der Bundesrat mit der Personenfreizügigkeit. Im Moment gibt es keinen Plan B für eine zusätzliche Stelle oder zwei oder drei oder vier oder fünf oder zwanzig oder x etwas. Wir sind vom Konzept überzeugt. Das habt Ihr ja auch gesagt. Herr Haggenmüller hat Euch überzeugt. Wenn das Parlament dann anders entscheiden würde, ist klar, dass man wieder über die Bücher gehen müsste. Der jetzige Bericht und Antrag gibt für die Sicherheit unserer Bevölkerung über tausend Stunden mehr Leistungen pro Monat. Mir scheint, dies allein ist Grund genug, dem Beschlussesantrag zuzustimmen. Eine Rückweisung für zwei Monate bringt nicht. Das Einzige, das wir im März-Parlament wissen werden, sind die Resultate des ersten Wahlganges und sonst nichts.

**Parlamentspräsident Werner Good:** Wir kommen zur Abstimmung über den Rückweisungsantrag, der dahingehend lautet, dass bis zum 26. März eine neue Vorlage zu unterbreiten ist.

## **Beschluss**

Mit 28 : 12 Stimmen bei 1 Enthaltung wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

## Beschlussesanträge

1. Zustimmung mit 31 : 0 bei 10 Enthaltungen

### Zu 2.1.

**Roland Rudolf von Rohr:** Ich möchte einen Streichungsantrag stellen und ihn auch begründen. Punkt 2 ist ja in 2.1. und 2.2. aufgeteilt. Die Stellenprozente der polizeilichen Zivilangestellten kann man meiner Meinung nach streichen. Das würde den Stadtrat beauftragen, das Problem intern zu lösen. Verschiedene Votanten haben heute Abend gesagt, was departementsübergreifend alles möglich wäre oder vor allem auch die Strukturen bei der Polizei selber zu überdenken seien. So behindern wir die Vorlage eigentlich nicht, sondern fordern den Stadtrat auf, endlich einmal Kompensationen aufzuzeigen, etwas, das ich schon lange gefordert habe, fast bei jeder Stelle. Heute Abend bin ich lange ruhig gewesen. Es ist doch jetzt einer der Höhepunkte der Karriere, dass wir acht Stellen miteinander an einem Abend kompensieren. Ich glaube, dies ist es doch wert, noch einen Moment zuzuhören. Der Finanzplan ist erwähnt worden. Im Bericht ist eigentlich gar nichts gesagt worden. Zwei, drei Sachen möchte ich nachholen. Die 620'000 Franken des städtischen Personals, der Verwaltung, entsprechen 2,6 %. Ihr wisst, wie wir jeweils um Teuerungsausgleiche und Lohnerhöhungen ringen. Das sind einmal einfach 2,6 %, über die wir heute befinden. Das entspricht 620'000 Franken pro Jahr, in fünf Jahren 3 Millionen Franken. Das entspricht einer Erhöhung der Pro-Kopf-Verschuldung von 176 Franken gegenüber dem Finanzplan. Nur damit dies gesagt ist. Ich glaube, man kann heute wirklich mit gutem Gewissen Punkt 2.1. streichen, um so einmal ganz direkt den Stadtrat in die Pflicht zu nehmen, dass dies departementsübergreifend gelöst wird oder halt das Polizeidepartement diese Problematik selber löst. Es ist möglich. Ich bitte Euch, diesem Streichungsantrag Folge zu leisten.

## **Beschluss**

Mit 25 : 13 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird der Antrag auf Streichung von Punkt 2.1. abgelehnt.

2.2. Zustimmung mit 28 : 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen

3. Zustimmung mit 33 : 0 Stimmen bei 8 Enthaltungen

4. Zustimmung mit 28 : 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen

## **Gesamtbeschluss**

Mit 28 : 0 Stimmen bei 13 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Das Gemeindeparlament nimmt vom Bericht „Mehr Sicherheit in Olten durch zusätzliche Polizeipräsenz“/Personelle Erweiterung der Stadtpolizei Kenntnis.
2. Das Gemeindeparlament bewilligt eine personelle Erweiterung der Stadtpolizei
  - 2.1 200 Stellenprozente für polizeiliche Zivilangestellte, frühestens per 01.06.2009 und max. für drei Jahre befristet, max. Lohnklasse 5 inkl. Zulagen und Sozialleistungen.
  - 2.2 400 Stellenprozent für Polizei-Aspiranten/Aspirantinnen (Aspirantengehalt ein Jahr), per 01.09.2009 bzw. ausgebildete Polizeibeamtinnen/Beamte, frühestens per 01.08.2009 Lohnklasse 7 inkl. Zulagen und Sozialleistungen.
3. Die Direktion Öffentliche Sicherheit erstellt innerhalb der nächsten drei Jahre mind. einmal jährlich einen Bericht über die Reorganisationsmassnahmen und personellen Konsequenzen zu Händen des Stadtrates und der Geschäftsprüfungskommission.
4. Es werden folgende Nachtragskredite bewilligt:
  - 4.1 Ausbildung Konto 110.309.02 Total CHF 74'000.00.
  - 4.2 Unterkunft, Verpflegung, Reise, Konto 110.317.01 Total CHF 16'600.00.
  - 4.3 Ausrüstung Konto 110.306.01, Total CHF 28'000.00.
  - 4.4 Besoldung und Zulagen Konto 110.301.00 Total CHF 204'634.00.
  - 4.7 Sozialleistungen Konto 110.395.00 Total CHF 34'394.00.
  - 4.8 Arbeitsplatzeinrichtungen/Büromöbel Konto 090.311.01 CHF 16'000.00.
5. Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
6. Ziff. 2 dieser Beschlussesanträge untersteht dem obligatorischen Referendum.

Mitteilung an:  
Direktion Öffentliche Sicherheit/Herr Franco Giori (4)  
Finanzverwaltung  
Finanzkontrolle  
Leiterin Personaldienst/Frau Claudia Grütter  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 29/30

Prot.-Nr. 55

## **Interpellation Brigitte Kissling (SP) und Mitunterzeichnende betr. Bestand und Koordination von Schulräumen in der Stadt Olten/Beantwortung**

Am 27. März 2008 wurde von Brigitte Kissling (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlauf eingereicht:

### **„Bestand und Koordination von Schulräumen in der Stadt Olten**

Olten ist eine Bildungsstadt. Über alle Stufen hinaus sind gute Angebote vorhanden, sowohl staatlich als auch von privaten und institutionellen Anbietern. Dementsprechend sind in Olten übers ganze Stadtgebiet verteilt Schulräume und Schulbauten anzutreffen. Ohne geringsten Anspruch auf Vollständigkeit können genannt werden: Primarschulhäuser Säli, Bifang, Hübeli, Bannfeld; Oberstufenschulhäuser Säli, Frohheim, Hardwald; Heilpädagogisches Schulzentrum; Sekundarstufe II: Berufsbildungszentrum Bifang, Kantonsschule Hardwald, Gesundheitsberufe beim Spital; Tertiärstufe: FHS Riggensbachstrasse. Nicht staatlich: Migros-Klubschule, Volkshochschule, Feusi, Interlink etc.

Der Kanton wird in den nächsten Jahren weit über 100 Millionen Franken in Schulbauten investieren (Neubau Fachhochschule, Sanierung Kantonsschule). Auch die Stadt hat grosse Pläne (Sanierung Säli-Schulhaus, Evaluation Schulhaus Kleinholz/Südwest). Hinzu kommt die Oberstufenform, die systembedingt Anforderungen an den Schulraum stellt. Zudem vermag das Hübeli-Schulhaus heutigen Anforderungen nicht mehr zu genügen (Turnhalle, Pausenplatz; Einschränkungen, falls Parkhaus gebaut wird).

Die verschiedenen Projekte müssen zwingend aufeinander abgestimmt sein, um die hohen Mittel bestmöglich einzusetzen. Dies ist eine Selbstverständlichkeit im Umgang mit Steuergeldern. Dazu bedarf es aber einer kompletten Bestandaufnahme, die danach mit den Prognosen bezüglich Schüler-innen-Zahlen abzugleichen ist.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wo stehen in Olten Schulräume zur Verfügung; wie viele pro Standort, für welche Schüler-innen-Zahlen
2. Falls die vorhandenen Unterlagen nicht ausreichen: Ist der Stadtrat bereit, die entsprechende Erhebung durchzuführen und wenn ja; in welchem Zeitraum?
3. Wie stimmen Stadt und Kanton die Bedürfnisse gegenseitig ab, um Fehlinvestitionen zu vermeiden?
4. Ist ein Abtausch von Schulbauten zwischen Stadt und Kanton denkbar, beispielsweise mit dem Ziel, die neue Oberstufe gesetzeskonform unter einem Dach anzusiedeln?
5. Ist die Ansiedlung städtischer Klassen in kantonalen Schulbauten und umgekehrt denkbar? Ist dies bereits Gegenstand von Diskussion oder sogar schon in Planung?

6. Ist ein gemeinsames Vorgehen von Stadt und Kanton bei den kommenden Bauten vorgesehen? Welche Gemeinden sind daran interessiert, mit der Stadt Olten ein Oberstufenzentrum zu bilden? Welche Schulräume stehen dort zur Verfügung?
7. Ist Olten bereit eine aktive Rolle in der regionalen Schulraumplanung zu übernehmen, um im Interesse der Oltner Schüler eine möglichst optimale Lösung zu finden?“

- - - - -

**Stadtrat Dr. Martin Wey** beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt bewusst erst zu diesem Zeitpunkt, weil auf die aufgeworfenen Fragen der Ende Oktober 2008 fertig erstellte Grundlagenbericht zur Schulraumplanung Antwort gibt. Es erübrigt sich deshalb auf jede einzelne gestellte Frage einzugehen, weil auf diese im Bericht ausreichend und im Detail eingegangen wird.

Der Bericht ist eine Analyse der aktuellen Situation und zeigt auf, wo im Zusammenhang mit den anstehenden Reformen und Projekten im Bildungswesen Handlungsbedarf besteht. Dabei wird auch die gemäss Kanton prognostizierte Bevölkerungsentwicklung in der Stadt Olten bis zum Jahre 2020 berücksichtigt. Eine im Frühjahr 2008 eingesetzte Arbeitsgruppe aus Mitgliedern der Schulleitungen, der Schulkommission und der Stadtplanung hat sich unter der Leitung des Rektors eingehend mit dem zukünftigen Schulraumbedarf in der Stadt Olten auseinandergesetzt. Sie durfte dabei auf die wertvolle Unterstützung des Planungsbüros smt Solothurn zählen. Dieses Büro wurde vom Kanton auch für die Umsetzung der beschlossenen Sekundarschulreform eingesetzt, sodass die entsprechenden Vorgaben in den Bericht einfließen konnten.

Die Arbeitsgruppe hat auch Gespräche mit den kantonalen Schulen (Kantonsschule und Berufsschulen) geführt (Fragen 3 bis 6) und mögliche Szenarien diskutiert. Es muss dabei berücksichtigt werden, dass die Kantonsschule Hardwald in den kommenden Jahren selbst grössere Raumprobleme haben wird im Zusammenhang mit der etappenweisen Sanierung des jetzigen Schulgebäudes. Die Gemeinden Starrkirch/Wil und Boningen, welche seit Jahrzehnten eine Schulvereinbarung mit Olten abgeschlossen haben und Dulliken, das sich um ein Zusammengehen mit Olten bemüht, wurden ebenfalls miteinbezogen. Weitere Gemeinden wie Trimbach, Wangen etc. können in der 2. Phase, wenn anstehende Entscheide im Zusammenhang mit der Sek-I-Reform getroffen sind, ebenfalls noch einbezogen werden (Fragen 7 und 8). Hier gilt es auch auf die laufende Studie „Chancen und Risiken von Fusionen der Stadt Olten mit ihren Nachbargemeinden“ hinzuweisen, in deren Rahmen sich auch eine Arbeitsgruppe mit dem Thema Bildung befasst.

Der jetzt vorliegende Bericht wurde der Stadtentwicklungs- und der Schulkommission inkl. Musikschulkommission zur Kenntnis gebracht. Dem Stadtrat werden als Planungsgrundlage für die nächste Phase der Projektarbeit 5 Anträge gestellt, welche das Projekt Integration, die Basisstufe, die Klassengrössen, Bevölkerungsentwicklung gemäss Szenario „Trend“, Planungshorizont 2020, Realisierung des Projektes „Familienfreundliche Schule Olten“ und die Situation der Musikschule betreffen. Aus dem Bericht geht hervor, dass vor allem auf der westlichen Aarseite Gruppenräume für den Unterricht fehlen, und dass auch Bedarf für eine weitere Turnhalle besteht. Die heute verzzettelten Übungsräume der Musikschule sollen an einem zentralen Ort bei der heutigen Musikschule an der Leberngasse zusammengefasst werden.

Nachdem der Grundlagenbericht von den vorberatenden Kommissionen zur Kenntnis genommen wurde, wird dieser dem Stadtrat zur Beratung und Beschlussfassung über das weitere Vorgehen unterbreitet. Es wird darum gehen, bis im Sommer 2009 dem Stadtrat resp. dem Gemeindeparlament Lösungsmöglichkeiten und machbare Varianten vorzustellen. Die Mitglieder des Stadtrates, der GPK und der erwähnten Kommissionen wurden mit dem 49-seitigen Bericht und diversen Anhängen, Tabellen und Graphiken bedient. Bei weiterem

Bedarf hat die Direktion Bildung und Sport noch 2 Exemplare, die zur Einsicht abgegeben werden können.

- - - - -

**Brigitte Kissling:** Ich habe die Beantwortung der Interpellation und auch den Bericht gelesen. Ich danke dem zuständigen Stadtrat für die Beantwortung. Meine Fragen sind alle beantwortet worden. Jetzt kommt die Frage, ob sie zu meiner Zufriedenheit beantwortet worden sind. Hier kann ich dann schon nicht mehr gut ja sagen oder zum Teil zwiespältig. Ich habe es schade gefunden, dass der Bericht nicht an alle Parlamentsmitglieder gegangen ist, sondern man ihn eigentlich separat hat besorgen müssen. Vom Bau kommen die Berichte meistens alle gut dotiert ans Parlament. Es wäre eigentlich wünschenswert, dass man dies bei der Bildung auch so machen könnte. Ich möchte noch kurz etwas zur Analyse sagen. Die Sollwerte sind für mich nicht klar gewesen. Man hat einerseits die Quadratmeter Raum für die Klassenbestände angegeben und andererseits die Zimmer genommen. Für mich ist kein durchgängiges Konzept erkennbar geworden. Weiter hat mich bei der Analyse wirklich gestört, dass man eigentlich bereits in der Analyse eine Zäsur vorgenommen hat und dann schon richtungsweisende Lösungsvorschläge gemacht hat. Das gehört meiner Meinung nach nicht in eine Analyse, die neutral und die Grundlage ist, um nachher verschiedene Lösungen vorzuschlagen. Beim Raumbedarf für die Tagesstrukturen ist mir nicht klar, welche Informationen man hatte. Mir erscheint ein Raum für eine Tagesstruktur zu wenig, weil die Kinder ja auch Aufgaben machen müssen. Dann brauchen sie einen ruhigen Ort. Es sind andere Kinder in der Tagesstruktur, die keine Aufgaben machen müssen, und dann ist es ziemlich laut. Heute haben wir vorgängig der Sitzung von der Fusionsstudie gehört. Dort kommen für mich noch wichtige Punkte dazu, wo eben auch hier mit der Idee von Dulliken schon etwas vorweg genommen wird. Ich finde es schwierig, wenn eine solche Aussage gemacht wird, wenn man noch nicht genau weiss, wie diese Fusionsstudie verläuft und welche Gemeinden bei einer Fusion dann wirklich mit uns sind. Das ist ein zusätzlicher Aspekt, der heute dazu gekommen ist und mir nicht ganz einfach erscheint. Ich möchte nicht mehr dazu sagen, sondern denke, dass es aus dieser Interpellation eine überfraktionelle Arbeitsgruppe unter uns geben wird, wo wir uns überlegen, was wir vom Parlament gerne haben möchten. Es wird dann den jeweiligen Fraktionsmitgliedern durch die Gruppenvertreter vorgestellt.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Es ist ja schon fast ein Jahr her, seit Brigitte Kissling diesen Vorstoss eingereicht hat. Ich denke, in der Zwischenzeit hat sich das Eine oder Andere an Rahmenbedingungen bewegt oder verändert. Ich möchte nicht zu Deinem Vorwurf, aber Deiner Fragestellung, weshalb der Bericht nicht verteilt worden ist, sagen, dass es sich ja nicht um einen Bericht und Antrag, wo ein Beschluss gefasst wird, handelt, sondern eine Interpellation. Dass die ganze Schulraumplanung auch gestützt auf die Sekundarstufenreform, die im Gang ist, gemacht werden muss und auch gestützt auf all die Bewegungen, die wir haben, wie die Frage, wohin der P-Standort jetzt kommt, wo es ihn gibt und ob es auch im Niederamt oder Gäu irgendwelche Standorte gibt. Was passiert zum Beispiel in der Kanti? Wieviele Klassen werden dort noch geführt? Können wir heute schon Antwort geben, ob dort oben Raum frei wird. Je nachdem wie der P-Standort gewählt wird, haben wir in der Stadt Olten selber, auch mit kantonalen Infrastrukturen, heute noch nicht Klarheit. Dies vielleicht als allgemeine Bemerkung. Zum Bericht selber ist von der Direktion vorgesehen und auch über den Stadtrat in Auftrag gegeben worden, dass wir eine solche Analyse machen, eine Art Grundlagenbericht, was überhaupt vorhanden ist und welches die Vorlagen des Kantons sind, wie es umgesetzt werden muss und wie die Raumbedürfnisse sind. Wir haben das Glück, ein Büro gewählt zu haben, das den Kanton in dieser Sache berät, auch bei anderen kantonalen Projekten, wo es darum geht, auch Schulraumplanungen zu machen. Damit sind wir eigentlich an der Quelle und an den neuesten Informationen, müssen aber heute feststellen, dass noch nicht alle vorhanden sind, die wir benötigen, um die entscheidenden Fragen zu beantworten. Hier eine Antwort auf Deine Frage, ob es schon entschieden ist. Dies sicher nicht. Das ist eine Situation, die wir heutzutage haben, wo wir schliesslich von einer Annahme ausgehen, von Prämissen, wo aber noch Klarstellungen

über den Kanton erfolgen müssen. Von der Information her ist es uns wichtig gewesen, dass die vorberatenden Kommissionen wie die Schulkommission und die Stadtentwicklungskommission das Papier rechtzeitig erhalten. Sie haben sich damit auseinandersetzen können. Eine allzu tiefe Diskussion ist nicht möglich gewesen, aber erste Rückmeldungen. Der Stadtrat hat am letzten Montag das Papier zum ersten Mal eingehend geprüft und diskutiert. Er hat es sich auch vorstellen lassen und beschlossen, dass wir das Parlament unbedingt umfassend über den Bericht informieren müssen und zwar nicht nur das Papier abgeben, sondern auch die Erklärungen dazu. Ich denke, das Papier, das Du und andere auch offenbar haben beschaffen können, die dann zu diesem Geschäft sprechen werden, braucht auch noch Erklärungen des Büros, von dem es ausgearbeitet worden war. Für mich ist nicht erstaunlich, aber interessant, dass die Sekundarstufenreform mit der Einführung einer Basisstufe und der Integration räumliche Bedürfnisse schafft und zwar so, wie wir es eigentlich nicht gewusst haben, als wir über diese Vorlage abgestimmt haben. Die infrastrukturellen Folgekosten oder auch die ganzen Folgebearbeitungen kommen jetzt auf uns zu und nicht nur auf die Stadt Olten, sondern auch auf andere Gemeinden. Ich denke, von daher sind der Analysenbericht und auch die Erfordernisse, die im Zusammenhang mit der Schulreform eingehalten werden müssen, sicher wichtig, um auf dem weiteren Weg vorwärts zu schreiten. Für mich ist der Grundlagenbericht wirklich ein Grundlagenbericht, den wir hier im Parlament am 26. März – ich bin froh, dass wir dort die Informationsveranstaltung durchführen können – vorstellen werden, aber auch Eure Erwartungen und Fragen dort eingehend werden beantworten können. Es würde wahrscheinlich den Rahmen dieser Interpellation jetzt sprengen. Auch die Tagesstrukturen sind angedacht. Man ist von einem solchen Raumbedarf ausgegangen. Aber ich denke, es wird auch die Aufgabe sein, in einer Phase 2, die dann ausgelöst wird, das ganze Konzept und die ganzen Planungen noch zu verfeinern. Zusammengefasst: Wir haben Euch nichts vorenthalten, sondern in den Gremien stufengerecht vorberaten. Am 26. März wird das Parlament über die Schulraumplanung orientiert.

**Andreas Schibli, FdP-Fraktion:** Der erste Abschnitt der Beantwortung der Interpellation hätte eigentlich gereicht. Dazu hätte man aber uns Gemeindepärlamentariern den erwähnten Bericht zur Schulraumplanung abgeben müssen. So wie jetzt die Fragen vom Stadtrat beantwortet worden sind, herrscht selektives Wissen vor. In der Antwort des Stadtrates steht im letzten Abschnitt, dass der Stadtrat, die GPK und die erwähnten Kommissionen diesen Bericht und demzufolge die Antworten auf die Interpellation kennen. Nach Rücksprache mit meiner Fraktion, mit den GPK-Mitgliedern meiner Fraktion, ist dies eigentlich nicht der Fall. Das heisst, die GPK hat scheinbar den Bericht gar nicht erhalten. In diesem Falle stimmt nicht, was in der Antwort des Stadtrates steht. Von uns aus gesehen sind konkrete Fragen gestellt worden. Die konkreten Antworten dazu fehlen aber eigentlich. Ich möchte jetzt trotzdem noch auf die eine oder andere Antwort des Stadtrates eingehen. Gemäss seiner Antwort zur Abstimmung Kanton – Stadt der Schulbauten sind konkrete Fragen gestellt worden. Das sind die Fragen 3 bis 6. Der Antwort des Stadtrates ist zu entnehmen, dass die Szenarien zwar diskutiert worden sind. Wie sie aber genau aussehen, wissen wir auch nicht, ausser vielleicht diejenigen, die den Bericht gelesen haben. Zu Frage 8: Ob die Stadt Olten eine aktive Rolle in der regionalen Schulraumplanung übernimmt, ist überhaupt nicht beantwortet. Diesbezüglich fordern wir den Stadtrat auf, in dieser Frage den Lead zu übernehmen. Wir nehmen an, dass der Stadtrat dazu bereit ist. Die Fragen der Interpellation sind nicht vollumfänglich beantwortet. Bei mir herrscht eine innerliche Unzufriedenheit, wenn man jetzt über einen Bericht diskutiert, den nicht alle kennen. Mit der Abgabe dieses Berichts zur Schulraumplanung wäre dies sicher der Fall gewesen. Deshalb sind wir eigentlich von den Antworten zu dieser Interpellation nicht befriedigt.

**Felix Wettstein, Fraktion GO/JA:** Wir sind froh, dass wir heute Abend vom Ratsvorsitzenden angekündigt erhalten haben, dass es an der nächsten Gemeinderats-sitzung vorgängig eine Orientierung zu diesem Thema geben soll. Das ist jetzt gerade noch rechtzeitig bekannt gegeben worden. Besser spät als nie. Ich blase sonst ins gleiche Horn sowohl wie die Interpellantin als auch wie mein Vorredner. Auch wir haben in der Fraktion feststellen müssen, dass wir mit den Antworten des Stadtrates nicht so richtig warm werden können. Wir können sie nicht einordnen, eben, weil die meisten von uns nicht einer dieser Kommissionen angehören, die den Bericht erhalten haben. Deshalb hätten wir schon

erwartet, dass die Fragen von Brigitte Kissling wenigstens einzeln beantwortet würden, soweit sie sich aus dem Gehalt dieses Grundlagenberichts schon beantworten lassen und nicht einfach pauschal auf einen Bericht, den wir nicht kennen, verwiesen wird. Wir hätten es auch geschätzt, dass, wenn es schon berechtigt ist zu sagen, es sei in diesem Fall nicht nötig, weil es eine Grundlagenarbeit ist und es sich nur um eine Interpellation und nicht eine Beschlussvorlage handelt, man nicht allen den ganzen Bericht abgibt, okay, aber wir hätten doch erwartet, dass beispielsweise eine Zusammenfassung der Schlussfolgerungen mitgeliefert würde. Zum Inhaltlichen: Uns hat auch genau die Frage der Tagesbetreuung beschäftigt. Wir sind der Meinung, dass man hier eben nicht nur Raumquanten definieren, sondern auch Aussagen über die Qualität der Räume, die Raumausstattung und Ansprüche machen muss. Dann zur Frage des Gemeinde Übergreifenden: Brigitte Kissling hat es vorher noch als offene Frage definiert, auch nach der heutigen Orientierung vor der Sitzung. Für uns ist es eigentlich eine klare Antwort. Der Stadtrat ist vor einer Woche mit dem Jahresprogramm 2009 an die Medien gelangt und hat gesagt: Jetzt werden die Fusionsverhandlungen dann auch angegangen. Das heisst, es ist unabdingbar, dass wir diese Fragen mit Trimbach in einer ersten Phase anschauen müssen.

**Armand Weissen, CVP/EVP-Fraktion:** Mit der Interpellation über die Schulraumplanung hätten wir eigentlich bereits im Dezember unsere Meinung abgeben sollen. Glücklicherweise hat man dieses Traktandum damals verschoben. Wenn ich sehe, dass ich den Bericht vor wenigen Tagen zum ersten Mal in die Hände gehabt habe, ist das für mich doch ein etwas seltsames Zeichen. Die CVP/EVP-Fraktion hat die Antwort zur Kenntnisnahme genommen und feststellen müssen, dass der Bericht selbstverständlich sehr zu würdigen ist. Wenn man den Bericht durchliest, hat man ein ganz schlechtes und teilweise ungutes Gefühl. Zuviele Punkte sind unklar, was jedes Mal heisst, man kennt die Eckpunkte noch nicht, die Pfeiler des Kantons sind noch nicht klar. Es müssen Entscheidungen getroffen werden, wo neue Schulregionen gebildet werden und wie die Fusionen mit den Gemeinden zukünftig geplant sind. Das Grundlagenpapier gibt einen guten und aktuellen Stand der Schulräumlichkeiten der Stadt Olten bekannt. Ob man jedoch gerade überall mit den gleichen Raumgrössen für die Zukunft rechnen kann und nur der Raum zählt und nicht unbedingt die Quadratmeter oder auch der Zustand, ist für mich persönlich fraglich. Fragen über Fragen, die auf uns zugekommen sind, die dann mit einem vagen Szenario von Boom, Trend und Stagnation bezeichnet werden. Wir wollen die Arbeit dieser Gruppe nicht schmälern und darauf hinweisen, wie schwierig es ist, wenn man viele Sachen nicht weiss. Vor allem haben wir heute Abend sehr kurzfristig erfahren und schätzen es sehr, dass der Stadtrat uns dies in der März-Sitzung näher bringen möchte. Aus dieser offiziellen Information erwarten wir vor allem Visionen und nicht etwas, wo man im Grundlagenbericht vielleicht schon sagt: Das könnten oder möchten wir machen. Dies schränkt ein. Aus diesem Grunde habe ich mich persönlich bereit erklärt – ich spreche vielleicht nicht für die Fraktion, weil wir dies noch nicht miteinander abgestimmt haben – auch im Gremium der überparteilichen Kommission mitzumachen.

**Heinz Eng:** Ich gehöre der Arbeitsgruppe Schulraumplanung an und möchte doch zur Ehrrettung noch Folgendes sagen: Das Ganze kommt jetzt erst zum Laufen und das ist ein Bericht gewesen. Die Arbeitsgruppe hat einen klaren Auftrag gehabt. Wenn man den Schulraumplanungsbericht anschaut, schliesst er mit den Anträgen an den Stadtrat. Ich glaube, es ist jetzt sicher nicht das Gremium, das wegen eines Quadratmeters mehr oder weniger oder zwei Stühlen hinauf oder herunter diskutiert, sondern das ist operativ, nämlich der Stadtrat. Er wird dann au fur et à mesure orientieren. Dann wird die Phase, wie es weiter geht, ausgelöst. Von daher kann man im Moment gar nicht mehr sagen. Die Information wird im März stattfinden, und wir harren der Dinge, die da kommen. Das Parlament wird zu allem Stellung nehmen können.

Mitteilung an:  
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 29/36, 45/10

Prot.-Nr. 56

## **Interpellation Lukas Derendinger (SP) und Mitunterzeichnende betr. neues Schulmobiliar und allgemeine Renovation Sälischulhaus/Beantwortung**

Am 27. März 2008 wurde von Lukas Derendinger (SP-Fraktion) und Mitunterzeichnende eine Interpellation mit folgendem Wortlaut eingereicht:

### **„Neues Schulmobiliar und allgemeine Renovationen Sälischulhaus**

Im Sälischulhaus werden in den nächsten Jahren bekannterweise verschiedene Investitionen nötig sein. Unter anderem versucht die Lehrerschaft schon seit einiger Zeit, Geld zu erhalten für den Ersatz des Schulmobiars, welches wegen Materialermüdung bereits unter dem Gewicht der Primarschüler zusammenbricht. Sie wurde aber bis jetzt immer wieder damit vertröstet, dass alle Schulhäuser mal an die Reihe kommen würden.

Wir bitten deshalb den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann ist die nächste Erneuerung des Schulmobiars im Säli vorgesehen?
2. Wird diese Erneuerung streng periodisch vorgenommen oder gibt es Kriterien, die definieren wann es Zeit ist, das doch intensiv benutzte Mobiliar zu ersetzen?
3. Wer hat die Kompetenz bei der Schuldirektion neues Mobiliar zu bestellen? Und wer ist innerhalb der Direktion zuständig für diese Begehren?
4. Gibt es Fälle, welche höhere Priorität haben? Und wenn ja, weshalb?
5. Wie müssen Lehrer vorgehen, wenn sie neues Mobiliar benötigen?“

- - - - -

**Stadtrat Dr. Martin Wey** beantwortet im Namen des Stadtrates die Interpellation wie folgt:

Nachdem in den neunziger Jahren aus Spargründen jeweils nur das Allernötigste ersetzt werden konnte, wird seit dem Jahre 2001 alljährlich für den Ersatz von Schulmobiliar im Investitionsplan ein Kredit von Fr. 100'000.— aufgenommen. Für ein Klassenzimmer muss mit Kosten von Fr. 25'000.— bis 30'000.— gerechnet werden, so dass pro Jahr 3 bis 4 Schulzimmer neu möbliert werden können. Die alten noch brauchbaren Möbel werden zum Austausch von defektem Material und für die Ausrüstung von Gruppenräumen und Pausenecken verwendet. In den letzten Jahren konnte die Oberschule Säli, das Bannfeld- und das Hübeli-Schulhaus neu ausgerüstet werden. Zur Zeit ist das Bifangschulhaus an der Reihe und anschliessend folgt die Primarschule Säli. Die Stadt Olten hat rund 110 Klassenzimmer. Die durchschnittliche Verwendungsdauer des Schulmobiars wird erfahrungsgemäss bei rund 25 Jahren veranschlagt.

Mit dem in Absprache mit der Baudirektion beschlossenen Vorgehen, können in einem Zeitraum von 25 bis 30 Jahren alle Klassenzimmer mit neuem Schulmobiliar ausgerüstet werden. Defektes Material und Tische resp. Stühle, welche nicht mehr in der Höhe verstellbar sind oder repariert werden können, werden jeweils durch den Hauswart ausgewechselt. Es muss bedacht werden, dass neben dem Mobiliar in den Klassenzimmern auch weitere Schulmöbel ersetzt werden müssen (Lehrerzimmer, Konferenzräume, Spezialzimmer, Kindergärten etc.). Dies geschieht anhand einer Prioritätenliste nach den Eingaben der Hauswarte durch die Baudirektion und in Absprache mit der Schuldirektion.

Die einzelnen Fragen können ergänzend wie folgt beantwortet werden:

- 1.) Gemäss dem gewählten Vorgehen wird das Schulmobiliar an der Primarschule Säli ab dem Jahre 2011 ersetzt. Dieser Termin ist auch im Zusammenhang mit der anstehenden Sanierung der drei Schultrakte im Schulhaus Säli zu sehen.
- 2.) Das Vorgehen ist einleitend beschrieben. Es ist nicht vorgesehen, von diesem bewährten Vorgehen abzuweichen.
- 3.) Die Eingaben erfolgen durch den Hauswart in Zusammenarbeit mit den Schulleitungen im Rahmen des Baubudgets. Die Baudirektion legt gemeinsam mit der Schuldirektion die Prioritätenliste fest, wobei auch der Ersatz von anderem Mobiliar (Lehrerzimmer, Spezialräume etc.) in die Überlegungen miteinbezogen wird. Die Abwicklung (Bestellung etc.) erfolgt über die Baudirektion, damit auch allfällige bauliche Sanierungen (Kästen, Anschlagbretter, Wandtafeln etc.) in die Überlegungen miteinbezogen werden können.
- 4.) Sollte der Unterricht in einem Klassenzimmer nicht mehr zeitgemäss erfolgen können, drängt sich eine umgehende Auswechslung des Schulmobiiliars auf. Die Baudirektion macht in der Regel mit der Schuldirektion resp. den Schulleitungen eine Begehung, damit dringende Sanierungen auf Grund einer Mängelliste vorgenommen werden können.

Die Lehrkräfte besprechen den Bedarf mit der Schulleitung, damit dieser im Budgetplan aufgenommen werden kann.

- - - - -

**Lukas Derendinger:** Zuerst vielen Dank an den Stadtrat für die Beantwortung meiner Fragen zum Thema Schulmobiliar im Sälischulhaus. Grundsätzlich bin ich schon einmal sehr zufrieden, dass man quasi über die Sparübungen der Neunziger Jahre hinweg gekommen ist und beginnt, die Klassenzimmer konstant umzubauen oder neu zu möblieren, falls es wirklich nötig ist. Bei der Beantwortung habe ich etwas Mühe damit, dass man einerseits bei der Antwort zu Frage 1 meint, das Sälischulhaus werde 2011 an die Reihe kommen, die Lehrer aber, falls sie wirklich Mobiliar benötigen, an die Schulleitungen gelangen sollen. So wie ich es von Leuten aus dem Sälischulhaus gehört habe, ist eben genau dies passiert. Die Lehrer hatten sich gemeldet, sie hätten Schulmobiliar nötig, weil eben zum Teil Stühle aus Ermüdungsgründen quasi zusammen gebrochen waren. Man hat sie immer wieder getröstet. Deshalb bleibt die Frage im Raum: Wird jetzt 2011 nach Schema F, alle 25 Jahre, das Mobiliar ersetzt oder kann man wirklich im Falle, dass Handlungsbedarf besteht, seitens der Schulen den Antrag stellen, das Mobiliar auch schon früher zu erhalten? Dies geht als Frage an den Stadtrat.

**Stadtrat Dr. Martin Wey:** Danke für die Fragen. Ich glaube, es sind primär doch auch Fragen, die das operative Geschäft betreffen. Aber es ist richtig, dass man im Parlament Auskunft erhält, wie die Abläufe sind. Man hat festgelegt, wie die Sanierungen laufen, dass nicht quasi in jedem Schulhaus jedes Jahr irgend etwas Kleines gemacht wird, sondern man dort Schwerpunkte setzt und dies in einen Rhythmus bringt. Das hat sich auch bewährt und es besteht eine gewisse Verlässlichkeit. Es ist ganz klar, wenn irgendwo eine Tafel von der

Wand fällt und man tatsächlich rasch reagieren muss, wird reagiert. Hier ist die Baudirektion sehr flexibel und wird im Gespräch mit der Schuldirektion auch immer die entsprechenden Notmassnahmen treffen. Aber wichtig ist und das gibt auch eine Verlässlichkeit für die anderen Schulhäuser, dass es einen Turnus gibt und man die Renovationen schwerpunktmässig machen kann. Es ist nicht sture Handhabung. Eine gewisse Flexibilität ist vorhanden. Aber es gibt auch eine Ordnung, die im operativen Geschäft durchaus ihre Bewährung gehabt hat.

**Mario Clematide:** Als ich den Titel gelesen hatte, habe ich es auf die Seite gelegt und habe sagen müssen: Armes Parlament, wenn es solche Probleme zu lösen hat. Das ist wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Das sind geleitete Schulen. Ich bin überzeugt, dass es dann genau so läuft, wie es Martin Wey sagt. Es wird vor Ort entschieden, was im nächsten Jahr gebraucht wird, entsprechend Kredit verlangt und im Rahmen dieses Kredites umgesetzt. Punkt. Die Details kommen nachher in der Rechnung und im erläuternden Bericht.

**Andreas Schibli:** Von mir aus gesehen hätte man nach dem Votum von Mario Clematide das „Problem“ auch bilateral mit einem Telefon lösen können.

Mitteilung an:  
Direktion Bildung und Sport/Herr Ueli Kleiner  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 35/6

Prot.-Nr. 57

## **Postulat Ruedi Moor (SP) und Mitunterzeichnende betr. Fussweg östliches Aareufer Richtung Aarburg/Beantwortung**

Am 22. Juni 2008 wurde im Gemeindeparlament von Ruedi Moor und Mitunterzeichnende der SP-Fraktion ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Fussweg östliches Aareufer Richtung Aarburg

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, ob im Rahmen des Baues einer Aarebrücke für die ERO ein durchgehender Fuss- und eventuell Veloweg entlang der Aare von der Gäubahnbrücke bis zur Kantonsgrenze erstellt werden kann. Bei positiver Beurteilung soll mit der Gemeinde Aarburg abgeklärt werden, ob die Lücke auf dem Gemeindegebiet von Aarburg geschlossen werden kann.

### Begründungen

1. Bereits heute besteht ein etwa 100 m langer Weg von der Kantonsgrenze Richtung Stadt. Dieser endet aber als Sackgasse.
2. Es besteht ein teilweise angenehmer Fussgänger- und Veloweg auf der Westseite der Aare. Für Fussgänger, die nicht das Höfli Boningen zum Ziel haben, ist dieser Weg aber ein grosser Umweg.
3. Das Trottoir entlang der Hauptstrasse ist für Fussgänger wegen dem grossen Verkehrsaufkommen äusserst unattraktiv. Diese Situation wird sich mit dem Bau der ERO noch verschärfen.
4. Die Aare ist auf diesem Abschnitt mit der Insel und dem «Franzos» äusserst reizvoll. Ein Fussweg auf diesem Abschnitt wäre eine deutliche Aufwertung des Naherholungsgebietes unserer Stadt.
5. Eine attraktive Fussweg- und Veloverbindung kann dazu beitragen, den motorisierten Verkehr auf dieser überlasteten Achse zu reduzieren.»

- - - - -

**Stadträtin Silvia Forster** beantwortet im Namen des Stadtrates den Vorstoss wie folgt:

Die Realisierung eines durchgehenden Fussweges auf dem östlichen Aareufer von der Gäubahnbrücke in Richtung Aarburg ist ein langjähriges Anliegen des Stadtrates. So wurden denn auch vor ca. 15 Jahren verschiedene Projektstudien für einen durchgehenden Fussweg erarbeitet. In Zusammenarbeit mit den kantonalen Instanzen wurde im Jahre 2001 ein Nutzungskonzept erarbeitet. Im Bericht des Büro Hesse & Schwarze & Partner (Mai 2001) wird der durchgehende Fussweg entlang des östlichen Aareufers ebenfalls postuliert. In diesem Zusammenhang ist auch zu erwähnen, dass der von den Postulantinnen und Postulanten erwähnte ca. 100 m lange Weg von der Kantonsgrenze Richtung Stadt Olten im Rahmen des Gestaltungsplanes Aarburgerstrasse 176 (Gebr. Meier) rechtlich gesichert wurde.

Für die Realisierung eines durchgehenden Fussweges entlang dem östlichen Aareufer bedarf es einerseits Landabtretungen und andererseits Konstruktionen an Gebäuden, welche direkt an das Aareufer grenzen (z.B. Konsolenlösung). Verschiedene Verhandlungen mit den betroffenen Grundeigentümern sind damals gescheitert, da diese aus Gründen der zu erwartenden Immissionen nicht einverstanden waren. Der Stadtrat bzw. die Baudirektion wird nun erneut mit den betroffenen Grundeigentümern Verhandlungen aufnehmen und alles daran setzen, zusammen mit diesen ein erfolgsversprechendes Projekt zu erarbeiten und zu realisieren.

Der Stadtrat empfiehlt dem Gemeindeparlament das Postulat zu überweisen.

- - - - -

**Dr. Rudolf Moor:** Ich hoffe, hier nimmt man nicht an, dass ich es auch gleich mit einem Telefon hätte erledigen können. Zuerst möchte ich dem Stadtrat dafür danken, dass das Anliegen gut aufgenommen worden ist und er auch gedenkt, die Anliegen des Postulats umzusetzen. Ich muss sagen, dass ich überrascht gewesen bin, dass dies im Oltner Tagblatt erwähnt worden ist. Zuerst habe ich nur das Bild betrachtet und gedacht, es sei Zufall, dass es genau dort aufgenommen worden ist, wo ich eigentlich gedacht habe, es müsse einen Fussweg geben, bis ich etwas weiter gelesen habe. Ich finde nach wie vor, dieser Fussweg wäre ein gutes weiteres Element zur Attraktivierung unserer Stadt und Verbesserung der Lebensqualität. Ich denke, es wäre schön, wenn man dort der Aare entlang wandern könnte. Der Text „der Aare entlang“ ist ja schon bekannt geworden. Ich glaube, mit dem Bau der ERO wäre der Zeitpunkt jetzt gut, um dies wirklich umzusetzen. Es ist auch klar, dass die Fortsetzung auf Aarburger Boden schon aus topologischen, aber wahrscheinlich auch politischen Gründen eine nicht so einfache Sache sein dürfte, weil offenbar das Land nicht bis zur Aare der Gemeinde gehört, sondern Privatbesitz ist. Trotzdem wäre ich aber dem Stadtrat dankbar, wenn er mit der Gemeinde Aarburg Kontakt aufnehmen und seinen Einfluss geltend machen würde. Der Fussweg hat gegenüber dem Weg im Ruttigen auch ein paar Vorteile, weil jener im Ruttigen doch etwas weit von der Aare entfernt ist. Er ist ja dort ziemlich hoch oben. Es wäre natürlich schön, wenn man hier etwas näher an der Aare sein könnte. Auch ist diese Seite viel besser erschlossen. Auf der anderen Seite hat es eigentlich nur ein Altersheim, einen Bauernhof und jetzt nicht einmal mehr eine Beiz, wo man etwas trinken gehen kann. Auf der anderen Seite ist die Beizensituation doch deutlich besser. Es hätte auch Bushaltestellen. Deshalb möchte ich beantragen, wie es der Stadtrat vorgeschlagen hat, das Postulat zu überweisen, aber natürlich noch nicht abzuschreiben.

**Christian Wüthrich:** Es ist natürlich schon so, wie es Ruedi Moor sagt. Es wäre sehr attraktiv. Ich habe es angeschaut, muss aber feststellen, dass die Platzverhältnisse zum Teil eklatant sind. Bei den Gebrüdern Meier vorne frage ich mich dann schon, wo die Idylle des „Franzosen“ ist. Wenn Du sie mit Ohrenpfropfen anschaust, gebe ich Dir recht: Das „Inseli“ und der „Franzose“ sehen gut aus. Aber die Strasse mit Lärmbelästigung ist natürlich drei, maximal vier Meter entfernt. Ich weiss nicht, wo man dort eine Strasse machen will. Aarburg hat bei gewissen Abschnitten bei den Häusern hinten, vor allem bei den Neubauten Richtung Waage, Stadt, schöne Wege. Aber es wird eng Richtung Gasleitung. Dort hat es Privateigentum, Häuser. Hinter Gebrüder Meier hat es ein paar Häuser, die ein Weglein haben. Nachher fängt schon wieder das Gebäude an. Ich denke, die Idee wäre schön. Aber ich sehe den Aufwand. Ich werde es auch klar überweisen. Aber ich denke nicht, dass dies kommen wird. Es ist wahrscheinlich einfach fast nicht machbar. Schöner wäre, wenn man sich auf den Übergang Richtung Galgen dem Wald entlang konzentrieren würde. Dort könnte man dies nämlich auch erschliessen. Es hätte Platz und gewisse Wege wären schon vorhanden. Es würde sich einfach die Frage stellen, wie man über das Bahngleis in den Wald hinein wechselt. Aber dort käme man relativ rasch Richtung Brücke, die zum Friedhof Aarburg führt. Dort hätte man die Platzverhältnisse und Strassen. Ich weiss, dass es nicht entlang der Aare wäre. Aber dort hätte man nachher eine Möglichkeit, von der Hauptverkehrsachse weg zu kommen.

**Theo Schöni:** Wir sind ja gewiss nicht eine Gruppierung, die sich gegen solche Anliegen wehrt. Aber hier haben wir uns wirklich auch fragen müssen, ob ein Telefon nicht auch genügt hätte, insbesondere von der Beantwortung her, weil 2001 ja schon einmal geprüft worden ist, was hier zu machen ist. Die Verbindung zur ERO macht für mich eigentlich auch nicht gerade Sinn, weshalb sich in diesem Zusammenhang heute eine Lösung anbahnen oder besser lösbar sein sollte. Wir haben die Grundeigentümer, die direkt an die Aare anstossen. Vom Stadtrat ist zu Recht gesagt worden, dass es Probleme gibt, nicht nur für die Anstösser. Es gibt Probleme des Hochwasserschutzes zu berücksichtigen, konstruktive Probleme, vielleicht sogar Sicherheitsprobleme in diesem Bereich. Wir haben zwar jetzt angekündigt, dass wir die Polizei aufstocken wollen. Aber ich denke, man hat eine gute Verbindung nach Aarburg über Ruttigen. Das ist auch gesagt worden. Vielleicht wäre es dort angezeigt, dass man gewisse Sachen an diesem Weg attraktiver gestalten würde. Dort müsste man nicht einmal die Aarburger fragen, die signalisiert haben, dass dies für sie ein mittel- bis langfristiges Projekt ist. In diesem Sinne sind wir uns nicht einig, ob wir dies wirklich überweisen wollen oder uns zu diesem Postulat enthalten wollen.

Beschluss

Mit 29 : 2 Stimmen bei 9 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz (4)  
Stabsstelle Planung/Herr Pietro Prina (3)  
Tiefbau (2)  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

# AUSZUG

aus dem Protokoll  
des Gemeindeparlamentes  
der Stadt Olten

vom 29. Januar 2009

Akten-Nr. 3/13

Prot.-Nr. 58

## **Postulat Stephan Hodonou (CVP/EVP Olten) und Mitunterzeichnende betr. Ortsbildschutz contra Privateigentum/Beantwortung**

Am 26. März 2008 wurde im Gemeindeparlament von Stephan Hodonou (CVP/EVP Olten) und Mitunterzeichnende ein Postulat mit folgendem Wortlaut eingereicht:

«Der Stadtrat wird aufgrund der zahlreich eingereichten Beschwerden gegen den geplanten Ortsbildschutz aufgefordert in der Abwägung zwischen der Wahrung des Privateigentums und dem Ortsbildschutz Augenmass zu bewahren und die geplante Revision des Ortsbildschutzes zurückzuziehen oder so abzuändern, dass eine durchgehende und nachvollziehbare Rechtsgleichheit für alle Bürgerinnen und Bürger gewährleistet bleibt. Ferner wird der Stadtrat aufgefordert, das Anliegen des Ortsbildschutzes bei einer allfälligen Abänderung der Vorlage insofern aufzunehmen, als dass die Altstadtkommission, welche von den Bauherren zu Rate gezogen werden kann, der Baukommission als beratendes Gremium zur Seite gestellt wird.

### **Begründung**

1. Der Stadtrat begründet seine Neufassung des Ortsbildschutzes als Folge der politischen Vorstösse der Interpellation Urs Knapp (27.3.03) und dem Postulat Lanz (28.9.00) und als Teilergebnis der vom Kanton in Auftrag gegebenen Ortplanungsrevision. Insbesondere die in der Interpellation Knapp angemahnte Rechtssicherheit wird jedoch nicht erfüllt.
2. Im Rahmen des zur Einführung geplanten Ortsbildschutzes hat der Stadtrat eine Anzahl Strassen bestimmt (z. B. Zehnderweg, Krummackerweg, Burgweg, Elsastrasse etc.), welche künftig eben diesem Ortsbildschutz unterliegen sollen. Die Vorlage des Stadtrates sieht künftig vor, dass Baugesuche für Liegenschaften innerhalb der Ortsbildschutzzone **abschliessend** allein von der Altstadtkommission und nicht wie sonst üblich von der Baukommission behandelt werden sollen. Die finanzielle Abgeltung für auferlegte Zusatzkosten, welche durch den Ortsbildschutz für die Liegenschaftsbezieher entstehen können, bleibt im besten Falle unverbindlich. In der Regel werden die auferlegten Kosten jedoch von den Liegenschaftsbesitzern getragen werden müssen.
3. Die geplanten Massnahmen schränken die vorhandenen Möglichkeiten der betroffenen Eigentümer im Vergleich zu den Liegenschaften, welche dem Ortsbildschutz nicht unterworfen sind, massiv ein. Damit droht aber ganz direkt eine wirtschaftliche Benachteiligung der heutigen Eigentümer, die in letzter Konsequenz zu einer Desinvestition aus diesen Liegenschaften führen wird, sobald die heutigen Besitzenden, die heute noch grossmehrheitlich selbst ihre Liegenschaften bewohnen, diese an die nächste Generation weitergeben werden. Die bereits heute feststellbare Kluft zwischen den Ansprüchen an die Wohnqualität (Raumgrössen und Licht) einerseits, sowie die Liegenschaftskosten und die möglichen Mieterträge auf der anderen Seite, werden bei einer Unterstellung unter den Ortsbildschutz weiter auseinander klaffen.

4. Der Stadtrat stützt sich in seiner Argumentation vor allem auf das Inventar der Schweizer Architektur (INSA) und das Inventar schützenswerter Objekte der Schweiz (ISOS). Dabei wird in der vom Stadtrat vorgesehenen Vorlage aber nicht schlüssig und nachvollziehbar aufgezeigt, weshalb eine als sehr schützenswerte Strasse wie z. B. die Rosengasse (Kategorie A) nicht geschützt werden soll. Dafür aber eine im Vergleich zur Rosengasse im ISOS klar tiefer eingestufte Strasse wie der Krummackerweg (Kategorie B) dem Ortsbildschutz unterliegen soll. Eine solche Einteilung widerspricht der eigens vom Stadtrat angeführten Argumentation und macht die fehlende Systematik der Vorlage offensichtlich.
5. Der Stadtrat kann keine objektiven und harten Kriterien geltend machen, anhand derer die Selektion der Strassenzüge unter den Ortsbildschutz nachvollziehbar wäre. So konnte bei einem vor Ort vorgenommenen Augenschein im Rahmen des laufenden Beschwerdeverfahrens die Stadt und der von ihr hinzugezogene, externe Experte (Dr. Hauser) nicht erklären, weshalb z. B. der Strassenzug Krummackerweg 23–37 unter Ortsbildschutz gestellt werden soll, nicht aber die Häuser Krummackerweg 39, 41 und 45. Auf weiteres Insistieren und Nachfragen hin, hat der Experte der Stadt selbst eingestanden, dass es sich bei den betreffenden Strassenzügen, welche unter den Ortsbildschutz fallen sollen, um eine **repräsentative** Auswahl der Stadt handle. Man habe eigentlich mehr Häuser unter den Ortsbildschutz stellen wollen, betrachtete dies aber nicht für alle gleichwertigen Liegenschaften in der Stadt, die gleiche Regelung zum Tragen kommt. Ebenso gut hätte es andere Strassen treffen können. Es besteht daher innerhalb der Stadt, ja eines Quartiers eine Rechtsungleichheit.
6. Die zahlreichen Einsprachen gegen die geplante Ortsbildschutzrevision wie auch die erhobenen Beschwerden gegen den Stadtratsbeschluss (vom 25.9.06) zeigen die Verunsicherung und Sorgen der betroffenen Liegenschaftsbesitzer. Künftig droht ihnen eine Ungleichbehandlung innerhalb der Stadt bzw. des Quartiers. Gerade die Eigentümer der Liegenschaften, welche der Stadtrat jetzt unter Ortsbildschutz stellen möchte, haben jedoch den Tatbeweis längstens erbracht, dass sie Sorge zur Schönheit ihrer Strasse tragen. Mit dem Ortsbildschutz würden diejenigen bestraft, die bisher freiwillig Sorge trugen, während andere keinen Auflagen unterliegen. Es darf meines/unseres Erachtens nicht sein, dass in der Stadt Olten je nach Ansehen oder Einfluss der Person in einer vergleichbaren Sache zweierlei Mass angewandt wird.»

- - - - -

**Stadträtin Silvia Forster** beantwortet das Postulat im Namen des Stadtrats wie folgt:

#### **Zur Vorgeschichte**

Der Stadtrat legte die Ortsplanungsrevision im Frühherbst 2002 (2. September bis 1. Oktober 2002) ein erstes Mal öffentlich auf. Innerhalb der Einsprachefrist ging eine Vielzahl von Einsprachen ein. Der Stadtrat sah einstweilen von deren Behandlung ab, überarbeitete die Pläne und legte diese vom 12. Mai 2006 bis am 12. Juni 2006 erneut auf. Gegen das überarbeitete Planwerk gingen weitere 35 Einsprachen ein. Am 25. September 2006 befand der Stadtrat über sämtliche aus allen öffentlichen Auflagen verbliebenen Einsprachen und beschloss in seiner Eigenschaft als Planungsbehörde der Stadt Olten die Pläne. Gegen die Einspracheentscheide des Stadtrats gingen 24 Beschwerden beim Regierungsrat ein, wovon in der Folge drei Beschwerden ohne materielle Behandlung abgeschrieben werden konnten. Nach Durchführung diverser Augenscheine wurde die Revision der Ortsplanung der Stadt Olten mit Regierungsratsbeschluss vom 1. Juli 2008 genehmigt und sämtliche Beschwerde in den wesentlichen Punkten abgewiesen. Die Mehrzahl der Beschwerden bezogen sich auf das Thema «Ortsbildschutz», d. h. richteten sich gegen die vom Stadtrat im Zonenplan als erhaltenswerte Kulturobjekte bezeichneten «Siedlungseinheiten». Gegen den Regierungsratsbeschluss vom 1. Juli 2008 sind wiederum 8 Beschwerden an das kantonale Verwaltungsgericht (wovon 6 betreffend «Ortsbildschutz») erhoben worden.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Ortsplanungsrevision um ein Verfahren, in welchem der Stadtrat Planungsbehörde ist. Das Gemeindeparlament hat hingegen in Bezug auf die Ortsplanungsrevision keine gesetzlich vorgesehenen Kompetenzen (vgl. im Detail § 9ff. des kantonalen Planungs- und Baugesetzes vom 3. Dezember 1978 (PBG)). Insofern ist festzuhalten, dass das Anliegen der Postulanten, der Stadtrat sollte die «geplante Revision des Ortsbildschutzes zurückziehen oder abändern» die gesetzlichen Zuständigkeiten verkennt und letztlich auch ausser Acht lässt, dass die kritisierte Ortsplanungsrevision sowohl vom Stadtrat, vom Regierungsrat des Kantons Solothurn und inzwischen auch vom Verwaltungsgericht in der vorliegenden Form für recht- und zweckmässig befunden worden ist. Obwohl sich schon aus diesen Erwägungen ergibt, dass dem Postulat aus formellen Gründen nicht entsprochen werden kann, soll den Postulanten gleichwohl zum besseren Verständnis einige grundlegende Überlegungen zum Thema Ortsbildschutz auf den Weg gegeben werden.

### **Grundsätzliches zum Thema Ortsbildschutz**

- a) Nach Art. 17 Abs. 1 lit. c des Raumplanungsgesetzes (RPG, SR 700) sind bedeutende Ortsbilder, geschichtliche Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmäler zu schützen. § 36 Abs. 1 lit. a des Planungs- und Baugesetzes (PBG, BGS 711.1) wiederum hält die Einwohnergemeinden an, zum Schutze von Ortsbildern, historischen Stätten sowie Natur- und Kulturdenkmälern Schutzzonen auszuscheiden. Gemäss kantonalem Richtplan 2000 schliesslich sind die Gemeinden verpflichtet, sich im Rahmen der Ortsplanung mit ihren Ortsbildern auseinanderzusetzen und entsprechende Massnahmen zu treffen, wobei auf eine angemessene Entwicklung neuzeitlicher Architektur und Aussenraumgestaltung von hoher Qualität Rücksicht zu nehmen ist. Nach § 4 der Kulturdenkmäler-Verordnung (BGS 436.11) sollen Schutzzonen die Erhaltung und schonende Weiterentwicklung von charakteristischen Ortsbildern (vgl. Abs. 1) sicherstellen.

Ortsbildschutz ist damit primär eine kommunale Aufgabe. Planungsbehörde ist der Stadtrat.

- b) Olten bildet – als «Nullpunkt» des Schweizer Eisenbahnnetzes – den nationalen Bahnknoten der Schweiz. Die Eisenbahn führte in der 2. Hälfte des 19. und im frühen 20. Jahrhundert zu einem enormen Wachstum. Aus dem im 18. Jahrhundert noch kaum beachteten Städtchen entwickelte sich in wenigen Jahrzehnten eine veritable Stadt. Rechts der Aare entstand – zusammen mit dem Bahnhof – praktisch eine Neustadt; am Hangfuss des Juras wurden in kurzer Zeit ausgedehnte Wohnquartiere (mit Vorgärten) realisiert. Diese Quartiere mit ihrem meist strassenzugsweise individuellen Charakter haben mit ihrer hohen Wohnqualität das Stadtbild massgeblich geprägt und Olten das charakteristische Erscheinungsbild einer Gartenstadt verliehen.

Die städtebauliche Qualität und Bedeutung Oltens liegt also nicht allein in der kompakten Altstadt, sondern massgeblich auch in den vielen Wohnsiedlungen aus der Gründerzeit. Denselben gebührt in der vorliegenden Revision der Ortsplanung die nötige Beachtung.

- c) Ortsbildschutz ist nötig: Die Erfahrung der jüngeren Vergangenheit (vgl. insb. etwa die verwaltungsgerichtlichen Urteile vom 23. Dezember 2002 zur Schöngrundstrasse (SOG 2002 Nr. 23) und vom 15. Dezember 2003 zur Rosengasse (SOG 2003 Nr. 16) hat gezeigt, dass weder die von der Stadt über längere Zeit postulierte Strukturhaltung noch die allgemeinen Bestimmungen betreffend die Gestaltung von Bauten und Aussenräumen (vgl. etwa § 145 PBG) den architekturgeschichtlich wertvollen Ensembles in ausreichendem Masse gerecht wurden.
- d) Ortsbildschutz ist nicht Denkmalschutz: Mit den zur Diskussion stehenden Siedlungseinheiten (vgl. § 35 des Zonenreglements, ZR) geht es nicht darum, ganze Quartiere unter Denkmalschutz zu stellen, so dass keine Veränderungen mehr möglich wären. Bereits in den «Grundsätzlichen Überlegungen» im «Bericht und Antrag der Arbeitsgruppe zur Beratung von Fragen des Ortsbildschutzes» wird festgestellt, dass, wo Erstarrung zum Prinzip gemacht wird, das Leben stirbt und deshalb Veränderungen, d. h.

Anpassungen an heutige Bedürfnisse und Lebensformen, möglich bleiben sollen. So ist in § 35 ZR denn auch ausdrücklich vorgesehen, dass «Um-, An-, Auf-, Aus- und Zusatzbauten... grundsätzlich möglich...» sind. Es geht also nicht darum, ob Veränderungen möglich sind, sondern wie diese erfolgen sollen. Sie «... haben ... betreffend Materialwahl und Gestaltung erhöhten ästhetischen Anforderungen zu genügen.» Ein Verbot von Veränderungen läge auch nicht im Interesse des Ortsbildes, denn nur Gebäude, in denen eine angemessene, zeitgemässe Wohnqualität mit einem adäquaten Wohnstandard möglich ist, können längerfristig auch erhalten werden.

Ortsbildschutz geht weniger weit als Denkmalschutz. Bei den von den Beschwerdeführer/-innen in Frage gestellten Massnahmen des Ortsbildschutzes handelt es sich um solche, wie sie in gleicher oder ähnlicher Art in vielen Gemeinden im Kanton Solothurn – insbesondere auch in den Städten Solothurn und Grenchen – seit längerer Zeit gelten. Für die im Zonenplan festgelegten Siedlungseinheiten soll der Erhalt als Ganzes, nicht losgelöst derjenige der Einzelbauten im Zentrum stehen. Wichtig sind dabei insbesondere die äussere Erscheinung und – soweit möglich – die Ursprünglichkeit der zum Ensemble gehörenden Bauten. Denkmalschutz hingegen beinhaltet eine Unterschutzstellung und integrale Erhaltung einer Baute. Die mit der Zugehörigkeit einer Baute zu einer erhaltenswerten Siedlungseinheit verbundenen gestalterischen Schranken (vgl. § 35 Ziff. 1 ZR) stellen zwar Einschränkungen dar, kommen aber klar keiner materiellen Enteignung gleich, da sie das Eigentum nicht schmälern, sondern erst konkret definieren.

- e) Evaluation der Siedlungseinheiten: Die eingesetzte «Arbeitsgruppe zur Beratung von Fragen des Ortsbildschutzes» hat die Quartiere aufgrund ihrer besonderen typologischen, architekturgeschichtlichen, architektonischen, raumgestalterischen und historischen Bedeutung, ihrer Wohnqualität, ihres Seltenheitsgrades, ihres Situationswertes sowie aufgrund spezieller Gegebenheiten beurteilt und diejenigen Strassenzüge als Ensembles von besonderer Qualität vorgeschlagen, welche gesamthaft betrachtet die besten sind.

Entgegen der in Beschwerden verschiedentlich vorgebrachten Einwendung gibt es in Olten keine anderen Quartiere oder Strassenzüge, die vergleichbare Qualitäten aufweisen würden. Die im Zonenplan als erhaltenswert bezeichneten Siedlungseinheiten wurden restriktiv ausgewählt. Es handelt sich mit anderen Worten nicht um eine repräsentative Auswahl aus gleichwertigen Objekten, sondern vielmehr um die Bezeichnung der aufgrund der Auswahlkriterien besten und besterhaltenen Strassenzüge und Ensembles.

Der Bericht der Arbeitsgruppe basiert auf verschiedenen wissenschaftlichen Grundlagen [einem Baualtersplan, dem sog. «Hagerplan», dem Inventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz (ISOS) und dem Inventar der neueren Schweizer Architektur (INSA) sowie auf einem auf Antrag der städtischen Behörden gemachten Vorschlag der kantonalen Denkmalpflege.

Die Arbeitsgruppe war politisch ausgewogen und fachlich fundiert zusammengesetzt. Ihr gehörten drei Mitglieder der Altstadtkommission, ein Vertreter des Hochbauamtes, ein Vertreter des Planungsamtes und der Verfasser des INSA-Bandes «Olten», Dr. Andreas Hauser (Kunsthistoriker, Zürich), als externer Experte an. Dr. Hauser gilt schweizweit als einer der besten Kenner der bau- und kunstgeschichtlichen Entwicklung in der Zeit von 1850 bis 1920.

Der vereinzelt erhobene Vorwurf willkürlicher Auswahl ist unbegründet. Die getroffene Abgrenzung der im Bauzonenplan bezeichneten Siedlungseinheiten ist nachvollziehbar. Der Plan scheidet grossmehrheitlich in sich klar ablesbare, kompakte Siedlungseinheiten mit einem jeweils speziellen, städtebaulich, architektonisch und/oder baugeschichtlich wertvollen Charakter aus, deren Identität noch gut erhalten ist. Zum gleichen Schluss kommt im Übrigen das kantonale Verwaltungsgericht.

- f) Die Altstadtkommission als Baubehörde (§ 35 Ziff. 2 ZR): Die Beurteilung von Bauvorhaben an erhaltenswerten Kulturobjekten erfordert Fachkompetenz. In den meisten Gemeinden wird diese durch den Beizug der kantonalen Fachstelle Ortsbildschutz des Amtes für Raumplanung sichergestellt. In Städten wie Olten, welche über eigene Fachkommissionen verfügen, macht es Sinn, das kommunale Gremium für die Beurteilung solcher Vorhaben einzusetzen. Dies entspricht auch § 17 Abs. 2 der Kulturdenkmäler-Verordnung für Gesuche in der Altstadt.
- g) Öffentliches Interesse und Verhältnismässigkeit: Als den Kantonen von der Bundesverfassung (vgl. Art. 78 BV) übertragene Aufgaben liegen der Natur- und Heimatschutz, und damit auch der Ortsbildschutz, ohne weiteres im öffentlichen Interesse. Die vom Zonenplan als erhaltenswert bezeichneten Ensembles stellen sodann – wie bereits erwähnt – das Resultat einer grundsätzlich zurückhaltenden Auswahl dar. Gleichzeitig belassen die auf sie anwendbaren Gestaltungsvorschriften (vgl. § 35 Ziff. 1 Abs. 2 – 5 ZR) der anwendenden Behörde einen Spielraum, der es erlaubt, im Einzelfall adäquate Lösungen zu treffen.

Im Sinne der Erwägungen beantragt daher der Stadtrat dem Gemeindeparlament, das Postulat nicht zu überweisen.

- - - - -

**Stephan Hodonou:** Ich habe gelernt: Keine Antwort ist auch eine Antwort. In diesem Sinne bin ich nicht sehr zufrieden mit der Antwort, weil ich daraus lese, dass sich der Stadtrat entschieden hat, sich auf einen formalen Punkt zu reduzieren. Das darf er. Etwas enttäuschend ist, dass sich der Stadtrat eigentlich nicht auf eine substanzielle Diskussion einlässt. Inhaltlich gibt er nicht wirklich Antwort. Der Hinweis auf das Verwaltungsgericht sagt einfach nur eines, nämlich, dass Recht und Gerechtigkeit nicht das Gleiche ist. Was rechtens ist, ist noch lange nicht richtig. Von daher gibt es einfach einen subtilen Unterschied. Das zeigt sich eben, indem der Stadtrat mit keinem Wort zu diesen Punkten Stellung nimmt, weshalb gewisse Häuser im gleichen Quartier nicht unter die gleiche Regelung fallen sollen. Er nimmt auch nicht Stellung zum Punkt der objektiven und harten Kriterien, die hier angewendet werden sollen. Ich lese aus der Antwort des Stadtrates, dass er die Planungsbehörde ist und: Wir können dies so machen und Ihr habt nichts zu sagen. Das kann man so sehen. Von daher denke ich, dass es nicht unbedingt die Antwort ist, die ich mir erhofft habe. Aber ich nehme sie einmal entgegen. Vielleicht zwei Punkte, die ich einfach noch erwähnen möchte, die mich am Ganzen etwas gestört haben und die ich stossend finde: Einerseits, dass man jetzt hier Leute in die Pflicht nehmen will, wo ich finde, sie hätten ihren Tatbeweis erbracht, dass sie Sorge tragen zu ihren Häusern und Liegenschaften ohne Ortsbildschutz - wenn Ihr es anschauen geht, könnt Ihr Euch selber überzeugen – etwas, das die Stadt selber auch nicht immer gemacht hat. Ich erinnere zum Beispiel an ein einmaliges Jugendstilhaus, das hat Platz machen müssen, für das Coop City, wo es jetzt steht oder noch kürzer, im Jahre der 150-jährigen reformierten Kirchgemeinde, dass das Riggerbachhaus auch nicht mehr steht. Das hat man für die Fachhochschule weggeräumt. Die Systematik ist nicht nachvollziehbar, dass zum Beispiel die Rosengasse nicht unter dem Ortsbildschutz steht, der Krummackerweg aber schon, obwohl dies in der Kategorisierung, auf die sich der Stadtrat ausdrücklich beruft, überhaupt nicht so dargestellt wird. Schliesslich ist stossend, dass Leute im gleichen Quartier anders behandelt werden - es existiert von mir aus gesehen immer noch eine Ungleichheit – und die Altstadtkommission Auflagen machen kann, die Kosten aber die Privatpersonen tragen müssen. Das finde ich extrem stossend. Man müsste doch meinen, dass wenn, wie es der Stadtrat geltend macht, ein allgemeines wirklich so grosses öffentliches Interesse an diesem Ortsbildschutz besteht, es eigentlich nicht mehr als recht wäre, dass auch die Allgemeinheit diese Zusatzkosten übernehmen würde. Deshalb möchte ich Euch beliebt machen, das Postulat erstens nicht abzuschreiben, sondern zu überweisen. Zweitens werde ich heute gleich noch mit einer Motion

nachdoppeln, wo es darum geht, dass der Stadtrat sich überlegt, wie er es machen könnte, damit die anfallenden Zusatzkosten quasi auch vom Stadtrat oder der Stadt übernommen werden.

**Thomas Frey, FdP-Fraktion-Mehrheit:** Ich rede für eine Mehrheit der Fraktion. Wir sind hier gespalten gewesen. Nico Zila wird nachher etwas in die andere Richtung sagen. Grundsätzlich finden wir den Ortsbildschutz so, wie er jetzt angedacht ist, in Ordnung. Auch die Kategorisierung und die ausgeschiedenen Zonen kann man so durchgehen lassen. Ich persönlich sehe eher ein gewisses Problem bei der Rechtssicherheit. Zwar nicht in dem Punkt, wie es Stephan Hodonou beschrieben hat, sondern mehr in der unterschiedlichen Beurteilung der Kommissionen. Das heisst, dass die Baukommission und die Altstadtkommission nicht aus den gleichen Menschen besteht. Man kann jetzt sagen: Gut, die Altstadtkommission ist ja jetzt schon für die Altstadt zuständig. Sie sollen jetzt auch für die Quartiere schauen. Aber ich habe das Gefühl, dass eben schon jetzt die bestehende Situation mit der Altstadtkommission eine gewisse Unschönheit in sich birgt und wir eine Baukommission haben, die schaut, dass die Rechtsgleichheit in der Stadt gewährleistet ist. In diesem Sinne wäre es mir wichtig, dass man diese Rechtsgleichheit nicht weiter verwässert. Noch einmal: Es sind unterschiedliche Personen in diesen Kommissionen und es ist ein Ansatz vorhanden, wie dies sein könnte, dass eben die Altstadtkommission in diesen Bereichen, die sensibel und im Ortsbildschutz eingezont sind, für die Baukommission beratend zugezogen wird, aber das abschliessende Gremium die Baukommission wäre. In diesem Sinne ist ein Teil unserer Fraktion für Überweisung des Postulats.

**Nico Zila, FdP-Fraktion-Minderheit:** Im besten Einvernehmen mit meinem Pultnachbarn erläutere ich die Meinung der Minderheit der freisinnigen Fraktion kurz. Ich möchte zuerst Dir, Thomas, widersprechen, was den Punkt der Rechtssicherheit betrifft. Eine Minderheit unserer Fraktion ist der Meinung, sie bestehe an und für sich bereits heute, wenn man dies so will, zwischen Altstadt und dem restlichen Stadtgebiet, diese Aufteilung habe sich eigentlich bewährt und es gebe keine brauchbaren Gegenargumente oder auch Fallbeispiele, die jetzt gegen die aktuelle Praxis Altstadtkommissionszuständigkeit und Baukommissionszuständigkeit spricht. Des Weiteren ist zu erwähnen, dass wenn man die Liste der Mitglieder der aktuellen Altstadtkommission anschaut, man sagen muss, dass es sich nachweislich um eine Fachkommission handelt, die nicht nur durch Hobby-Leute besetzt ist. Das ist ein Vorwurf, der ab und zu gehört wird, nicht hier und nicht heute. Aber dem ist entschieden entgegen zu treten. Drittens und vielleicht als wichtigster Punkt möchte ich eigentlich dem Postulanten eine zusätzliche Perspektive aufzeigen. Stephan, ich finde, Du schätzt jetzt die Lösung mit dem Ortsbildschutz sehr einseitig als Zwang und Pflicht für die betroffenen Liegenschaftseigentümer ein. Ich denke, der Ortsbildschutz ist auch ein Schutz vor abenteuerlichen ästhetischen Vorstellungen Deiner Nachbarn. Wenn Du in eine Siedlungseinheit eingebettet bist, die dann in ihrer Gesamtheit nach aussen, wohl verstanden immer gegen aussen, geschützt ist – was Du innen umbaut, ist relativ frei – bist Du eben auch vor ästhetischen Auswüchsen der Leute rund herum geschützt. Ich denke, das trägt auch entscheidend zum Schutz des Wertes einer Liegenschaft bei. Das ist auch etwas der theoretische Grundgedanke hinter dem Ortsbildschutz, wo ich vielleicht nicht so richtig heraus gespürt habe, ob Du diesen grundsätzlich kritisierst oder jetzt hier in der Anwendung im Fall Olten.

**Dieter Ulrich:** Ich kann mich Nico Zila gleich anschliessen. Selber bin ich Mitglied der Altstadtkommission und kann einfach aus unserer Arbeit, wie wir dies schon behandelt haben, sagen, dass wir die berechtigten Anliegen der Betroffenen jeweils sehen und versuchen, diesen auch weitestgehend Rechnung zu tragen, so lange dies bei unserem Auftrag möglich ist. Ich stelle immer fest, dass es von gewissen Leuten relativ schwarz geschildert wird, wie dies dann läuft. Ich sehe es einfach aus der Praxis bis jetzt anders. Wir versuchen hier wirklich, beide Anliegen unter einen Hut zu bringen und Lösungen zu suchen, wo es nachher aufgeht. Eine Bemerkung zum Verfahren, wenn man dies die Baukommission mit Beizug der Altstadtkommission machen lassen würde. Das haben wir in der Altstadtkommission auch einmal diskutiert. Man darf einfach nicht vergessen, dass dies das Verfahren verlängert. Das ist dann nicht unbedingt Dienst am Gesuchsteller. Bis die zwei Kommissionen dann einmal

miteinander gesprochen und sich gefunden haben, dauert es auch wieder eine Zeitlang. Insofern haben wir gefunden, es sei auch von Vorteil, wenn die Altstadtkommission dies abschliessend behandeln kann. Zu Stephan Hodonou: Wie es Nico Zila gesagt hat, sollte man es auch als Schutz sehen. Ihr habt vielleicht jetzt alle zu Euren Häusern geschaut. Das ist auch sehr gut. Ich hoffe, dass es so bleibt. Aber Du kannst ja nie wissen, was gemacht wird, wenn das Haus einen anderen Eigentümer hat, wenn dieser Schutz nicht vorhanden ist. Bei den Beispielen, die Du erwähnt hast, bin ich auch nicht glücklich darüber, wie es früher gelaufen ist. Aber das zeigt ja gerade, dass es eine solche Regelung braucht, es eben gewisse Einschränkungen gibt, was man machen darf und was nicht. In diesem Sinne möchte ich auch dafür plädieren, das Postulat nicht zu überweisen.

**Andreas Schibli:** Ich möchte in das gleiche Horn wie die Mehrheit der FdP-Fraktion blasen. Ich möchte mich auch outen. Mein Haus, mein Eigentum steht jetzt unter Schutz. Ich habe dies zur Kenntnis genommen. Es gibt nichts mehr zu ändern. Es ist jetzt so. Aber ich kann mich noch sehr gut an die Informationsveranstaltung zurück erinnern, die im Foyer des Stadthauses stattgefunden hat, welche Gebiete unter Schutz gestellt werden und welche nicht, welche Strassen und so weiter und so fort. Nachher ist der Präsident der Altstadtkommission zu mir gekommen und hat gesagt: In der Altstadt hat es ja auch funktioniert ausser beim Victor-Meyer-Haus. Dann hat er mir gesagt. Dort haben wir versagt. Wörtliche Aussage. Deshalb möchte ich das Postulat jetzt einfach unterstützen. Ich muss sagen, ich finde es super, dass man eine gemeinsame Lösung finden will – aber eben, ich habe gehört, dass die Altstadtkommission bzw. der Vorsitz schon versagt hat. Ich möchte mir nicht von einer solchen Kommission vorschreiben lassen, was ich dann machen kann und was nicht. Deshalb bin ich eigentlich mit dem Postulat von Stephan Hodonou einverstanden, hier die Baukommission beizuziehen.

**Stephan Hodonou:** Ich bin auf jeden Fall für den Ortsbildschutz, aber einfach nicht auf diese Art. Es gibt verschiedene Möglichkeiten, wie Ortsbildschutz gemacht werden kann. Ich wohne zwar in einer solchen Strasse, habe aber kein Haus. Ich habe es nicht gesucht, mich mit dieser Frage zu beschäftigen, sondern bin darauf gestossen. Ich habe etwas gemerkt, seit ich damit zu tun habe. Die harten und objektiven Kriterien gibt es eben nicht. Es ist alles weich. Das kann im nächsten Jahr wieder anders sein. Ein anderer Experte sieht es wieder anders. Zufälligerweise ist einer dabei gewesen, der ein Buch über Gartenbauhäuser von 1870 bis 1920 geschrieben hat. Diese sind nicht geschützt. Das nächste Mal haben wir einen anderen Experten, der Spezialist für 1970 ist. Dann ist dies geschützt. Es ist extrem subjektiv, was schön ist und was nicht. Du sagst: Das ist schön. Ich sage: Das ist schön. Nachher sind wir genau an diesem Punkt. Es ist alles weich. Dazu kommt natürlich: Das Wort von jedem in Gottes Ohr. Das kann man schon sagen. Aber es ist nirgends schriftlich festgehalten. Es kann immer anders kommen, und ich kann Dich nie damit behaften: Du hast doch gesagt... Auch die finanziellen Folgen sind nirgends geregelt. Plötzlich muss ich einfach so mehr Ausgaben machen. Ich bin immer von der Gnade der Kommission, vielleicht von einem Fachmann, abhängig. Das möchte ich, wenn es jetzt mein Haus wäre, einfach nicht. Aber wenn Ihr dies wollt...

**Christian Wüthrich:** Dieter Ulrich hat natürlich schon die Wahrheit gesagt. Die Kommission hat eine Aufgabe und wenn jemand in der Altstadt ein Haus verkaufen will und einen Investor hat, der ein Projekt macht, wird dies im schlimmsten Fall abgelehnt. Hier wird nicht darüber diskutiert, ob jemand habe Geld investieren oder die Altstadt beleben wollen. Der Kommission geht es in erster Linie darum, ob das Projekt opportun ist und in die Altstadt passt. Er hat die Wahrheit an und für sich schon gesagt. Nur ist sie eben brutal, wenn jemand etwas veräussern will und einen Investor hätte, der zig Millionen oder was auch immer investieren und einen Mehrwert in die Altstadt bringen möchte. Hier muss ich natürlich sagen, dass ich als unternehmerisch denkender Mensch eher die Baukommission beiziehen würde, die eben andere Aspekte mit einem zukünftigen Investor beredet und nicht einen ablehnenden Brief versendet. Man muss hier schon zwei Sachen sehen. Auch eine Altstadt hat Leben und eine Funktion. Sie bezieht sich nicht nur auf den Schutz. Klar ist etwas schützenswert. Aber es hat Leben und eine Funktion. Wenn ich solche Sachen höre, dass man sich auf die Arbeit und die

Aufgabe konzentriert: Es gibt Fälle, wo es nur Verlierer gibt, nur nicht die Altstadtkommission, weil sie ihre Aufgabe gemacht und gesagt hat: Das kommt nicht in die „Tüte“.

**Dieter Ulrich:** Ich erlaube mir, dazu Stellung zu nehmen. Nicht konkret auf diesen Fall, der etwas anders gelagert gewesen ist. Man hat ja keine Entscheidung getroffen. Wir haben einfach unsere Stellungnahme zu Gunsten dieses Investors abgegeben, weil er wissen wollte, wie es aussieht. Was er damit macht, ist dann seine Sache. Zu Stephan: Die Altstadtkommission zwingt Dich nicht, Geld auszugeben. Das ist nur der Fall, wenn Du an Deinem Haus etwas ändern willst. Du hast es jetzt so dargestellt, als ob wir zu Dir kämen und sagen würden: Du musst jetzt hier etwas machen. Das ist nicht der Fall. Gegen die Beschlüsse der Altstadtkommission kann auch Beschwerde geführt werden. Der Präsident der Altstadtkommission mag den Fehler eingestanden haben. Ob es ein Fehler gewesen ist, darüber urteile ich jetzt nicht. Erstens: Wer macht keinen Fehler? Zweitens: Du hast immer die Möglichkeit, es nachher weiter zu ziehen. Zuerst müssen wir einmal sagen, dass die Baukommission keinen Fehler macht. Darüber urteile ich jetzt nicht. Zu Christian: Die Altstadt steht ja jetzt heute hier gar nicht zur Diskussion. Das ist auch vom Kanton her geregelt. Soweit ich weiss, haben wir heute gar nichts zu melden, wirtschaftliche Interessen hin oder her.

**Theo Schöni:** In der Beantwortung durch den Stadtrat steht, dass der Stadtrat die Planungsbehörde ist. Das ist insofern richtig. Es gibt aber auch die entsprechenden Reglemente dazu. Ich denke, dort hat das Parlament wohl etwas bei reglementarischen Bestimmungen zu sagen. Unter Umständen könnte man das Postulat eben dort hin führen, dass man sagt, diese Bestimmungen sollen erstens die Kriterien klarer festlegen oder was Entschädigungsfragen betrifft, wenn man dann investieren will (zum Beispiel im Bereich der Minergie) denke ich, das Grundeigentum sollte dort vorgehen. Jeder Bau hat seine historische Entwicklung und auch bei den Häusern in einer sogenannten Schutzzone muss ja der Charakter der Entwicklung aufgezeigt werden. Wenn man nämlich schaut – es ist nur das Bild der Strassenseite – was hinter diesen Häusern hat gemacht werden können, fragt man sich, weshalb überhaupt Ortsbildschutz betrieben wird.

**Urs Knapp:** Ich möchte einen Gedanken machen, der etwas weiter geht. Das Postulat von Stephan Hodonou ist sehr umfassend. Jeder kann etwas heraus suchen. Ich werde es jetzt auch so machen. Nachher werde ich es auch überweisen. Für mich ist das Wichtigste wirklich das Thema Rechtssicherheit. Ein Ortsbildschutz ist wichtig. Gleichzeitig ist es eine Einschränkung des Eigentumsrechts. Ich denke, man macht dies zu Gunsten der Gesellschaft, der Gemeinschaft und der Stadt Olten. Aber ich glaube, man müsste auch etwas dafür erhalten. Was man als Grundeigentümer erhält, ist Berechenbarkeit und Rechtssicherheit. Stephan Hodonou hat es auch gesagt: Es sind harte und weiche Faktoren, und es ist eine Beurteilung. Ich denke, die grösste Chance, dass Rechtssicherheit besteht, ist, wenn es immer die gleiche Kommission macht und eine Praxis entwickelt. Eigentlich ist es mir ja egal, ob es die Altstadtkommission oder die Baukommission ist. Ich will sie gar nicht gegeneinander ausspielen. Aber meiner Meinung nach ist es wichtig, dass die gleiche Kommission eine Praxis entwickelt und dies über das ganze Stadtgebiet. Die Altstadt ist vielleicht, auch aus historischen Gründen, eine Ausnahme. Die beiden Häuser Krummackerweg 37 und 39 stehen nebeneinander. Wenn man in Haus 1 etwas verändert, kommt die Baukommission, bei Haus 2 die Altstadtkommission. Dann haben die beiden Grundeigentümer einfach keine Rechtssicherheit. Hier gibt es zwei Kommissionen, die eine Geschichte und auch eine Entscheidungsgeschichte haben. Für mich ist das auch der einzige Grund, dies zu überweisen, nicht gegen den Ortsbildschutz, sondern wirklich wegen der Rechtssicherheit. Wenn ich mein Eigentum schon einschränken lassen muss, möchte ich als Gegenleistung von der Gemeinschaft, dass ich eine Sicherheit und Berechenbarkeit habe. Ich glaube, das ist heute nicht der Fall.

**Dr. Markus Ammann:** Für mich gibt es zwei Punkte. Erstens: Wir reden von Ortsbildschutz. Heute Abend haben wir schon einmal über einen ähnlichen Bereich, Museen und Kultur, gesprochen. Das Problem ist, dass es hier letztlich um Kulturgüterschutz geht. Wir brüsten uns mit Kultur in dieser Stadt. Aber der Umgang mit dem Kulturgut Stadtarchitektur haben wir hier in Olten nicht gelernt. Die heute gehörten Beispiele sind nämlich genau Zeugen dafür. Natürlich ist

es Eigentum. Aber es gibt auch ein gesellschaftliches Interesse an Kultur. An diesem Postulat finde ich den zweiten Punkt viel schlimmer. Das hat sich heute heraus kristallisiert und ist für mich der Hauptgrund, weshalb ich es nicht überweisen kann. Es weiss nämlich niemand, was er will. Ich stehe heute hier und habe sieben verschiedene Voten gehört. Jeder kann etwas hinein lesen. Letztlich ist nicht klar, was das Postulat will. Das ist für mich Grund genug, es nicht zu überweisen.

**Stephan Hodonou:** Ich kann nur wiederholen, was Mario gesagt hat. Es gibt auch Lesen und Verstehen. Ich meine, es steht klar: Beratende Kommission ist die Altstadtkommission. Das will ich. Der Stadtrat hat noch etwas Flexibilität. Er kann ja selber handeln. Mir geht es mehr darum, dass nicht die einen dies und die anderen das machen können.

### **Beschluss**

Mit 21 : 16 Stimmen bei 3 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

Mitteilung an:  
Baudirektion/Herr Adrian Balz  
Finanzdirektion/Herr Thomas Sieber  
Finanzkontrolle  
Geschäftskontrolle  
Kanzleiakten

Verteilt am:

**Parlamentspräsident Werner Good:** Ich wünsche Euch einen schönen Abend. Wir sehen uns am 26. März wieder.

Der Parlamentspräsident:

Der Stadtschreiber:

Die Protokollführerin:

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidenten innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.